

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 78 DM

ermäßigtes Abo: 52 DM, Förderabo: 91 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73

Nummer 13/16. Jahrgang

29. Juni 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

Ein Ermächtigungsgesetz

Balkankrieg: Wer den Anfang kennt, sieht das Ende kommen

Nicht einmal die Meinungsumfragen, auf die sich die Führungen der großen Parteien bestellen, wagen zu behaupten, daß es in Deutschland eine Mehrheit für eine Kriegführung auf dem Balkan gebe. Dennoch wird die Bundestagsmehrheit aus CDU, CSU und FDP das Kabinett genau dazu ermächtigen. Diese Politik ist nicht nur vewerflich, sondern auch riskant. Das Handelsblatt (27.6.) spricht nicht nur die möglichen „deutsche Opfer“ an, sondern auch den möglichen „militärischen Fehlschlag“.

Die Bereitschaft zum Risiko ergibt sich daraus, daß deutsche Politik und Wirtschaft nach der stürmischen Einflüßausdehnung in den letzten Jahren inzwischen im Osten schon wieder etwas zu verlieren hat, besonders auf dem Balkan und besonders in ehemaligen Gebieten Ju-

gosla-
wiens.
Die
dort
ange-
setzten
Grün-
dungen
sollten
die
Nach-
barlän-
der mit-
reißen,
aber da
eine

**NEIN
ZUR NATO**



**-KRIEGSPOLITIK
IN JUGOSLAWIEN!**

Poster vom Friedensladen Heidelberg v. 3.6.1995

wirtschaftliche Vorwärtentwicklung nicht einsetzte, nicht einmal in Form einer Kriegskonjunktur, kam es dazu nicht. Heute drängt gerade das Mühen der BRD um einen militärischen Einstieg den Schluß auf, daß die politischen Kräfte, auf die sich der deutsche Einfluß im ehemaligen Jugoslawien stützt, schwächer und unzuverlässiger werden; die Drahtzieher müssen selber mit auf die Bühne.

Mit dem Kabinettsbeschuß — dokumentiert in der SZ vom 27.6. — signalisiert die BRD Freund und Feind Bereitschaft zum Großkrieg auf dem Balkan.

Die Maßnahmen:

Erstens will man eine Luftbrücke nach Kroatien („zur Unterstützung der Versorgung von UN-Friedenstruppen“). Eine leistungsfähige Luftlinie würde Kroatien fester an Deutschland binden und wäre auch ein Test Österreichs, das überflogen werden muß.

Zweitens geht es — ebenfalls in Kroatien — um ein Großlazarett („einschließlich einer lageabhängigen Sicherheitskomponente“). Wichtig für die Moral der Truppe, denn der deutsche Soldat würde bei Androhung einer ärztlichen Behandlung, wie sie in Kroatien inzwischen Standard geworden ist, demoralisiert. Wichtig auch für die Moral der Heimat, denn wer wird schon nicht einsehen, daß ein Lazarett geschützt werden muß?

Drittens wird „zusätzliches Personal für die internationalen Hauptquartiere in Italien und Kroatien“ entsandt. Bei diesem Personal wird es sich um

Kampftruppen handeln, denn es soll im Falle eines Abzugs der UN-Friedenstruppen „für eine Nato-Operation bereitstehen.“

Vierte Aufgabe sind „Schutz und Unterstützung der im NATO-Rahmen durchgeführten Luftnahunterstützung zum Schutz des schnellen Einsatzverbandes bei seinen Operationen für die UN-Friedenstruppen“. Politisch rechtlich muß diese verrückt verdrehselte Einsatzklausel als eine Reihe von Distanzierungsschritten vom ursprünglichen UN-Mandat begriffen werden. Es geht um eine Herauslösung der Einsätze aus der Neutralitätsverpflichtung, die das UNO-Mandat für die Blauhelme vorsieht. Wenn diese bei ihrer — neutralen — Friedenssicherung so angegriffen werden, daß sie nach dem schnellen Einsatzverband rufen, der nach der Nato ruft, die die Tornados ruft, dann ist wohl eindeutig ein Feind identifiziert, der ohne weiteres nach Dienstvorschrift „zu bekämpfen ist“.

Die BRD dokumentiert mit einem derartigen Beschluß, daß sie bereit ist, ihre eigene Gewalt an die Stelle der von ihr wesentlich mit installierten Staatswesens zu setzen. Dies wird von den direkt Betroffenen schon verstanden werden. Da unter deutschem Einfluß zuerst der Frieden und dann die Entwicklungsperspektive verloren ging, wird das „Hilfsangebot“ die Macht und Legitimation der Verbündeten untergraben. Die vom Handelsblatt vorgeahnte militärische Niederlage kommt gewiß; hoffentlich bald. — (maf)

**Stoppt
die Hinrichtung**



VON

Mumia Abu - Jamal !

Rettet Mumia Abu - Jamal !

**Aktionstag am 2.7.
und Demonstration
in Berlin am 22. Juli**

Auf einem bundesweiten Treffen haben am 24. Juni Solidaritätsgruppen über die Fortführung der Kampagne zur Rettung des Lebens von Mumia Abu-Jamal beraten. Der schwarze Journalist soll, wie berichtet, am 17. August in den USA hingerichtet werden. Für den 2. Juli werden in zahlreichen Städten örtliche Protestaktionen von den örtlichen Gruppen bzw. Bündnissen vorbereitet. Für den 22. Juli soll dann nach Berlin zu einer bundesweiten Demonstration mobilisiert werden. Die Demonstration soll um 12 Uhr mit einer Auftaktkundgebung auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin-Mitte beginnen und dann u.a. am US-Konsulat in der Neustädtischen Kirchstraße 4-6 vorbeiführen. Ein möglichst breites Bündnis soll dazu aufrufen, Plakat und Aufrufe werden in den nächsten Tagen fertiggestellt und können u.a. beim *Unterstützungskomitee Mumia Abu-Jamal, c/o Infoladen, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden, Tel. 06 11 / 44 06 64* sowie bei der *Kampagne Mumia Abu-Jamal, c/o Archiv 92, Postfach 15 03 23, 28093 Bremen, Tel. 0421/354029, Fax: 0421/353918* bestellt werden.

Für die Berliner Demonstration ist Kontaktadresse das *Büro der PDS-Kreuzberg, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin, Tel. 030-6949254 (Mo. bis Fr. 14-18 Uhr), Fax: 030-6949354*.

Ein Vertreter der Verteidigung Mumia Abu-Jamals ist in der BRD eingetroffen, um u.a. Ulla Jelpke (PDS-MdB) bei der Einreichung einer Petition zugunsten Mumia Abu-Jamals im Bundestag zu unterstützen. Zur Vorbereitung der Demonstration findet am 16./17. Juli ein weiteres Treffen im Infoladen in Wiesbaden statt, nach der Demonstration ist dann ein neues bundesweites Treffen am 5. August im Infoladen in 42105 Wuppertal, Brunnenstraße 41, geplant. — (rül)

Schwarzer Wahlsieg in Frankfurt

CDU-Kandidatin Petra Roth konnte rechtes Lager in der Stadt einigen

Bei der Direktwahl zum Amt des Oberbürgermeisters in Frankfurt/M. am 25. Juni erhielt die Kandidatin des bürgerlichen und rechten Lagers, Petra Roth (CDU), im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen (51,9%). Der Kandidat für rotgrün und bisherige OB, von Schoeler (SPD), erzielte demgegenüber nur ein Ergebnis von 45,9%. Der Bundesvorsitzende der NPD, Deckert, der ebenfalls zur Wahl zugelassen wurde, erhielt — ohne daß ein öffentlicher Wahlkampf geführt wurde — 1438 Stimmen (0,7%). Die Republikaner, die 1993 mit zehn Abgeordneten in die Stadtverordnetenversammlung eingezogen waren, hatten keinen eigenen Kandidaten aufgestellt. Die Wahlbeteiligung lag mit 55,8% zwar deutlich niedriger als bei der letzten Kommunalwahl (69,7%), aber höher als bei OB-Direktwahlen in anderen größeren hessischen Städten.

Das Wahlergebnis relativiert die knappe Mehrheit von Sitzen, über die

SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Kommunalparlament verfügen (SPD 33, Grüne 15, CDU 35, Rep 10). Die rotgrüne Koalition ist jedoch erschüttert. Die CDU wird bei der (Neu)besetzung der Magistratsdezernate ihren gestärkten Einfluß geltend machen können. Auch wenn sich die Mehrheitsverhältnisse im Kommunalparlament nicht ändern, wird „rotgrün an den entscheidenden Aussagen des CDU-OB-Wahlkampfes nicht mehr vorbeikommen“ (Roth). Was das bedeutet, läßt sich — vor allem wegen der angespannten Finanzlage — nur schwer absehen. Auf jeden Fall sind die Karten im Hinblick auf die Kommunalwahl 1997 und die Koalitionen neu gemischt.

Die Direktwahl war notwendig geworden, nachdem der bisherige OB von Schoeler sich hatte abwählen lassen, weil rotgrün für die Wiederwahl der Gesundheitsdezernentin Nimsch (Die Grünen) nicht alle Stadtverordneten aus den eigenen (SPD-)Reihen mobili-

sieren konnte. Die Dezernentin steht u.a. für eine Politik, die Repression und Strafrecht gegen Drogenabhängige einschränken will. Sie wurde abgewählt, weil der SPD-Fraktion drei Stadtverordnete angehören, die Bündnisse mit der CDU der Koalition mit den Grünen vorziehen und bereit waren, diese Koalition auch zu gefährden. Statt nun eine Neuwahl des Kommunalparlaments auszuschreiben und so für ein politisches Mandat zu werben, beschränkte sich rotgrün auf die OB-Neuwahl. Die Grünen verzichteten sogar auf einen Kandidaten.

Obwohl das Wahlergebnis allseits mit Überraschung aufgenommen wurde, war es so unvorhersehbar doch nicht: Bereits bei der Kommunalwahl 1993 hatte das rechtskonservative Lager (CDU, FDP, REP, NPD, DVU) eine rechnerische Mehrheit von 56,7%, bei den Landtagswahlen 1995 von 52,7%.

Linken gelang es nicht, nennenswert in die Wahl einzugreifen. — (ola, udi)

„Für eine politische Lösung in Kurdistan!“

Weit über 100 000 Menschen demonstrierten am 17. Juni im Bonner Hofgarten

Zwischen 100 000 und 200 000 Menschen demonstrierten am 17. Juni in Bonn für eine politische Lösung in Kurdistan. Die DemonstrationsteilnehmerInnen kamen aus der ganzen BRD, aus Österreich, der Schweiz, Frankreich, den Niederlanden und aus skandinavischen Ländern.

Im überfüllten Hofgarten sprachen u.a. der Abgeordnete der Grünen im Landtag von NRW, Siggie Martsch, der Vorsitzende des Präsidiums des kurdischen Exilparlaments, Zübeyir Aydar, der Abgeordnete des kurdischen Exilparlaments Melik Firat, der Vorsitzende des Menschenrechtsprojekts Kurdistan in London, Kerim Yıldız, ein Vertreter der KDP-Iran, ein Vertreter der katholischen Kirche in Großbritannien, der Vorsitzende des Norwegischen Kurdischen Rats, ein Vertreter der walisischen Partei Plaid Cymru und Ali Ghazi, der Sohn des Präsidenten der legendären kurdischen Republik Mahabad, Kadi Muhammed.

Außerdem wurde ein Tonband mit einer langen Grußbotschaft von Abdullah Öcalan vorgespielt, die mit großer Begeisterung aufgenommen wurde, und eine Rede des immer noch wegen einem Auslieferungsbegehren der BRD in London inhaftierten ERNK-Europasprechers Kani Yilmaz vorgelesen.

An der Demonstration, zu der zunächst YEK-KOM, Komkar und die kurdische Gemeinde aufgerufen hatten, nahmen fast ausschließlich AnhängerInnen der ERNK teil. Komkar u.ä. Gruppen hatten sich schon während der Vorbereitung mit fadenscheinigen Vorwänden wieder zurückgezogen. In dem Demonstrationszug, der von der Josefs-höhe losging, gab es einen kleinen internationalistischen Block, der vor allem aus Antifa-Gruppen und Mitgliedern aus linken Organisationen und Kurdi-

stan-Solidaritätsgruppen bestand. Auch Anhänger der türkischen Linken beteiligten sich.

Die Polizei hielt sich während der Demonstration zurück, filmte aber mit mehreren Kamerawagen jede Sekunde der Demonstration und der Kundgebung. An einigen Grenzen wurde versucht, die Einreise zur Demonstration zu verhindern. Nach der Aktion leitete die Polizei 27 Strafverfahren wegen Zeigens von ERNK-Fahnen ein.

Politische Reaktionen der Bundestagsparteien (ausgenommen PDS und Grüne) oder gar der Bundesregierung auf die Demonstration waren bei Redaktionsschluss nicht bekannt. Die brutale Ignoranz, mit der die staatlichen Stellen dieser Republik alle Bemühungen des kurdischen Volkes um einen politischen Dialog und eine politische Lösung seiner Anliegen unterdrücken, ist wirklich einmalig in Europa.

Die Sicherheitsorgane setzen derweil ihre Razzien und Überfälle auf kurdische Einrichtungen und angebliche „Unterstützer“ fort. Trotzdem: Daß eine verbotene Partei wie in diesem Fall die PKK bzw. ihr nahestehende Personen und Gruppierungen etwas mehr als ein Jahr nach ihrem Verbot eine solche Großdemonstration in der Bundeshauptstadt durchführen kann, dürfte in der Geschichte der Parteienverbote in dieser Republik für die Sicherheitsorgane und die Regierungsparteien auch eine neue Erfahrung sein. Die Tatsache, daß Kinkel und Kanther keine „kleine terroristische Strömung“ in der kurdischen Bevölkerung unterdrücken, wie sie behaupten, sondern fast die gesamte kurdische Exilbevölkerung in der BRD, ist nach dieser Demonstration ganz unbestreitbar.

— (K., rül, aus: „Kurdistan-Rundbrief“, gekürzt)



Kölner Polizeichef für „Dialog mit der PKK“

Die Kölner Polizeibehörden zählen seit Jahren zu den härtesten Verfolgern von kurdischen Einrichtungen und Organisationen in der BRD. Umso interessanter die folgende Meldung:

„Der Kölner Polizeichef Jürgen Roters hat sich für eine konsequentere Abschiebung überführter und verurteilter kurdischer Straftäter ausgesprochen. In einem dpa-Gespräch plädierte er am Samstag aber auch für einen Dialog der Politik mit der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK und für eine vorübergehende Aufhebung des Verbots. „Polizeiliche Maßnahmen gegen die PKK allein helfen nicht weiter“, meinte er.

In der Bundesrepublik ist Köln nach Darstellung von Roters neben Mannheim am stärksten von Demonstrationen von PKK-Sympathisanten betroffen. Die Anhänger der kurdischen Organisationen würden immer zahlreicher, immer jünger und immer mili-

tanter. „Im vergangenen Jahr hatten wir allein in Köln 23 größere kurdische Demonstrationen mit jeweils über 500 Teilnehmern, in diesem Jahr bisher schon 17! (...) Der Unmut in der Bevölkerung wächst, vor allem in der Geschäftswelt. „Die Polizei fühlt sich mit dem Problem alleingelassen“, so Roters. „Unsere Kräfte werden gerade am Wochenende durch diese Aufgaben immer stärker gebunden. Wir haben doch schon wochentags immer mehr mit Objektschutz für türkische Einrichtungen zu tun — für Moscheen und Gebetshäuser, Banken, Fluggesellschaften, Reisebüros und für bestimmte Personen!“

„Aber die Polizei allein kann das Kurdenproblem nicht lösen“, meinte Roters. „Es muß nach Wegen gesucht werden, mit der PKK in einen Dialog einzutreten. Das sollten die Parteien tun. Wenn man die PKK in einen solchen Dialog einbindet, würde der Druck abnehmen, samstags auf die Straße zu gehen! (...)“

Quelle: dpa-Köln, 17. Juni 1995

AKTUELL IN BONN

OVG kontra Kurden-Abschiebungen

Die von der Bundesregierung durchgesetzte Aufhebung des Abschiebestopps für kurdische Flüchtlinge in der BRD stößt nun auch bei den Gerichten auf Widerspruch. Nachdem Hessen bereits einseitig einen neuen sechsmonatigen Abschiebestopp (der alte ist am 12. Juni abgelaufen) erlassen hatte und sich damit Kanthers Zorn zugezogen hatte, hat nun das Oberverwaltungsgericht Schleswig einer Abschiebung von Kurden und Kurden widersprochen. Von einer „Fluchtalternative West-Türkei“, so das Gericht, wie sie die Bundesregierung behauptet, könne keine Rede sein.

Parlamentsreform mit „Lex PDS“?

Die CDU/CSU will im Zuge der „Parlamentsreform“ auch eine Wahlrechtsänderung. Die Klausel, wonach eine Partei mit 3 Direktmandaten in den Bundestag einzieht, müsse geändert werden, da das Wahlgebiet nach dem Anschluß der DDR größer geworden sei. Mindestens 5 Direktmandate müßten sein. SPD und Grüne wiesen diesen Vorschlag zurück: Allzu durchsichtig sei, daß mit einem solchen „Lex PDS“ die PDS aus dem nächsten Bundestag ferngehalten werden solle. Vielleicht sehen SPD und Grüne auch andere Möglichkeiten. So beinhaltet die Parlamentsreform auch eine Änderung der Wahlkrei-

se, das Parlament soll von bisher 656 Sitze auf höchstens 600 verkleinert werden. Vielleicht versprechen sich SPD und Grüne davon genug Aussichten, die PDS niederzuhalten.

Bonn, Hanau und „Russen-Uran“

Die FDP hat einen neuen Plan ausgeheckt, wie sie der Firma Siemens unter die Arme greifen und das Siemens-Brennelementwerk in Hanau wieder in Betrieb bringen will. Die Hanauer Anlage soll russischen Waffen-Kernbrennstoff in Mischoxid(MOX)-Brennstäbe „abrüsten“, so der FDP-Fraktionsvorsitzende Solms. Das Bundeskabinett werde „demnächst“ einen entsprechenden Plan verabschieden, die USA und die russische Regierung hätten angeblich bereits zugestimmt. Die hessische Landesregierung, die bisher relativ erfolgreich für eine Stilllegung der gefährlichen Anlage eingetreten war, werde sich diesem Plan nicht widersetzen können, so Solms frech: „Die Landesregierung möchte ich sehen, die eine weltweite, alternativlose Abrüstungsvereinbarung torpedieren will“.

Teure Weltraum-Rüstungspläne

Die CDU/CSU-Fraktion will die Weltraumrüstungen, an denen die BRD bzw. westdeutsche Konzerne beteiligt sind, rascher ausweiten als bisher geplant. In einem Papier ihrer „Weltraumexperten“ wird eine Beteiligung der BRD und

deutscher Firmen sowohl an einer Weltraumstation Alpha (gemeinsam mit Frankreich und Italien) wie auch bei zwei satellitengestützten militärischen Spionagesystemen (Helios II und Horus) verlangt. „Alpha“ soll 3,3 Mrd. DM kosten, davon 500 Mio. DM für die BRD. Für die Spionagesatelliten werden noch keine Kosten genannt, doch hat das Forschungsministerium nach eigenen Angaben bereits 1 Mrd. DM für „Entwicklungskosten“ ausgegeben. Die größten Brocken an diesen Rüstungsgeschäften würden an den Daimler-Benz-Konzern gehen.

„Mehr Selbständigkeit“?

Ausgerechnet auf eine gemeinsame „Offensive für mehr Selbständigkeit“ haben sich die Vertreter der Gewerkschaften beim 4. „Spitzengespräch beim Kanzler“ am 14. Juni eingelassen. Man will gemeinsam für „Risikobereitschaft“ und „Eigeninitiative“ werben und für mehr „Arbeit-Geben“, einen bundesweiten Kongreß über die „Bedeutung von Existenzgründungen“ durchführen, prüfen, welche arbeits- und sozialrechtlichen Schranken „Existenzgründern“ im Wege stehen, die „Ausgründung“ von Unternehmen aus öffentlichen Forschungseinrichtungen erleichtern usw. Prompt nimmt die Regierung die Gewerkschaften auch noch für eine niedrige Erbschaftssteuer in die Pflicht: Bei der Neuordnung der

Erbschaftssteuer müßten „die Belange des Mittelstandes“ berücksichtigt werden.

Seehofer droht weiter

Am 14. September wird die „Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen“ erneut über Kostendämpfungen in der Krankenversicherung beraten. Schon vorher droht CSU-Minister Seehofer den Krankenversicherungen. Vor einem für diese Woche geplanten ersten Gespräch mit Vertretern der Krankenkassen, der Ärzte und der Krankenhäuser drohte er, bei diesen Gesprächen gehe es „um die einmalige und letzte Chance in diesem Jahrhundert, daß es eine Selbstverwaltungslösung gibt“. Vor Monaten schon hatte Seehofer u.a. eine Begrenzung der Arbeitgeberbeiträge und damit die Abkehr von der bisherigen 50:50 Aufteilung der Versicherungsbeiträge zu Lasten der Lohnabhängigen verlangt.

Was kommt demnächst?

Am Freitag, 30.6. soll der Bundestag über den Bundeswehreininsatz in Jugoslawien entscheiden. Am 4. Juli ist dann eine Sondersitzung des Bundestags geplant, um Waigels „Jahressteuergesetz 1996“ trotz Widerspruchs des Bundesrats auf den Weg zu bringen. Vom 6. bis 8. Juli ist Kohl auf Staatsbesuch in Polen. Am 14. Juli ist die letzte Sitzung des Bundesrats vor der Sommerpause.



Bilder: Protestaktionen während des Tarifkonflikts in Hamburg, Mitte Juni

Einzelhandel: Langer Kampf, guter Abschluß

3,7 Prozent Lohnanhebung, in den unteren Lohngruppen 4 bis 5 Prozent mehr Lohn

Nach einem über fünf Wochen andauernden Tarifkampf haben die Beschäftigten im Einzelhandel einen wichtigen Erfolg gegen die Niedriglohn-Politik der Einzelhandelskonzerne errungen. Am 27. Juni stimmten die Vertreter der Einzelhandelskapitalisten in Nordrhein-Westfalen einem neuen Tarifvertrag zu, der folgende Tarifanhebungen festschreibt:

- 3,7 Prozent mehr Lohn und Gehalt für eine Verkäuferin im siebten Berufsjahr (sog. Ecklohngruppe);
- für Verkäuferinnen in den unteren Lohngruppen, z.B. im vierten oder fünften Berufsjahr, werden die Löhne um 4 bis 5 Prozent erhöht;

- Für die Monate April bis Juni erhalten Beschäftigte bis 3000 DM Gehalt 300 DM, bis 3100 DM Gehalt 250 DM und über 3100 DM Monatsgehalt 200 DM Einmalzahlung.

Über 80000 Beschäftigte haben sich nach Angaben der HBV an diesem bislang größten Lohntarifkampf in der Geschichte der Gewerkschaft beteiligt. Die Belegschaften von hunderten von Kaufhäusern, Kaufhallen, SB-Märkten und sonstigen Geschäften in praktisch allen Bundesländern beteiligten sich an den Kampfaktionen, protestierten mit Warnstreiks, Protestkundgebungen, Demonstrationen in den Innenstädten gegen ihre niedrigen Löhne, für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne.

Insbesondere in den Tagen vor dem jetzt erreichten Abschluß hatte sich die Streikbewegung immer weiter ausgeweitet: Hatte die HBV noch Mitte Juni Urabstimmungen in 270 Betrieben, 46000 Beteiligte an den Urabstimmungen, 93% für Streik und 30000 Streikende gemeldet, so waren es am 22. Juni bereits zwischen 60000 und 65000, bis zum Abschluß dann sogar 80000, die sich an der Streikbewegung beteiligt hatten.

Die Tarifverhandlungen in den anderen Bundesländern dauerten bei Redaktionsschluß noch an. In Bayern und Niedersachsen geht es dabei zusätzlich zu der Forderung um Anhebung der niedrigen Löhne noch um die Abschaffung spezieller Niedriglöhne, der sogenannten „Ortsklasse II“ für die ländlichen Gebiete.

Auch in anderen Tarifgebieten gab es von Anfang an starke Kräfte in der

HBV, die auf eine besondere Anhebung der unteren Lohngruppen drängten. „240 DM linear“, lautete beispielsweise die Forderung im Tarifbezirk „Nordsee“, in NRW, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. In Hessen forderte die HBV sogar 250 DM linear, im Saarland, Bayern, Schleswig-Holstein und Hamburg wurden Mindestforderungen aufgestellt: von 5%, mindestens 190 DM (Hamburg) bis 6%, mindestens 200 DM (Bayern, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg).

In einzelnen Tarifbezirken forderte die HBV darüber hinaus noch einen sogenannten „Sicherheitstarifvertrag“: Insbesondere für kleinere, in letzter Zeit häufig von Überfällen bedrohte Geschäfte sollen künftig die Kapitalisten ihre Tageseinnahmen durch Geldtransportunternehmen abholen lassen, die Filialen zusätzlich sichern usw.

3060 DM verdiente bis Tarifabschluß eine ausgebildete Verkäuferin bei voller Arbeitszeit und sieben Jahren Berufserfahrung. Die Einstellungsgehälter lagen sogar bei 2066 DM brutto (Schleswig-Holstein) bis maximal 2333 DM (Westberlin). Bei 3060 DM bedeutet das für eine alleinstehende Verkäuferin netto am Monatsende gerade über 2000 DM, mit denen sie für sich selbst und oft genug — wenn sie z.B. Alleinerzieherin ist — auch noch für ihr Kind auskommen muß. Der Durchschnittslohn für Frauen im Einzelhandel lag im Juli 1994 um 740 DM im Monat unter dem Durchschnittslohn für Frauen insgesamt (Vollzeitlehnen).

Widerstand gegen diese niedrigen Löhne im Einzelhandel, verbunden mit der immer weiter um sich greifenden Arbeitshetze und Deregulierung der Arbeitszeiten, mit der drohenden Sonntagsarbeit, dem drohenden gänzlichen Wegfall des Ladenschlußgesetzes, das war die entscheidende Triebkraft in diesem Tarifkonflikt. Auf der anderen Seite: Einzelhandelskapitalisten, von denen allein die zehn größten Konzerne einen Umsatz von mehr als 260 Milliarden DM vereinen, und die wild entschlossen waren, die Niedriglöhne im Einzelhandel zu verteidigen, um ihre Profite so weiter in die Höhe zu schrauben.

Die Hoffnung der Kapitalisten, die

Streikfront durch Hetze in der Öffentlichkeit und Spaltung zu brechen, ist nicht aufgegangen. Die Lohnsenkungen der vergangenen Jahre, die immer weiter steigenden Mieten haben die Reserven der Beschäftigten weitgehend aufgebraucht. Eine weitere Reallohnsenkung war nicht hinnehmbar. Deshalb

scheiterten die Kapitalisten auch bei ihrem Versuch, die DAG aus der Tarifaussensetzung herauszubringen. Auch die Hetze gegen die Streiks in der Öffentlichkeit kam nicht an.

Quellen: Tariffinformationen und Presseerklärungen der HBV, Düsseldorf — (rül)



Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen

PRESSE-DIENST

Nr. 66/95

Düsseldorf, 27. Juni 1995

Erster Tarifabschluß im westdeutschen Einzelhandel:

**HBV gelang Durchbruch in Nordrhein-Westfalen
- Löhne und Gehälter der Verkäuferinnen steigen um 3,7 Prozent**

Die Gehälter der 450 000 Arbeitnehmer im nordrhein-westfälischen Einzelhandel werden ab 1. Juli 1995 in der Eckgruppe der VerkäuferInnen um 3,7 Prozent erhöht. Darauf verständigten sich die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und der Arbeitgeberverband des nordrhein-westfälischen Einzelhandels am 27. Juni 1995 in Düsseldorf. Der in der sechsten Verhandlungsrunde und nach fünfwöchigen Streiks erzielte Tarifabschluß sieht eine Anhebung der Gehälter in der Eckgruppe der Verkäuferin um 113 Mark bzw. 3,7 Prozent vor. Die unteren VerkäuferInnengruppen im dritten, vierten und fünften Berufsjahr erhalten überproportionale Anhebungen zwischen fünf und vier Prozent. Für die Monate April, Mai und Juni erhalten die Beschäftigten bis zu einem Gehalt von 3.000 Mark eine Einmalzahlung in Höhe von 300 Mark; bis zu 3.100 Mark 250 Mark; über 3.100 Mark Monatsgehalt erhalten sie 200 Mark.

Verhandlungsführer Gerhard Keuchel bezeichnete den Tarifabschluß als einen Durchbruch im wochenlangen Tarifkonflikt. Dieser sei allerdings nur durch die Streiks der letzten Wochen möglich geworden. "Das Streikziel der Gewerkschaft HBV, eine Abkoppelung des Einzelhandels von der allgemeinen Einkommensentwicklung, zu verhindern, wurde erreicht. Die Arbeitgeber haben es nicht geschafft, die Einzelhandelsbeschäftigten mit einem Billigabschluß abzuspeisen. Die Versuche der Arbeitgeber, die überproportionalen Anhebungen der letzten beiden Jahre auf 1995 anzurechnen, wurden abgewehrt. Der Kampf um jede Mark hat sich gelohnt", erklärte der Gewerkschafter. Zudem sei es gelungen, eine soziale Komponente durchzusetzen, die vorsieht, vor allem die unteren Einkommensgruppen überproportional anzuheben.

Die Tarifverhandlungen für den westdeutschen Einzelhandel werden am heutigen Dienstag, 27. Juni 1995, in Bayern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Saarland und am 30. Juni 1995 in Hessen fortgesetzt.

Diese Regierung bekämpft nicht die Armut, sondern die Armen

Dokumente zu den Sozialhilfe„reform“plänen von Gesundheitsminister Seehofer (CSU)

Am 22. Juni fand im Bonner Gesundheits- und Sozialministerium die erste Anhörung zum Entwurf des neuen „Sozialhilfegesetzes“ statt, die CSU-Minister Seehofer vor einigen Wochen vorgelegt hatte (wir berichteten). Die anwesenden Verbände — darunter alle Wohlfahrtsverbände, der Verband der Kriegsopfer (VDK), der Reichsbund, Vertreter der Erwerbsloseninitiativen, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen und des Arbeitslosenverband Deutschland — kritisierten den Entwurf des Ministers scharf. Ihre Kritik richtete sich grundsätzlich vor allem gegen drei Elemente von Seehofers Plan:

1. daß bei der Berechnung der Sozialhilfe nicht mehr am Bedarfsdeckungsgrundsatz festgehalten wird, daß also nicht die Befriedigung minimalster Bedürfnisse der Armen in dieser Gesellschaft, sondern der angebliche „Finanzrahmen“ der öffentlichen Haushalte Richtschnur bei der Bemessung der Sozialhilfe wird;
2. daß mit den so fixierten Sozialhilfefestätzen für einen großen Teil der Bevölkerung ein Leben unterhalb des Existenzminimums verlangt werden soll;
3. daß die Sozialämter im Zusammenhang mit den zahlreichen neuen Arbeitsverpflichtungen für Sozialhilfebezieher zu zweiten Arbeitsämtern ge-

macht werden, mit der Folge, daß die Hierarchie auf dem Arbeitsmarkt bzw. unter den Erwerbslosen weiter verstärkt wird. Sollte die von Waigel geforderte Änderung des Arbeitsförderungs-gesetzes (Begrenzung der Arbeitslosenhilfe) Wirklichkeit werden, wäre das Ausmaß dieser weiteren Zerlegung und Spaltung unter den Erwerbslosen noch größer.

Die Aussichten, daß das Ministerium auf diese Kritiken reagiert, sind vorderhand gering. Am 10. Juli will Seehofer seinen Entwurf im Kanzleramt einreichen, am 17. Juli soll dann das Kabinett den Entwurf verabschieden und in die parlamentarische Beratung einbringen.

Die erste Lesung im Bundestag soll unmittelbar nach der Sommerpause stattfinden, damit das Gesetz wie geplant zum 1. 1. 1996 in Kraft treten kann. Ener-gischer öffentlicher Protest von den Wohlfahrtsverbänden, von Gewerkschaften und den Verbänden der Erwerbslosen und Sozialhilfebezieher wird nötig sein, um diese Pläne noch zu stoppen und die damit von der Regie-rungskonalition betriebene weitere De-regulierung des Arbeitsmarktes zu ver-hindern.

Wir dokumentieren im folgenden aus Stellungnahmen des Arbeitslosenver-bands, der Erwerbsloseninitiativen und der Sozialhilfeinitiativen. — (rül)

Sozialhilfeinitiativen

Deregulierung der Arbeitsverhältnisse

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen wehrt sich entschieden gegen den nunmehr vorgelegten Entwurf zur Sozialhilfereform. Er bestätigt die diesseits bereits geäußerten Befürchtungen, eine nach unseren Grundsätzen fehlgeleitete Wirtschafts- und Lohnpolitik auf Kosten der sozial Schwächsten zu verfestigen.

Soweit trotz Millionen fehlender Arbeitsplätze an dem Bild des in der Regel arbeitsunwilligen Hilfeempfängers, der der Anreize und pädagogischen Hilfe bedarf, festgehalten wird, werden die Probleme, die zur zunehmenden Erwerbslosigkeit führen, negiert, das Sozialstaatsprinzip zugunsten der Wirtschaft unterhöhlt.

Und soweit dann noch Sanktionsmöglichkeiten gefeiert werden, die im übrigen schon bestehen — und schon immer angegriffen wurden — kann dies nur zu einer gewollten Irreführung der Öffentlichkeit und potentiellen Abschreckung Berechtigter führen. Die Sanktionsmöglichkeiten haben bislang weder zu einer Verminderung der Zahlen von Langzeitarbeitslosen noch zu den versprochenen Einsparungen geführt.

Werden Arbeitgebern bei Beschäftigung von Hilfeempfängern, die länger als sechs Monate im Sozialhilfebezug stehen, auch bei Abschluß befristeter Arbeitsverhältnisse Zuschüsse gewährt, so stellt sich in der Tat die Frage, inwieweit überhaupt für Arbeitgeber ein Anreiz besteht, reguläre Arbeitsverhältnisse abzuschließen.

Werden nun noch Leiharbeitsverhältnisse als reguläre Maßnahmen des Bundes-sozialhilfegesetzes angeboten, untertarifliche Bezahlung legalisiert und befristete Arbeitsverhältnisse (bis zu 3 Monaten) befürwortet, kann dies nur bedeuten, das Arbeits- und Tarifrecht aus den Angeln zu heben und die Löhne für die noch verbleibenden regulären Arbeitsverhältnisse zu drücken.

Letztendlich bedeutet dies, die Arbeitsverhältnisse zu deregulieren.

Vor diesem Hintergrund ist das Lohnabstandsgebot zu sehen. Alle hierzu geführten Untersuchungen haben bestätigt, dieses Gebot wurde auch auf der Grundlage der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen gewahrt. Soweit sich trotz allem Überschneidungen von Sozialhilfe und unteren Einkommen ergaben, lag dies eindeutig nicht an zu hohen Sozialhilfeleistungen, sondern an nicht existenzsichernden Löhnen. Der nun-

mehr willkürlich festgelegte Abstand von 15% bedeutet eine völlige Abkehr von dem — bislang zwar angeschlagenen — aber immer noch gesetzlich gesicherten Bedarfsdeckungsprinzip. (...)

Wir fordern ... alle Parteien, Kirchen, Wohlfahrts- und Sozialverbände sowie die Gewerkschaften dazu auf, gemeinsam mit uns dem weiteren Abbau sozialstaatlicher Leistungen und damit der Unterwanderung des Sozialstaatsprinzips entgegenzutreten. — (Erklärung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen, Frankfurt, 2. 6. 95)

Erwerbsloseninitiativen

Sozialhilfe als Unternehmersubvention

Gesundheitsminister Seehofers „Reform“ des Sozialhilferechts ist ein grundlegender Angriff auf die existentielle Absicherung großer Teile der Bevölkerung.

Unsere hauptsächlichen Kritikpunkte an diesem „Reformprojekt“ sind:

Das Lohnabstandsgebot

Statt die Regelsätze nach dem Bedarfsprinzip zu gestalten, sollen sie auf jeden Fall 15% weniger als die Einkommen in den niedrigsten Lohngruppen betragen. Dies wird zu einer absoluten Kürzung der Regelsätze führen.

Die dahinterstehende Strategie ist unschwer zu durchschauen: Die Sozial-einkommen werden soweit nach unten manipuliert, bis die Betroffenen sich gezwungen sehen, jede Arbeit außerhalb tariflicher und arbeitsrechtlicher Absicherung anzunehmen, die Beschäf-

tigten in den unteren Lohngruppen zu verdrängen und damit das Lohnniveau in diesem Bereich weiter abzusenken. Dies schlägt dann wieder durch auf die Höhe der Sozialeinkommen — eine Spirale nach unten ohne Ende.

Der erzwungene Arbeitseinsatz

Wer „zumutbare“ Arbeit ablehnt, so Seehofers Entwurf, soll die Sozialhilfe erst um 25% gekürzt und dann ganz gestrichen bekommen. Eine Praxis, die seit Jahren bereits in vielen Sozialämtern Normalität darstellt. Neu ist allerdings der Umstand, daß jetzt die Kommunen per Gesetz gezwungen werden sollen, die Arbeitspflicht durchzusetzen. Für 1 bis 3 DM pro Stunde werden SozialhilfebezieherInnen zum Parkreinen oder Bäderputzen gezwungen. Diese Maßnahmen haben rein disziplinarischen Charakter und erhöhen weder die Qualifikation der Betroffenen, noch schaffen sie Arbeitsplätze.

Auch befristete Lohnkosten- und Ein-arbeitungszuschüsse an Arbeitgeber oder Leiharbeitsangebote bieten keine Alternative. Waren sie nach dem AFG bereits möglich, wurden sie nur spärlich von den Arbeitgebern benutzt. Offensichtlich besteht nur geringes Interesse.

Sozialhilfemittel würden direkt, bei Durchführung der angestrebten Regelung, zur Unternehmersubvention. Profite werden durch Senkung der Lohnkosten gesteigert, und dies auch bei befristeten, untertariflich bezahlten Arbeitsverhältnissen. Ein Ausbau von Billigarbeitsplätzen wäre das Resultat. So macht sich Seehofer, wie die gesamte Bundesregierung, zum Vollstrecker der Interessen der Unternehmerverbände, die behaupten, daß eine Ausdehnung des Niedriglohn-Sektors erforderlich sei. Wir fordern:

- die Abschaffung des Lohnabstandsgebots;
- die Abschaffung aller Formen von Zwangsarbeit;
- eine ausreichende Existenzsicherung für alle.
- (Stellungnahme der Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut, Frankfurt, 22. 6.)

Arbeitslosenverband

Verstoß gegen die Würde des Menschen

Zweifelsohne ist eine Reform des Sozialhilferechts u.a. aus den Gründen seiner Überalterung und der Entwicklung im Bereich der Sozialhilfe dringend geboten. Insofern ist der mit dem Referentenentwurf vorliegende Versuch zu begrüßen. Er ist seinem Inhalt nach u.E. jedoch keine Reform. Insbesondere ist es nicht gelungen, die grundlegenden Mängel gegenwärtiger Sozialgesetzgebung in Angriff zu nehmen, die Fülle der Bestimmungen zu entschlacken und bürgerfreundlicher zu gestalten. Obwohl der Entwurf in einigen Fällen Verbesserungen enthält (Mieten, Eingliederung Behinderteter), sind wir davon überzeugt, daß die grundlegenden Ausgangspositionen falsch gewählt wurden.

Das betrifft insbesondere die Vorstellungen, Kosten zu sparen, indem erwartet wird, daß der Entwurf den Übergang zum „ersten Arbeitsmarkt“ in zu beachtendem Umfang fördern wird. Angesichts der tatsächlichen Arbeitsmarktsituation und der ernstzunehmenden Prognosen über seine weitere Entwicklung werden sich diese Erwartungen nicht erfüllen, weil in diesem Falle der zweite Schritt vor dem ersten getan werden soll. (...)

Das verfassungsrechtlich durch Artikel 1 Abs. 1 GG i.V.m. dem Sozialstaatsgrundsatz des Artikel 20 Abs. 1 GG gebotene Existenzminimum beschreibt eine Untergrenze, die vom Gesetzgeber nicht unterschritten werden darf. Mit dem Entwurf ist beabsichtigt, in einigen Fällen diese Untergrenze zu unterschreiten. Damit würde gegen diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wie gegen Paragraph 2 Abs. 2 Satz 1 des BSHG, der die Aufgabe der Sozialhilfe dahingehend bestimmt, dem Empfänger die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht, verstoßen. (...)

— (Stellungnahme des Arbeitslosenverband Deutschland e.V., Berlin, 22. 6. 95)



„Die Menschen wissen nicht, ob sie hysterisch oder apathisch werden sollen“



Serbischer Maschinengewehrschütze



Das gefälschte Bild eines Konflikts. Hetzbilder aus „Der Spiegel“ Nr. 8 / 1993.

Sarajevo ist keine von den Serben belagerte Stadt, sondern geteilt!

Eine Leserzuschrift vom „Friedensladen Heidelberg“

Die größte Unwahrheit zur Rechtfertigung des jüngsten muslimischen Angriffs gegen die serbischen Gebiete in und um Sarajevo ist die momentan geradezu formelhaft ständig wiederholte Rede vom „serbischen Belagerungsring um Sarajevo“ bzw. von der „von den Serben belagerten Stadt“. Falscher als mit diesen Formulierungen kann man die Dinge nicht auf den Punkt bringen; daher folgende Richtigstellungen:

1. Sarajevo ist in Wahrheit keine von den Serben belagerte, sondern eine zwischen Serben und Moslems geteilte Front-Stadt. Die Frontlinie verläuft z.T. direkt durch das Stadtzentrum an der Miljacka entlang.

2. Der serbische Teil Sarajevos macht in Bezug auf die eigentliche Stadt, also ohne die Vororte der Umgebung, flächenmäßig nur etwa 15 Prozent aus, da die Moslems bei Kriegsausbruch den weitaus größeren Teil der Stadt unter ihre Kontrolle bringen konnten. Aber diese 15 Prozent stehen für viel mehr, nämlich für den serbischen Bevölkerungsteil Sarajevos, der sich bei Kriegsbeginn auf immerhin 35 bis 40 Prozent belief.

3. Viele der serbischen Einwohner Sarajevos sind bei oder in der ersten Zeit nach Ausbruch des Krieges aus der Stadt bzw. aus deren nun muslimisch gewordenem Teil geflohen — nicht wenige davon in die Kleinstädte und Dörfer der Umgebung, wo sie sich jetzt von der Journalaille als „Belagerer“ Sarajevos titulieren lassen müssen. Die Frage, was das eigentlich für eine „belagerte Stadt“ ist, deren „Belagerer“ ihre eigenen Bürger sind, stellen die Medien nicht.

4. Aber nicht nur in Bezug auf Sarajevo insgesamt, sondern auch in Bezug auf dessen muslimisch kontrollierten, größeren Teil ist die Formel von der

„serbischen Belagerung“ falsch und irreführend. Denn eine Belagerung ist ein offensiver Vorgang, der zielgerichtet die Erstürmung bzw. Übergabe des belagerten Objekts verfolgt und deshalb jegliche Versorgung der Belagerten verbietet. Demgegenüber haben die Serben hunderte, wenn nicht tausende Versorgungslieferungen über ihr Territorium in den muslimischen Teil Sarajevos passieren lassen — Lieferungen, mit denen auch, sogar vorrangig, die Soldaten der die Serben dann bei nächster Gelegenheit wieder angreifenden Iztbegovic-Armee versorgt werden!

5. Fast immer, wenn es die Serben hingegen abgelehnt haben, bei der Versorgung — auch — ihres militärischen Gegners in Sarajevo mitzuwirken, war dies in einer Situation akuter, gesteigerter Angriffe seitens der Iztbegovic-Armee oder aber im Falle einer Weigerung seitens der UN-Verantwortlichen, eine „für Sarajevo“ bestimmte Hilfslieferung von den Serben selbst kontrollieren zu lassen. Nicht serbische Willkür launen, sondern konkrete Aggressionshandlungen Iztbegovics und bewusste Provokationen von UN-Verantwortlichen sind also der Grund dafür, wenn die Versorgungslage im muslimischen Teil Sarajevos sich zeitweise zuspitzt.

6. Eine solche — in den Nachrichtenmeldungen grundsätzlich „dramatisch“ — zugespitzte Versorgungslage findet im übrigen auf Grundlage der ganz erheblichen Hilfslieferungen statt, die die internationale Gemeinschaft ansonsten, bei offenen Versorgungsrouten, dem muslimischen Teil Sarajevos unter deutlicher Benachteiligung seines serbischen Teils zukommen läßt, so daß unter dem Strich die Versorgungslage der angeblich Belagerten auf keinen Fall schlechter ist als die der angeblichen Belagerer — eher dürfte das Gegenteil zutreffen.

7. Während sich die Serben damit abgefunden haben, daß die Moslems den größeren und weitaus wichtigeren Teil der Stadt unter ihre Kontrolle haben bringen können, akzeptieren umgekehrt die Moslems nicht die Existenz des kleineren, serbischen Sarajevos und schon gar nicht des überwiegend serbischen Umlands. Dementsprechend wurden alle größeren Angriffe und Versuche, die Frontlinie in und um Sarajevo zu verschieben, in den letzten 3 Jahren fast ausschließlich von muslimischer Seite unternommen. Wenn also überhaupt von einem serbischen „Ring“ in und um Sarajevo gesprochen werden kann, dann allenfalls von einem serbischen Verteidigungsring.

8. Aber nicht einmal dieses Wort „Ring“ ist bei genauerer Betrachtung angebracht, denn ein Ring ist in der Regel geschlossen. Unter dem Flughafen von Sarajevo wurde jedoch unter völliger Mißachtung, daß es sich dabei um neutrales, nur von der UNO zu nutzendes Gebiet handelt, von muslimischer Seite mittlerweile ein Tunnel angelegt, der den muslimischen Teil Sarajevos mit dem angrenzenden muslimischen Haupt-Territorium direkt verbindet und durch den beträchtliche Mengen ziviler und militärischer Güter und Personen hin- und hertransportiert werden können. Der serbische „Ring“ ist also in Wahrheit bereits geöffnet.

9. Fazit: Die jetzige Offensive Iztbegovics geht nicht gegen „Belagerer“, sondern gegen Verteidiger, und zwar gegen die Verteidiger der serbischen Teile Sarajevos und seiner Umgebung. Das Endziel der Offensive ist dabei auch keine „Befreiung“, sondern vielmehr die völlige Eroberung Sarajevos und die Errichtung einer muslimischen Alleinherrschaft in dieser Stadt. — (Zuschrift von H.J.K., über: Friedensladen Heidelberg)

Schengener Abkommen

Nordische Paßfreiheit als Steigbügel der EU

Die Zusammenarbeit der nordischen Länder Island, Norwegen, Schweden, Finnland und Dänemark hat lange Tradition. In verschiedenen Abkommen legt sie auf manchen Gebieten gleiche Rechte für alle Bewohner der nordischen Staaten fest. So konnten sich die Bewohner dieser Länder ohne Paß in den inneren Staatsgrenzen bewegen.

Solche Interessen werden durch das Schengener Abkommen verletzt, das u.a. Paßfreiheit nur innerhalb der EU-Mitgliedsländer, die dem Abkommen beigetreten sind, garantiert.

Seit Anfang 1995 neben Dänemark die Länder Schweden und Finnland EU-Mitglieder sind, Island und Norwegen dagegen nicht, ist u.a. die Frage nach der Aufrechterhaltung der Grenzfreiheit Thema in den nordischen Ländern. Bereits im Februar 1995 bei einem Treffen des Nordischen Rats hatten die nordischen Staatsminister eine Erklärung abgegeben, aus der hervorgeht, daß die beiden Länder Island und Norwegen bereit sind, ihre Kontrollpflichten an den Außengrenzen der nordischen Länder dergestalt wahrzunehmen, daß diese den Forderungen der Schengener-Konvention entspricht. Später sprachen sich die fünf nordischen Außenminister für eine Ausdehnung des Schengener Abkommens auf ihre Länder aus.

Mittlerweile haben Dänemark und Finnland einen Beobachterstatus in Schengen beantragt. Die schwedische Regierung brachte im Juni das Thema im Parlament zur Abstimmung. Die schwedische Organisation „Nein zur EU“, die immer noch sehr aktiv ist, konterte mit der Veröffentlichung eines Buches mit dem Titel: „Schengen — offene Grenzen für Narkotika und hohe Mauern für Flüchtlinge“. Für die EU-Gegner wäre die beste Lösung, um die nordische Paßfreiheit zu retten, daß keines der nordischen Länder Mitglied im Schengener Abkommen würde.

Die norwegische Regierung arbeitet zielstrebig an einer Einbindung. Außenminister Godal verkündete, daß er für Norwegen eine Regelung begrüßt, die in der Praxis dem Schengener Abkommen entspricht. Zur Zeit weilt Justizministerin Faremo in Brüssel, um Einzelheiten einer assoziierten Mitgliedschaft auszuarbeiten. In Norwegen selbst ist es der Regierung gelungen, die Anbindung an das Schengener Abkommen als Lösung des Problems der bisherigen Paßfreiheit unter den nordischen Staaten zu behandeln. So versicherte Ministerpräsidentin Gro Brundtland im norwegischen Rundfunk, daß das nordische Paßproblem innerhalb des Schengener Abkommens geregelt werden könnte. Noch hat das norwegische Parlament kein grünes Licht zur Aufnahme von Verhandlungen gegeben. Sollte es innerhalb der jetzigen Regierungsperiode noch zur Abstimmung kommen, so ist durch die Mehrheit von Sozialdemokraten (Ap) und Konservativen (Rechte) eine Zustimmung gesichert.

Der Widerstand gegen die Anpassung an diese EU-Grenzpolitik ist innerhalb der norwegischen Parteien, die gegen die EU-Mitgliedschaft sind, relativ gering. Nur wenige, wie der Parlamentsabgeordnete der RV (Rotes Wahlbündnis) Erling Folkvord, warnen vor einer Unterschätzung. Er befürchtet, daß die Anpassung auf unterschiedlichen Sektoren ein Teil der Regierungsstrategie ist, Norwegen zu einem de facto EU-Land zu machen. Noch bis zur nächsten Parlamentswahl 1997 haben die EU-Befürworter die Mehrheit im Parlament. Quelle: „Klassekämpfe“, Juni — (ccs)

Linker Gipfel in Südamerika

Ein Bericht der Nachrichtenagentur „COMCOSUR“ über das „Foro de Sao Paulo“

Die linken Parteien Lateinamerikas hatten sich am letzten Mai-Weekend zum 5. Treffen des „Foro de Sao Paulo“ in Montevideo altherwürdigem Parkhotel versammelt. Um die 120 Delegierte aus 28 Ländern Lateinamerikas und der Karibik waren angereist, um die Zukunftsperspektiven der Linken zu debattieren. 44 Organisationen aus den anderen Kontinenten haben Beobachterstatus (ohne Rede- und Stimmrecht) beim „Foro“, darunter sind so unterschiedliche Parteien wie Herri Batasuna aus dem Baskenland, die staatstragende PRI (Partido de la Revolución Institucional) aus Mexiko, die Sozialistische Internationale, die Gruppe Libertad, die sich weltweit für die Freilassung von politischen Gefangenen einsetzt, und die Sozialistische Arbeiterpartei aus den USA.

Gereizt reagierte die Rechte in Uruguay auf dieses Treffen. An den Hauswänden tauchten Plakate auf: „Terroristen raus“, und erzkonservative Politiker machten im „Foro de Sao Paulo“ ein Gipfeltreffen der Subversiven Lateinamerikas aus. Sie bezogen sich dabei in erster Linie auf die Teilnahme der bewaffnet kämpfenden Befreiungsbewegung URNG in Guatemala und von Guerillaorganisationen aus Kolumbien. Die außenpolitische Kommission des uruguayischen Parlaments verweigerte eine gemeinsame Sitzung mit den angereisten Parlamentariern der Mitgliedsorganisationen des „Foro“. Für die uruguayischen Gastgeber, die Frente Amplio, ein eher peinliches und unwürdiges Spektakel.

Rückblick und Bestandsaufnahme

Die Initiative zum „Foro de Sao Paulo“ kam 1990 von der brasilianischen Arbeiterpartei PT. Der Fall der Mauer in Berlin und der Auflösungsprozess der Länder des real existierenden Sozialismus hatte natürlich auch Auswirkungen auf Lateinamerika, und Brasiliens mächtige PT trommelte die lateinamerikanische Linke zum kontinentalen Ratsschlag zusammen. Das erste Treffen fand in Sao Paulo (1990) statt, danach gab es Konferenzen des „Foro de Sao

Paulo“ in Mexiko (1991), Managua/Nicaragua (1992), in Havanna auf Kuba (1993) und zuletzt vor gut 14 Tagen in der uruguayischen Hauptstadt Montevideo.

Das Durchschnittsalter der Delegierten mag knapp unter 50 Jahren gelegen haben und das Verhältnis Männer zu Frauen im Plenarsaal war in etwa 15 zu 1, leicht angehoben durch den Frauenanteil bei den internationalen Beobachtern und bei der Presse.

Die Crème de la Crème der linken Parteien Lateinamerikas und der Karibik hatte sich viel vorgenommen für die 3-tägige Tagung: Analyse der aktuellen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Situation, eigene Vorschläge zu einer regionalen Integration und Alternativen zum neoliberalen Wirtschaftsmodell.

Es besteht Diskussionsbedarf, auch in Lateinamerika. Seit dem letzten Treffen des „Foro de Sao Paulo“, 1993 in Havanna, waren immerhin 14 Wahlen auf dem lateinamerikanischen Kontinent und in der Karibik. Man hatte sich große Hoffnungen gemacht auf ein Anwachsen der Linken und Wahlerfolge z.B. der PT in Brasilien, der ehemaligen Guerilla FMLN in El Salvador, der PRD in Mexiko, der CausaR in Venezuela und des Linksbündnisses Frente Amplio in Uruguay. Das alljährliche Treffen im Superwahljahr 1994 wurde suspendiert und man verabedete sich für Mai 1995 in Montevideo.

Die Bilanz der Wahlen fiel durchaus nicht so positiv aus, wie noch vor zwei Jahren erhofft. Damals stellte man sich noch vor, wie sich die politischen Kräfteverhältnisse auf dem Kontinent verschieben würden, falls der Gewerkschafter Jose Ignacio „Lula“ Da Silva Präsident des Giganten Brasiliens wäre, im kleinen Nachbarland Uruguay die Frente Amplio regieren würde und in Mexiko die allmächtige PRI, nach über 60 Jahren Alleinherrschaft, die Amtsgeschäfte an Cuauhtemoc Cardenas von der PRD (Partei der demokratischen Revolution) abgeben müsste.

Es ist anders gekommen, in vielen Ländern hat die Linke zwar dazugewonnen (z.B. Brasilien, Uruguay und Venezuela), aber das hoch gesteckte Ziel, „Machtübernahme“ durch Wah-

len, wurde doch nicht erreicht. Schlimmer noch, in Peru wurde Präsident Fujimori mit seinem klassisch neoliberalen Wirtschaftsprogramm (Privatisierung der Staatsbetriebe, Anreize für ausländische Investoren, Kürzung der Sozialleistungen, „Flexibilisierung“ der Arbeitsverträge und der Wochenarbeitszeit etc.) bis zur Jahrtausendwende im Amt bestätigt. Die klassisch linken Parteien Perus sind praktisch von der politischen Landkarte verschwunden und mit weniger als 5% WählerInnenstimmen in die Bedeutungslosigkeit abgerutscht.

Argentinien's Präsident Menem hat vor gut vier Wochen einen klaren Wahlsieg im ersten Durchgang geschafft und das alles mit seinem neoliberalen Diskurs. Freilich hat der Präsident den WählerInnen auch über 50000 neue Arbeitsplätze versprochen und sie scheinen es ihm geglaubt zu haben. Menem hat nach ersten Wahlanalysen paradoxerweise vor allem von den ärmeren Schichten der Bevölkerung Stimmen bekommen. Genau von denjenigen, die am schlimmsten von der neoliberalen Politik betroffen sind.

Gemischte Gefühle

„Unsere Analyse war richtig, aber oft war unsere Alternative für viele Menschen nicht genug sichtbar, darum konnten die rechten Parteien und Regierungen mit platten Formeln Stimmen sammeln...“, betonte der Sekretär für internationale Beziehungen der PT Brasiliens, Marco Aurelio Garcia, in seiner Grundsatzrede. „Trotz der Verschiedenheit, in der sich diese Wahlprozesse entwickelt haben, stellen die am ‚Foro‘ teilnehmenden Parteien heute mehr als 300 Abgeordnete, mehr als 60 Senatoren, einige Gouverneure, hunderte von Bürgermeistern und tausende von Abgeordneten in den kommunalen Parlamenten. Im ganzen ein Viertel der Gewählten der Länder“, heißt es aufmunternd in der Erklärung der Tagung in Montevideo.

Enttäuscht waren die Delegierten über die Absage von PT Chef „Lula“ aus Brasilien und Daniel Ortega (FSLN) aus Nicaragua. Beide hatten ihre Reise aus

innenpolitischen Gründen gestrichen. Der Gewerkschafter Lula war unabhängig wegen des über 3-wöchigen Streiks der Arbeiter bei der staatlichen Ölgesellschaft Petrobras. Sie hatten ihren Betrieb besetzt, um gegen die Privatisierung zu demonstrieren. Präsident Cardoso hatte daraufhin den Einsatz des Militärs befohlen.

Daniel Ortega war wegen des Verfassungskonfliktes mit der Chamorro-Regierung in Nicaragua dem „Foro“ ferngeblieben.

Was tun?

Beim Einstieg in die politische Bestandsaufnahme war man sich einig in der Beurteilung der anhaltenden Offensive der neoliberalen Politik, die auf dem gesamten Kontinent eine enorme Krise ausgelöst hat und breite Bevölkerungsteile marginalisiert und in die Armut treibt, bzw. sie dort beläßt, wo sie bereits sind: in den Slums, ohne Hoffnung auf ein besseres, würdevolleres Leben.

Der Vertreter der mexikanischen PRD verlangte eine Bestandsaufnahme über die sozialen und politischen Konsequenzen der neoliberalen Wirtschaftspolitik. Er forderte eine gezielte staatliche Förderung der nationalen Industrien und konkrete Vorschläge für eine alternative Wirtschaftspolitik. Dies erfordert auch die Reform internationaler Finanzorganisationen wie IWF und Weltbank sowie die Demokratisierung der Welthandelsorganisation (ehemals GATT), damit die Länder aus dem Süden mehr Chancen für den Absatz ihrer Produkte haben. „Die Schulden sind unbezahlbar, und sie müssen neu verhandelt werden“, betonte der PRD-Vertreter. Sicherlich ist dies ein tragfähiger Kompromiß für die 112 teilnehmenden Organisationen in Bezug auf die Schuldenfrage, der so auch seinen Niederschlag in der Abschlußresolution fand. Alle müssen zustimmen, denn auf dem „Foro“ gilt das Konsensprinzip.

Die alte Forderung der Linken, ersatzlose Streichung der Schulden, ist auf dem „Foro“ von 1995 also nicht mehr konsensfähig.

Etwas radikalere Töne waren von den Delegierten der FMLN aus El Salvador zu hören. Sie berichteten, daß die Demokratie in ihrem Land auf tönernen Füßen steht, denn noch immer operieren dort die paramilitärischen Todeschwadronen. Shafik Handal von der FMLN bewertete den Friedensprozeß in El Salvador positiv. Er warf aber auch die Frage auf, wie es mit der viel beschworenen Demokratie bestellt sei, wenn nach einem Wahlsieg der Linken wirtschaftliche Reformen verunmöglicht werden, weil die internationalen Finanzorganisationen die Kredite sperren.

Handal pochte auf die unbedingte Gleichberechtigung der verschiedenen Kampfformen nebeneinander. Ob mit dem Wahlzettel, oder, unter gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen, auch bewaffnet. Damit sandte er ein solidarisches Signal an die Zapatistas (EZLN) in Chiapas und v.a. an die guatemaltekeische Befreiungsbewegung URNG. Sie steht, nach über 32 Jahren Bürgerkrieg, in schwierigen Verhandlungen mit der Regierung, um den Konflikt friedlich beizulegen. Handals Position wurde nicht unbedingt in allen Punkten von



Indianische Demonstration 1992: „Es leben 500 Jahre des Widerstands“.

den Mitgliedsorganisationen des „Foro de Sao Paulo“ geteilt. Immerhin wurde in einer Resolution auf die friedliche Beilegung des Konfliktes in Chiapas gedrängt. Die mexikanische Regierung wurde aufgefordert, für die Einhaltung der Menschenrechte zu sorgen.

Ein wichtiges Thema des „Foro“ war natürlich auch die Situation auf Kuba. Obwohl der Diskurs des kubanischen Delegationsleiters weit hinter den Erwartungen zurückblieb und sich in Allgemeinplätzen alter KP-Rhetorik verlor, solidarisierte sich das „Foro“ selbstverständlich mit der kubanischen Revolution. Einhellig wurde das US-Wirtschaftsembargo gegen den Karibikstaat gebrandmarkt. Die Verschärfung der Blockade nach dem Gesetzentwurf des US-Senators Jesse Helms (Helms-Burton Plan) wurde von den Delegierten als „ein Angriff auf internationales Recht“ bewertet. Am 26. Juli, es ist der 42. Jahrestag der versuchten Erstürmung der Moncada-Kaserne durch ein Guerillakommando unter Führung von Fidel Castro, sollen in ganz Lateinamerika und in der Karibik Solidaritätsaktionen für Kuba stattfinden.

Der Ärger mit der Macht

Kräftig Zoff gab es bei der Tagung über die Teilnahme von „Bolivia Libre“. Diese Mitgliedsorganisation des „Foro“ ist an der Regierung unter Präsident Sanchez de Lozada in Bolivien beteiligt und damit auch mitverantwortlich für den Ausnahmezustand und die Repression gegen GewerkschafterInnen und Kleinbauern. Ebenso strittig war die Beobachterrolle der mexikanischen „Staatspartei“ PRI.

Gegen beide wurde ein Ausschlussantrag gestellt, der aber nicht den notwendigen Konsens fand. „Wer einmal Mitglied des ‚Foro‘ ist oder als Beobachter von der ständigen Arbeitsgruppe eingeladen wurde, kann nicht einfach per Beschluß des Plenums hinausgeworfen werden“, erklärte Jose Bayardi von der Frente Amplio aus Uruguay die Spielregeln des „Foro“. Einige Delegierte waren darüber gar nicht glücklich, und die Vertreter der politisch eher unbedeutenden Arbeiterpartei Argentiniens kündigten wütend ihren Austritt an. Die Mehrheit der Delegierten akzeptierte mehr oder minder zähneknirschend diese (Nicht) Entscheidung, um das Gipfeltreffen der lateinamerikanischen linken Parteien als Diskussionsforum zu erhalten.

Ergebnisse

Große Beschlüsse waren nicht zu erwarten vom 5. Treffen des „Foro de Sao Paulo“.

In der sehr allgemein gehaltenen Abschlusserklärung hat sich allerdings der eher linke Flügel der Mitgliedsorganisationen durchgesetzt.

Es wird dort noch einmal betont, daß gemeinsam für die Überwindung des neoliberalen Systems auf kontinentaler Ebene gekämpft werden soll. Die Vormachtstellung der USA, ihre Rolle als Weltpolitist und die Nutzung von internationalen Gremien, wie z. B. dem Welt-sicherheitsrat, zur Durchsetzung ihrer Interessen wird scharf verurteilt. Im wirtschaftspolitischen Teil der Erklärung werden folgende Punkte herausgestellt:

- Gemeinsame Anstrengungen zur Verbesserung der Chancen für lateinamerikanische Produkte auf den internationalen Märkten.
- Reform und Demokratisierung der internationalen Finanz- und Handelsorganisationen.
- Neuverhandlung der Schulden und

Bekämpfung des Kapitaltransfers vom Süden in den Norden.

– Entwicklung einer gemeinsamen Initiative, um die Nachteile des internationalen Handelsabkommens (Ex-Gatt) für die Länder Lateinamerikas zu brechen.

– Veränderung der augenblicklichen Mechanismen der regionalen Integration zugunsten der Bevölkerung.

Hier sind v. a. die Vorstellungen der PT aus Brasilien eingeflossen. Die Kritik der bestehenden regionalen Wirtschaftsabkommen (NAFTA, MERCOSUR etc.) stärkt den linken Flügel im breiten Parteienspektrum. Weder die Sozialistische Partei Chiles noch z. B. die Mehrheitsfraktion innerhalb der uruguayischen Frente Amplio haben bislang so deutliche Kritik an den regionalen Wirtschafts- und Handelsabkommen geübt. Ob diese allgemeine „Erklärung von Montevideo“ praktische Auswirkungen hat, muß sich erst noch zeigen. „Für die parteiinternen Debatten stärkt sie den linken Flügel“, so sieht das zumindest ein Vertreter der MLN Tupamaros für die Diskussionen innerhalb der Frente Amplio in Uruguay.

An die Adresse der sogenannten entwickelten Länder richtete das „Foro“ auch kritische Worte und fordert „Gemeinsame Verhandlungen und internationale Abkommen, um die systematischen Menschenrechtsverletzungen an Migranten in den entwickelten Ländern zu stoppen“. Deutliche Worte zu einem Problem, das auch von der lateinamerikanischen Linken zunehmend ernst genommen wird.

Das „Foro de Sao Paulo“ ist ein wichtiges Treffen zum Meinungsaustausch von linken Parteien und Organisationen. Es ist kein offenes Diskussionsforum, wo die Meinungsbildung während der Debatten stattfindet, sondern ein Treffen zum Meinungsaustausch und der wichtige Versuch, eine gemeinsame politische Plattform zu entwickeln.

Spannend für die Delegierten waren mit Sicherheit vor allem die bilateralen Gespräche der unterschiedlichen Parteien im Gang oder in einer kleinen Runde, fernab vom Plenarsaal. Konkrete Alternativen zum neoliberalen Wirtschaftsmodell lassen sich auch nicht am grünen Tisch entwickeln, und sie müssen vom Rio Grande (Norden Mexikos) bis zur Südspitze Argentiniens den jeweiligen Gegebenheiten der Länder Rechnung tragen.

Jetzt steht die konkrete Arbeit in regionalen Arbeitsgruppen auf der Tagesordnung. Die Einrichtung eines permanenten Sekretariats des „Foro“, wie in Montevideo beschlossen, kann hierfür hilfreich sein. Bislang gibt es keine Stelle und kein Gremium, wo die regionale oder gar internationale Politik der linken Parteien Lateinamerikas und der Karibik diskutiert oder koordiniert wird. Schon die Initiative zum alljährlichen Meinungsaustausch war ein großer Schritt nach vorn, viel Arbeit bleibt noch zu leisten.

In der permanenten Arbeitsgruppe des „Foro de Sao Paulo“ werden die Vertreter Mexikos (PRD), Nicaraguas (FSLN), Guatemalas (URNG), Guadelupes (KP), Brasiliens (PT), Uruguays (Frente Amplio), El Salvadors (FMLN) sowie Delegierte aus Kolumbien, Haiti und voraussichtlich aus der Dominikanischen Republik die weitere Arbeit planen und ein 5-köpfiges Sekretariat wählen. Die konkrete Arbeit soll dann in regionalen Treffen weitergeführt werden.

Zum 6. „Foro de Sao Paulo“ hat man sich in El Salvadors Hauptstadt San Salvador für Juni 1996 verabredet.

– (COMCOSUR/Jürgen Moritz/Martin Stolle, 9. 6. 95)
(COMCOSUR ist eine linke Nachrichtenagentur in Uruguay, d. Red.)



Rechtes Trio: Toulons neuer Bürgermeister Le Chevallier (links) mit seinem Kollegen aus Orange und dem gemeinsamen Parteiführer Le Pen (Mitte)

Front National gewinnt Bürgermeisterämter

Zweiter Wahlgang: Ernüchternde Ergebnisse bei den Kommunalwahlen in Frankreich

Der zweite Wahlgang der französischen Kommunalwahlen hat der Front National eine Verdreifachung ihrer Gemeinderatssitze gebracht. Die FN war in allen Städten angetreten, in denen sie im ersten Wahlgang die Zehn-Prozent-Marke erreicht hatte; mit 284 Listen, davon 101 in Städten mit mehr als 30000 Einwohnern sowie 18 in Paris, Marseille und Lyon. In drei südfranzösischen Städten stellen die Faschisten zukünftig den Bürgermeister. 1989 hatte die FN in Südfrankreich ein Bürgermeisteramt erobern können, in Saint-Gilles. FN-Bürgermeister regieren jetzt die Städte Toulon (170000 Einwohner), Marignane bei Marseille (33000 Einwohner) und Orange (27000 Einwohner). In Nizza hatte der neu gewählte Bürgermeister sein FN-Parteibuch abgegeben. In der vom Tourismus lebenden Stadt hätte sich das Etikett eines FN-Bürgermeisters vielleicht zur Zeit noch als geschäftsschädigend erweisen können.

Im ersten Wahlgang hatte Le Pens FN im Durchschnitt 4,30% der Stimmen erhalten. Der Stimmanteil der Faschisten wächst, je größer die Gemeinden sind und je höher der Nichtwähleranteil. In den Kommunen bis 3500 Einwohnern (20,9% Nichtbeteiligung) erhielt die FN im Schnitt 0,36%, von 3500 bis 9000 Einwohnern (28,8% Nichtwähler) lag das Ergebnis bei 1,14% und in Gemeinden zwischen 9000 und 30000 Einwohnern (35,8%) erhielt die FN 5,8%. In Städten mit mehr als 30000 Einwohnern stieg der Stimmanteil für die FN auf 11,6%. Hier gingen mehr als 42% nicht zur Wahl.

Die hohen Stimmergebnisse im Süden Frankreichs hängen u. a. mit dem hohen Bevölkerungsanteil der sogenannten *Pieds Noirs* zusammen – Franzosen der Kolonialzeit, die nach der Befreiung Algeriens von dort nach Frankreich flüchten mußten, und die mit ihrem Nachwuchs in den Vorstadtghettos der gro-

ßen Städte leben. Hier hat der Rassismus der FN einen Nährboden: Er knüpft an den kolonialen Abenteuer des französischen Imperialismus wieder an. Dazu gehört die rassistische Hetze gegen die *Beurs* – so die rassistische Bezeichnung für die zweite Generation der Einwanderer aus dem Maghreb, die die französische Staatsbürgerschaft haben. In Toulon speist sich der Erfolg der FN u. a. auch daraus, daß hier die französische Kriegsflotte liegt mit 20000 Militärs, die in der Stadt leben. Hier fällt Le Pens Nationalismus und Kriegshetze auf fruchtbaren Boden. Das gute Wahlergebnis der FN hat auf alle Fälle dazu geführt, daß kaum jemand noch behauptet, bei den Anhängern Le Pens handle es sich um Protestwähler. Auch die Hoffnung, die FN sei einzig eine Le-Pen-Partei, und, wenn der Führer dahin sei, sei auch die FN zum Untergang verurteilt, ist durch die guten Stimmergebnisse vieler FN-Kandidaten erschüttert.

Das bürgerliche Lager hat im zweiten Wahlgang leichte Gewinne erzielt. Statt 99 werden jetzt 103 Städte mit mehr als 30000 Einwohnern von der Rechten gehalten. Einige der großen Städte haben die Mehrheiten gewechselt, von der Linken zu den Bürgerlichen und umgekehrt. In den 18 Pariser Arrondissements, die seit Jahren komplett von den Bürgerlichen gehalten wurden, fielen jetzt sechs an die PS. In Paris lag der Anteil der Nichtwähler überdurchschnittlich hoch, zwischen 40 und 55 Prozent gingen nicht zur Wahl. Die PCF mußte ihr hart verteidigtes Bürgermeisteramt in Le Havre an die Bürgerlichen abtreten, ebenso in Bourges und Thionville. Auch im Pariser Großraum, wo die PCF bisher stark war, mußte sie Stimmverluste hinnehmen. In Nîmes übernimmt die PCF das Bürgermeisteramt, das bisher die Bürgerlichen hielten – auf der Grundlage einer gemeinsamen Liste der Linken. – (map)

Wieder Streik bei Ford Köln gegen Arbeitshetze

Zum zweiten Mal streikte eine ganze Abteilung gegen die zunehmende Arbeitshetze

Zum zweiten Mal in diesem Jahr legten Arbeiter in einer Abteilung der Autofabrik von Ford in Köln-Niehl kurzfristig die Arbeit nieder, um gegen die steigende Arbeitshetze und Arbeitsintensivierung zu protestieren. Sowohl von der Firmenleitung wie auch vom Betriebsrat wurde über diese Aktionen der Arbeiter nichts in der Öffentlichkeit bekannt. Denn diese Aktionen treffen einen wunden Punkt.

Überall versuchen die Unternehmer in den Fabriken, die Arbeit zu verdichten und die Arbeitszeit durch Flexibilisierung und Samstagschichten so auszuweiten, wie es für ihre Profite am günstigsten ist. Mit dem Argument, der „deutsche Standort“ müsse gesichert werden, sind auch Betriebsräte und Gewerkschaften in diesen Fragen zu Zugeständnissen bereit. Dabei ist die Arbeitshetze in vielen Fabriken unerträglich geworden. Aktionen wie die bei Ford könnten daher Schule machen. Sie zeigen, daß es trotz Arbeitslosigkeit und der Ideologie des Wettbewerbs möglich ist, den unternehmerischen Diktaten etwas entgegenzusetzen.

Am 21. Februar hatten 200 Arbeiter aus der Endmontage in der Y-Halle die Arbeit nach der Frühstückspause erst mit zweistündiger Verspätung wieder aufgenommen. Ford hatte geplant, die Tagesproduktion des Fiesta von 360 auf 400 Stück zu erhöhen — ohne zusätzliches Personal ans Band zu stellen! Diese enorme Leistungsverdichtung wollten sich die Kollegen nicht gefallen lassen. Sie gingen zum Betriebsrat und weigerten sich, in die Halle zurückzukehren, bevor nicht eine Lösung gefunden sei. Ford mußte nachgeben und zusätzliche Leute aus anderen Abteilungen in die Y-Halle holen.

Am Mittwoch, dem 26. April, waren es die Arbeiter in der V6-Motorenfertigung, die das Band in dem neuen Motorenwerk stoppten. Ford hatte zusammen mit dem Betriebsrat eine Vereinbarung getroffen, die Arbeitszeit wieder auf eine 40-Stunden-Woche auszuweiten. Zum Ausgleich gibt es Freischichten, aber der 8-Stunden Tag wäre damit wieder eingeführt.

Außerdem sollten 24 Minuten „per-



1.-Mai-Demonstration in Köln: Protest von Vertrauensleuten gegen niedrige Löhne und Arbeitshetze

sönliche Verteilzeit“, die bisher in Form einer gemeinsamen Pause genutzt wurde, nur noch individuell gewährt werden. Das würde bedeuten, daß Ford die Leute zwingen kann, bei sowieso auftretenden Maschinenstillständen oder Leerlauf diese Pause zu nehmen — wodurch die Arbeit sich in der übrigen Zeit intensiviert und die gemeinsamen Pausen, die auch für Diskussionen und Austausch über die Situation an verschiedenen Arbeitsplätzen wichtig sind, wegfallen.

Ein weiterer Punkt der Vereinbarung sind regelmäßige Überstunden ab April 1996 und regelmäßige Samstagsarbeit in der mechanischen Fertigung. Aufgrund der Arbeitszeitflexibilisierung entfallen dafür auch die Überstundenzuschläge — die Arbeiter sollen je nach Saison und Auftragslage mal viel, mal weniger arbeiten. Und das Ganze wird

für den Unternehmer durch den Wegfall der Zuschläge auch noch billiger.

In diesem Fall konnten sich die Arbeiter vorerst nicht gegen Ford durchsetzen. Wie am 10. Mai im *Kölner Stadtanzeiger* zu lesen war, haben sich Unternehmen und Betriebsrat auf dieses neue Arbeitszeitmodell — das durch die Zugeständnisse der Gewerkschaft im letzten Rahmentarifvertrag und die Verabschiedung des neuen Arbeitszeitgesetzes erst möglich geworden ist — geeinigt.

Wie immer mußte auch hier die „internationale Konkurrenz“ als Argument herhalten. Aber statt sich zu erkundigen, ob es ähnliche, von der Öffentlichkeit nicht beachtete Protestaktionen nicht vielleicht auch in den „konkurrierenden“ Ford-Fabriken in Spanien oder in England gegeben hat, spielt der Betriebsrat in dem Konkurrenz-Spiel an

der Seite „seines“ Unternehmens mit — „Co-Management“ nennt der Ford-Betriebsrat das stolz.

Der Streik im Motorenwerk von Ford hat eine besondere Bedeutung, da diese neue Fabrik erst vor kurzem mit großem Presserummel eröffnet wurde: hier will Ford modellhaft neue Arbeitsformen wie Gruppenarbeit erproben, die mehr Beteiligung der Arbeiter und interessantere Arbeit versprechen. Die Tatsache, daß ausgerechnet hier die Arbeiter sich gegen die Zumutungen der Firma auflehnen, zeigt, wie brüchig der Traum der Unternehmer von der schönen neuen Welt der harmonischen Produktionsstrukturen nach japanischem Vorbild ist.

— (Wildcat Köln, in „Von Unge“ 6/95. Entnommen aus den „Lokalberichten Köln“ Nr. 13/95)

Mit einer Straßenumbenennung der besonderen Art protestierten am 1. Juni in München ca. 40 Antifaschisten gegen die revanchistische Politik der Bundesregierung und das gleichzeitige Treffen der „Sudetendeutschen“ in München. Sie benannten u.a. die „Egerlandstraße“ in „Cheb-Straße“ um, aus der „Karlsbader Straße“ wurde die „Karlovy-Vary-Straße“, aus dem „Aussiger Platz“ der „Usti-nad-Labem-Platz“, und die „Sudetendeutsche Straße“ wurde in „Straße der Opfer von Lidice“ umbenannt. (unser Bild). Veranstalter der Aktion waren das „Münchner Bündnis gegen Rassismus“ und die „Münchner Ver-



einigung der revolutionären Jugend“. Vertreter des „Clubs der tschechischen Grenzgebiete“ und des „Club '38“, der Vereinigung der 1938 aus den tschechischen Grenzgebieten vertriebenen Tschechen, beteiligten sich. (aus: „Münchner Lokalberichte“)

Gemeinderat beschließt: Sonntags bleibt der Laden zu!

Karlsruhe. Die HBV hatte innerhalb von vierzehn Tagen fast 1300 Unterschriften gesammelt, um die Durchsetzung von drei verkaufsoffenen Sonntagen in Karlsruhe zu verhindern. In Durlach sollte die „Kirchweih“ am 17. September für eine sonntägliche Ladenöffnung herhalten, in der Innenstadt die „Nancy-Woche“ am 1. Oktober und in Mühlburg „50 Jahre Entenfang“ am 12. November, um die Läden am Sonntag zu öffnen. CDU-Bürgermeister Kolb wollte die Sonntagsarbeit für die Beschäftigten im Einzelhandel als Forderung nach Chancengleichheit mehrheitsfähig machen: dem Karlsruher Einzelhandel müßten die gleichen Chancen wie in anderen Städten eingeräumt werden. Allerdings klingeln vor allem bei Karstadt, Hertie, Woolworth und anderen Kaufhauskonzernen bei solchen Anlässen die Kassen. Der Gemeinderat mochte sich dem „Standortanliegen“ des CDU-Bürgermeisters nicht anschließen, selbst in der CDU-Fraktion stimmte eine Minderheit gegen die Ladenöffnung am Sonntag. Das Projekt ging mit 29 zu 23 Stimmen baden. Außer der

Mehrheit der CDU-Gemeinderäte stimmten noch wie zu erwarten die FDP und die Karlsruher Liste dafür, die Beschäftigten am Sonntag schanzten zu lassen. — (map)

Bundesweite Razzia wegen faschistischer Broschüre

Mainz/Berlin. Im Zuge eines Ermittlungsverfahrens gegen den Bundesvorsitzenden der „Deutschen Nationalisten“, Michael Petri, hat die Polizei in fast allen Bundesländern insgesamt 80 Wohnungen durchsucht. Die Durchsuchungen richteten sich gegen die Besteller einer Broschüre mit dem Titel „Was uns Deutschen bevorsteht“, in der unter dem Aufruf „Deutsches Volk, wehr dich, sonst wirst du ausradiert“ rassistische Hetze gegen Ausländer propagiert wird. Die Staatsanwaltschaft Koblenz ermittelt gegen Petri wegen Aufstachelung zum Rassenhaß und Verbreitung jugendgefährdender Schriften. In diesem Zusammenhang wurden in einer Berliner Wohnung 1,7 Kilogramm Sprengstoff entdeckt. Der 25jährige Wohnungsinhaber wurde festgenommen. In seiner Wohnung wurden auch Mitgliedsausweise der NSDAP/AO und

Gemeinden: „Zentrale Frage von Demokratisierung, Sozialem, Wirtschaftspolitik und Ökologie“

Kommunalpolitische Themen rücken ins Blickfeld

Aus der PDS Thüringen

Alternative Kommunalpolitik

Zur Vorbereitung der 2. Beratung des Landesparteitages — Thema: Alternative Kommunalpolitik — beschließt der Landesvorstand:

1. Die Diskussion und Vorbereitung wird in die inhaltlichen Richtungen geführt.

a) Fortsetzung der theoretisch-analytisch angelegten Arbeit der Projektgruppe „Alternative Kommunalpolitik“ mit dem Ziel, zum Landesparteitag erste Ergebnisse und Wertungen vorzulegen.

b) Auflistung der brennendsten Sachfragen, die im nächsten Parlamentsjahr auf die Kommunen zukommen, und Erarbeitung eines Planes der außerparlamentarischen und parlamentarischen Arbeit zu den Schwerpunktproblemen.

Dazu ergeht besonders an die Projektgruppen „Wohnen/Mieten“ und „Arbeitsplätze“ sowie an die Arbeitsgruppen „Wirtschaft“, „Soziales“, „Landwirtschaft, Entwicklung ländlicher Raum“, „Ökologie“ und „Bildung“ der Auftrag bzw. die Bitte, in Abstimmung mit dem Kommunalpolitischen Forum bis zum 15. Juni 1995 konkrete Vorschläge zu erarbeiten.

c) Auseinandersetzung mit der Frage, was unter „alternativer Kommunalpolitik“ zu verstehen ist.

2. In gemeinsamer Verantwortung von Landesvorstand, Landtagsfraktion und Kommunalpoli-

tischem Forum e.V. findet am 10.6.1995 in Suhl der Kommunalpolitische Tag der PDS statt. Gegenstand sind Art und Weise und Themen der Zusammenarbeit von Kreisvorständen und kommunalen Fraktionen bzw. Abgeordneten. Dazu werden die Kreisvorsitzenden eingeladen und in der Beratung der Kreisvorsitzenden am 13.5.1995 ausdrücklich geworben.

3. Der Landesvorstand verfolgt das Ziel, vom Landesparteitag einen Antrag an den Bundesparteitag beschließen zu lassen, der auf konkrete Verantwortlichkeiten von Landes- und Bundespolitikern der PDS für kommunale Belange, auf praktische außerparlamentarische Aktionen im Interesse von Kommunen und auf einen Politikansatz gerichtet ist, der Kommunen als zentrale Frage von Demokratisierung, Sozialem, Wirtschaftsentwicklung, Ökologischem sieht.

4. Entsprechende Leit- und Beschlusanträge werden unter Verantwortung von Edda Seifert und Heide Wildauer bis zur Vorstandssitzung September vorgelegt.

Arbeitsgrundlage für den Landesvorstand der PDS Thüringen zur Vorbereitung des Landesparteitages, vorgelegt von Edda Seifert, Stellvertr. Landesvorsitzende der PDS Thüringen, Heide Wildauer, PDS-Abgeordnete, Thüringer Landtag.

Dabei ist beabsichtigtes Ziel, vor allem auf selbstregelnde Ordnungsprinzipien zurückzugreifen und administrativ strukturierende Lösungswege möglichst nicht, höchstens jedoch für sehr eng begrenzte Übergangszeiträume zu erlauben.

Das Projekt wird längerfristig zu bearbeiten sein. Arbeitsmethodisch verfolgt es den Anspruch, aus dem Zusammenführen von Kompetenzen der verschiedenen politischen Ebenen sowie von verschiedenen Arbeitsgebieten (Umwelt, Kommunales, Wirtschaft, Soziales ...) neben Koordinierungs- und Vernetzungseffekten auch Synergieeffekte zu erzielen.

Gegenstand der vorzunehmenden Analyse ist der Landkreis Gotha. Schwerpunkte sind:

- * die Sozialstruktur des Kreises nach Alter, Erwerbstätigkeit und Einkommen,
- * das Verhältnis von privatem Verbrauch und Ergebnissen in Landwirtschaft, Dienstleistung, Handwerk, Gewerbe und Industrie des Kreises,
- * die Wohnungssituation im Zusammenhang mit Baugewerbe, -handwerk und Baustoffherstellung,
- * die Güter- und Personenverkehrsströme,
- * der Energieverbrauch, die Energiequellen und alternative Möglichkeiten,
- * Zusammenhänge von Steuerstruktur, öffentlichen Haushalten und kommunalen Handlungsspielräumen,
- * der Bedarf und die Realität humanitärer Dienstleistungen.

Projekt „Alternative Kommunalpolitik“ — Grobriß

Zum Anliegen: Eines der größten gesellschaftlichen Probleme der Gegenwart ist, daß sich die Reproduktionskreisläufe zunehmend unüberschaubar gestalten. Sie entziehen sich den gegebenen Regularien und gesellschaftlicher Kontrolle. Jenseits ökologischer und sozialer Erfordernisse führen sie ein anarchisches Eigenleben, das sich als System entfremdeter Mächte darstellt und massenhaft Ohnmacht von Menschen gegenüber ihren eigenen Beziehungen, Verhältnissen und Lebensgrundlagen produziert.

Als Grundvoraussetzung für alternative Politik, die im Wesen darauf hinausläuft, Zukunft und Menschenwürde gleichermaßen zuzulassen, ergibt sich, daß wir uns die Realität wieder aneignen. Aus unserer erklärten Meinung, daß die Gesellschaft sich jenseits zentralistischer Strukturen von unten her neu gestalten muß, ergibt sich weiterhin, daß ein Schwerpunkt der Wiederaneignung von Realität in den Kreisläufen und Beziehungen relativ kleiner überschaubarer Regionen liegen muß.

Mit dem Projekt „Alternative Kommunalpolitik“ soll versucht werden, am Modellfall eines konkreten Landkreises auf der Grundlage möglichst komplexer Faktenerhebung und Analyse Vorschläge zu unterbreiten, die Wege zu einem Gewinn an Arbeitsplätzen, Demokratie, Umwelterhaltung und sozialer Sicherheit beinhalten.

Seminar „Unternehmen Stadt“

Kommunalverwaltung zwischen Geld und Solidarität

VON ULRICH JÄCKEL

45 Teilnehmer diskutierten am 8./9. April in Schnepfenthal (Thüringen) über die derzeitigen Reformbestrebungen der kommunalen Verwaltungen. Unter Schlagworten wie „Unternehmen Stadt“, „schlanke Verwaltung“ wird in Hunderten von Städten und Gemeinden die Verwaltung umorganisiert. In der Diskussion schälten sich folgende Schwerpunkte heraus:

Den meisten „Reformmodellen“, „Pilotprojekten“ etc. ist die Abkehr von der herkömmlichen Steuerung der Verwaltung durch die kameralistische Haushaltsführung zugunsten der Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungsmittel wie doppelter Buchführung (Doppik), Budgetierung, Controlling etc. gemeinsam. Dem kritischen Betrachter stellt sich dabei eine Reihe von Problemen dar: Zum einen werden diese Umstrukturierungen generell im Zusammenhang von Haushaltssanierungsprogrammen durchgeführt, so daß vielfach gekürzte Budgets die Grundlage für die neuerworbene „Freiheit“ der Verwaltungsglieder bei der Erfüllung ihrer Aufgaben sind. Zum anderen wird das konkrete Verwaltungshandeln in zweifacher Hinsicht von der Ebene der politischen Verantwortung getrennt, indem die Verantwortung für die Konkretisierung der Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen auf die Verwaltungsebene delegiert wird und die politische Kontrolle der Verwaltung weiter erschwert wird. Die Rufe nach mehr „Sachverstand“ und „professioneller Kontrolle“ stehen meist im Gegensatz zu den Vorstellungen von Demokratisierung und mehr Transparenz des Verwaltungshandelns, wie sie von uns angestrebt werden.

Die Leistungen der Verwaltung werden zunehmend wirtschaftlichen Kriterien unterworfen, wo nicht mehr die politisch festgelegten Aufgaben, sondern das Verhältnis von Aufwand und Ertrag darüber entscheidet, was die Verwaltung tut oder läßt. Damit wird der Boden bereitet für umfassende Privatisierungen, mit denen öffentliche Leistungen vollends in Waren verwandelt werden, die nur noch der erhält, der sie bezahlen kann. Diese Tendenz wird bereits heute an der Verschiebung der kommunalen Einnahmen weg von den Steuern, insbesondere der Gewerbesteuer, zugunsten der rapiden Steigerung der Gebühren bis hin zur Kostendeckung sichtbar.

Auf der Ebene der Beschäftigten stellt die Umorganisation der Verwaltung sich dar als Entlastung der oberen Hierarchieebene zu Lasten der unteren. Die unteren Verwaltungsebenen bekommen zu den wachsenden inhaltlichen Problemen (z.B. an Schulen und im Sozialbereich), mit denen sie konfrontiert werden.

Fortsetzung Seite 2

INHALT

Kommunalpolitische Themen rücken ins Blickfeld	
PDS Thüringen: Alternative Kommunalpolitik ..	1
Verwaltung zwischen Geld und Solidarität	1
Starker schlanker Staat — Linke Alternativen? ..	2
Betriebswirtschaftliche Steuerungsinstrumente ..	4

Thesen zur Kritik der Privatisierung	6
Hintergrund Berufsbeamtentum	7

Linke Schule Schnepfenthal	
Konzept der PDS für die ländlichen Räume	8
Bericht aus der Diskussion der AG Geschichte ...	10
AG Philosophie: Person, Gemeinwesen, Recht ...	11
AG Geschichte: Preußen-Diskussion	12

AG Wirtschaft: Lean production u.a.	12
AG Europastrategien: Ostexpansion der EU	12

Aus der Diskussion der PDS	
Deutschland fünf Jahre vor der	
Jahrtausendwende	13
Die PDS, der lila Faden und der Feminismus	16
Rahmenstruktur der AG LISA	16

tiert werden, zusätzlich die Verantwortung für die Budgetverwaltung, für die sie nicht qualifiziert worden sind. Die Verheißungen von Motivationssteigerung durch Dezentralisierung der Verantwortung verkehren sich unter den gegebenen Bedingungen häufig in ihr Gegenteil.

Ein Blick auf die Entwicklung der staatstheoretischen Diskussion, insbesondere von neokonservativer Seite, zeigt, daß hier gerade Positionen angegriffen werden, die aus dem Grundgesetz allgemeine staatliche Leistungen für alle Bürger ableiten. Damit wird von dieser Seite massiv die Legitimationsgrundlage für den Sozialstaatskompromiß angegriffen. Zudem wird deutlich, daß die reale Entwicklung der Staatstätigkeit für die Besitzlosen sich in zunehmender Bürokratisierung, Verrechtlichung und Überwachung äußert. Demgegenüber können sich die Agenten von Wirtschaft, Technik und Wissenschaft, wie z.B. die international agierenden Konzerne, einer staatlichen Kontrolle und Steuerung immer stärker entziehen. Vielmehr geraten sie in eine Lage, in der sie den staatlichen Gebietskörperschaften gegenüber durch die Drohung mit Produktionsverlagerung und damit Arbeitsplätzeabbau „Verhandlungsmacht“ erlangen.

Dementsprechend kreiste ein großer Teil der Diskussion um die Frage, wie die Linke gegen diese zunehmend übermächtigen Tendenzen eine Stärkung der auf gesellschaftlicher Solidarität und sozialen Ausgleich gerichteten Kräfte bewirken kann. Dabei nahmen die Stichworte Selbsthilfe, Selbstorganisation und Bürgermitwirkung großen Raum ein. Die Organisation und Kommunikation derjenigen, die bereits heute von den staatlichen Leistungen ausgegrenzt werden, wird neben dem Einwirken auf die Verwaltung über Parteien und Öffentlichkeit zur Erhaltung sozialstaatlicher Errungenschaften zunehmende Bedeutung erlangen.

Neokonservative Offensive rollt

Starker schlanker Staat statt Sozialstaat — Welche Alternativen hat die Linke?

VON ULRICH JÄCKEL

Dieser Beitrag soll einige Aspekte der staatstheoretischen Diskussion beleuchten, vor deren Hintergrund die Umgestaltung der staatlichen Verwaltungsapparate unter Schlagworten wie „lean government“ oder „Kommune als Konzern“ in Gang gesetzt wird. Der Angriff neokonservativer Politik und Strategie auf sozialstaatliche Positionen unter dem Druck verminderter Wachstumsraten und verschärfter globaler Konkurrenz der Konzerne und Finanzkapitale trifft auf die schwindende Gegenwehr derjenigen, die meinen, den Staat als Instrument zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit benutzen zu können. Linke Konzeptionen zur gesellschaftlichen Gegenwehr ohne Rückgriff auf staatliche Machtorgane befinden sich erst im Anfangsstadium der Diskussion. Kritik der Angriffe der Reaktion und Verteidigung sozialstaatlicher Errungenschaften müssen mit der Entwicklung emanzipatorischer Strategien zur Selbstorganisation der Massen verbunden werden.

Konservative Staatstheorie: vom „totalen Staat“ über den „Staat der Industriegesellschaft“ zum „starken, schlanken Staat“

Carl Schmitt und Ernst Forsthoff gehörten 1933 zu denjenigen, die die faschistische Machtübernahme begrüßten. Als Mitstreiter der „konservativen Revolution“ sahen sie in der Errichtung des „totalen Staates“ (Forsthoff) die Rettung vor der Gefährdung bürgerlicher Herrschaft durch den „Ausnahmestand“ der Klassenkämpfe und des Parteienstreits der Weimarer Republik, die sich im Gefolge der Weltwirtschaftskrise verschärften. Zur Legitimation dieses Staates griffen sie auf einen mystifizierten Volksbegriff zurück, in dem analog zur Nazi-Ideologie die unterschiedlichen Interessen der bürgerlichen Gesellschaft vermeintlich verschwanden. Carl Schmitt setzt das „Volk“ als eine Einheit voraus, „die unmittelbar, nicht erst durch soziale Grup-

penorganisation vermittelt, handlungsfähig ist, die ihren Willen zum Ausdruck bringen kann und sich im entscheidenden Augenblick auch über die pluralistischen Zerteilungen hinweg zusammenfinden und Geltung verschaffen soll.“¹ Forsthoff bezeichnete den Staat als „die Form der politischen Existenz des Volkes“, die nicht untergehen dürfe.²

Wie bekannt ist, ist dieser Staat vor nunmehr fast fünfzig Jahren von den antifaschistischen Alliierten zerschlagen worden. Unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Prosperität der Nachkriegszeit sah Forsthoff, erneut zum führenden Verwaltungswissenschaftler der Bundesrepublik avanciert, die Stabilität der bürgerlich-kapitalistischen Herrschaft durch die „Industriegesellschaft“ gewährleistet, die durch Vollbeschäftigung und Steigerung des Sozialproduktes aus sich selbst heraus genügend integrative Kräfte entbinde. „Vor diesen Stichworten werden Klassengegensätze und das ganze aus der sozialen Realisation entnommene Vokabular gegenstandslos.“³ Zugleich kann er sich von dem von ihm mitgeprägten Begriff des totalen Staates distanzieren, da dieser eine auf Mißbrauch des Staates durch eine totale Bewegung beruhende Entartung sei. Heute bewirke vielmehr der sich um seiner selbst willen reproduzierende technische Prozeß mit seinen Sachzwängen die Stabilisierung des Staates.

In dem Maße, wie auch die keynesianische Stabilisierungspolitik der Sozialdemokratie die ökonomischen Voraussetzungen für die scheinbare Wirksamkeit des Modells der „Industriegesellschaft“ nicht mehr gewährleisten konnte, wandte sich die konservative Staatsdiskussion wieder der Frage nach der Brauchbarkeit alter Theoreme zu. Gesponsort von Konzernen, z.B. insbesondere durch die Carl Friedrich von Siemens-Stiftung, wurde und wird die akademische Rechte mobilisiert, um z.B. die „Tabuierung“ der „Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols“ oder des Sozialstaats „mit seinem ganzen Kranz von Mythen und Empfindlichkeiten“ zu beseitigen.⁴ So befaßte man sich 1978 unter dem Titel *Der Ernstfall* mit den Erfordernissen des Ausnahmezustands. In den achtziger Jahren setzte eine Renaissance der Befassung mit dem Werk Carl Schmitts ein, der in seinem Buch *Der Begriff des Politischen* die Unterscheidung zwischen Freund und Feind als fundamentale Grundlage politischer Handlungen und Motive bezeichnet hatte. Dabei wird die Tendenz deutlich, das Werk dieses Staatstheoretikers umfassend zu rehabilitieren.⁵ Indem dessen Eintreten für den nationalsozialistischen Staat zu einer nebensächlichen Fehlleistung herabgestuft wird, wird seine Theorie, die auf die Rechtfertigung und Begründung eines starken, über der Gesellschaft stehenden Staates in Anlehnung an den *Leviathan* des Th. Hobbes zielt, wieder gesellschaftsfähig gemacht.

Nicht zufällig beteiligen sich die Protagonisten dieser Schmitt-Renaissance denn auch an der Herstellung zeitgemäßer Feindbilder: Helmut Quaritsch, Herausgeber eines Sammelbandes über Carl Schmitt,⁶ ist seit Beginn der achtziger Jahre einer der intellektuellen Wegbereiter des Angriffs auf das Asylrecht: „Seit seinem Vortrag in der Carl Friedrich von Siemens-Stiftung am 24. Februar 1981 über das Thema „Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland?“ beschäftigt ihn die „Ausländerfrage“, das für ihn wichtigste innenpolitische Problem der nächsten 30 Jahre.“⁶ In zahlreichen Publikationen bereitet er den Boden für die faktische Abschaffung des Asylrechts mit vor.

Ein Schwerpunkt bei dem Angriff der Neokonservativen auf den Sozialstaatskompromiß, der sich in der Nachkriegszeit und der Periode der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung herausgebildet hatte, liegt im Angriff auf die Elemente der Verfassung, die über die Festlegung der Staatsstruktur und der Grundrechte als subjektiv-rechtlicher Abwehrrechte des Bürgers im Verhältnis zum Staat die Grundrechte als objektive Grundsatznormen für die Gestaltung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausweisen. Dieser Angriff zielt auf die über die Grundrechte vermittelte Legitimation sowohl sozialer Ausgleichsleistungen des Staates wie auch der Regulierung der wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen, die im steigenden Maße externe Folgekosten und andere gravierende Auswirkungen auf grundrechtlich verbürgte Güter haben. Diese Interpretation der Grundrechte hatte bereits Forsthoff 1959 kritisiert: „Sie verwandelt einen ganzen Komplex von wichtigen Verfassungsnormen aus reinen Freiheitsverbürgungen in Pflichten enthaltende Rechtssätze ... Das bedeutet verfassungspolitisch

die Umdeutung der Grundrechte in wesentlich sozial determinierte Pflichtbindungen unter weitgehender Eliminierung ihres liberalen Gehalts.“⁷ Während Forsthoff angesichts der sozialen Entwicklung vor dieser Tendenz resignierte, wird — wiederum unter der Fahne der Siemens-Stiftung — in den achtziger Jahren erneut dagegen zu Felde gezogen. So wettet Josef Isensee, Mitherausgeber eines renommierten Handbuchs des Staatsrechts: „Wo Geldnot besteht, gibt die Verfassung den Subventionstitel. Wo Orientierungsnot herrscht, bietet sie Richtung. Wo Sinnbedarf waltet, gibt sie Sinn. (...) Kein Interesse, das hier nicht Bestätigung, kein Besitzstand, der hier nicht Sicherheit, kein Reformplan, der hier nicht Schubkraft sucht.“⁸ 1989 hält der Verfassungsrichter Böckenförde einen Vortrag vor der Siemens-Stiftung, der in der objektivrechtlichen Auslegung der Grundrechte die Ursache für die Entwicklung vom „parlamentarischen Gesetzgebungsstaat zum Verfassungsgerichtlichen Jurisdiktionsstaat“ beklagt.⁹ Isensee ist optimistisch: „Die Wiederentdeckung des Staates ist also im Gange. Freigelegt werden Strukturen, die den modernen Staat als Friedens- und Handlungseinheit bilden. Es handelt sich um ein Strukturmodell aus der philosophischen Werkstatt von Thomas Hobbes ...“¹⁰

Zur Begründung eines solchen über der Gesellschaft stehenden Staates wird von rechtskonservativen Ideologen auch wieder zunehmend auf die Rechtsphilosophie Hegels zurückgegriffen. Der Bochumer Politologe und Aktivist der nationalkonservativen Szene, Bernhard Willms, schreibt z.B.: „Wenn der Staat die Wirklichkeit der sittlichen Idee, d.h. die konkrete Wirklichkeit der Freiheit ist, dann ist die Notwendigkeit von Grundrechten des einzelnen in dieser Idee aufgehoben.“ Entsprechend liegt für ihn „eine Infragestellung der liberalen Grundrechtsfetischisierung ... durchaus nahe“. Er frohlockt, „... was man im deutschen Denken noch mit Hegel machen könnte, wenn anders man sich denn entschlossen dazu verstehen könnte, ihn und den Idealismus zur Sache unserer nationalen Identität zu machen“¹¹. Bereits Marx hatte die Hegelsche Rechtsphilosophie kritisiert, die das Verhältnis von Gesellschaft und Staat auf den Kopf stellt: „Familie und bürgerliche Gesellschaft machen sich selbst zum Staat. Sie sind das Treibende. Nach Hegel dagegen sind sie getan von der wirklichen Idee; es ist nicht ihr eigener Lebenslauf, der sie zum Staat vereint, sondern es ist der Lebenslauf der Idee, der sie von sich diszierniert hat; und zwar sind sie die Endlichkeit dieser Idee; sie verdanken ihr Dasein einem anderen Geist als dem ihrigen, sie sind von einem Dritten gesetzte Bestimmungen, keine Selbstbestimmungen; deswegen werden sie auch als die „Endlichkeit“, als die eigene Endlichkeit der „wirklichen Idee“ bestimmt.“¹² Der rechte Flügel der deutschen Staatsrechtslehre hat stets diese Positionen zur Rechtfertigung einer „moralischen Priorität des Staates gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft“, eines „Vorrangs des Ganzen gegenüber seinen Teilen“ benutzt, was schon Ernst Cassirer als „Mythos des Staates“, als Vergottung des Staates bezeichnet hat.¹³

Die soziale Realität: die Vergesellschaftung des Staates

Alle neueren Forschungen über die Rolle des Staates im Verhältnis zu den sozialen, wirtschaftlichen Entwicklungen kommen zu dem Ergebnis, „daß ein verfassungstheoretisches Konzept, in dem die Gesellschaft von der politischen Ordnung und diese wiederum von einem einheitlichen, (Rechts-)Befehl erteilenden Subjekt (der Nation) her gedacht wird, in den Strukturen der gegenwärtigen Gesellschaft keine Entsprechung mehr hat.“¹⁴ Vielmehr sind Begriffe wie Verwaltungsstaat, intervenierender Sozialstaat, Leistungsverwaltung, soziale und wirtschaftliche Steuerung und Planung, regulative Politik, Politikverflechtung sowie kooperativer Staat und Neokorporatismus Ausdruck davon, daß die Staatstätigkeit heute mit so vielfältigen gesellschaftlichen Vorgängen verknüpft ist, daß diese unmöglich quasi von einem „über der Gesellschaft stehenden“ Machtapparat gelenkt werden kann.

Das Dilemma des „industriegesellschaftlich-sozialstaatlichen Legitimus“

Die Verteidiger des Sozialstaatskompromisses begründen die Ausweitung der staatlichen Tätigkeit

in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft mit dem Versagen des bürgerlichen Sozialmodells, in dem nach der Theorie Adam Smiths die Verfolgung der eigenen Interessen des Bürgers die beste Gewähr für die Wohlfahrt der gesamten Gesellschaft darstelle. Von der „Verhinderung eklatanter Mißbräuche der wirtschaftlichen Freiheit“ im 19. Jahrhundert über das Einspringen bei sozialen Notlagen und die Sicherung elementarer Lebensbedürfnisse der Bevölkerung durch Intervention in den Wirtschaftsprozess und Einrichtung staatlicher Leistungssysteme und Versorgungsbetriebe bis zur Übernahme der Globalverantwortung für Bestand und Entwicklung der Gesellschaft wachsen dabei die Tätigkeiten des Staates (und mit ihnen der Anteil des Staates am Bruttosozialprodukt).¹³ Die objektivrechtliche Auslegung der Grundrechte dient ihnen dabei als Legitimationsbasis für die Verpflichtung des Staates, die materiellen Bedingungen für die Möglichkeit von Freiheit und Gleichheit sowie den Schutz grundrechtlich verbrieftter Rechtsgüter zu schaffen.

Die daraus folgende Ausweitung der Staatstätigkeit führt jedoch für unterschiedliche Adressaten zu verschiedenen Ergebnissen. Für den Empfänger von Sozialleistungen z.B. ist die staatliche Wohlfahrt gekennzeichnet von einer umfassenden Verrechtlichung und Bürokratisierung: „Die rechtlich administrativen Mittel stellen kein passives, gleichsam eigenschaftsloses Medium dar. Vielmehr ist mit ihnen eine Praxis der Tatbestandsvereinzelung, der Normalisierung und der Überwachung verknüpft ...“¹⁴ Dies entspricht nicht nur einem „Widerspruch zwischen Ziel und Methode“, der dem sozialstaatlichen Projekt innewohne, wie Habermas meint⁶, sondern rührt aus dem Doppelcharakter dieser Politik her, die sich aus ihrem Kompromißcharakter zwischen sozial-egalitären Zielen der sozialdemokratisch geführten Arbeiterbewegung und den primär an der Erhaltung der Kapitalherrschaft interessierten konservativen Politik ergibt. Symptomatisch für diese oft unverstandene Widersprüchlichkeit ist die weitgehend kritiklose Übernahme des Begriffs „Daseinsvorsorge“ zur Begründung staatlicher Pflichten im Sozialbereich. Geprägt wurde dieser Begriff von Ernst Forsthoff 1938 in seiner Schrift *Die Verwaltung als Leistungsträger*. Er geht zurück auf Vorstellungen Hegels und des preußischen Staatsrechtlers Lorenz von Stein: „Förderung des Einzelnen in seiner personalen Existenz ist ‚Vorsorge für das Dasein‘ im Hegelschen Sinn. Diese Vorsorge für den Einzelnen ist auch bei Stein durch die sittliche Idee des Staats geboren.“¹⁵ Stein bringt den obrigkeitstaatlichen Charakter dieses Verhältnisses so zum Ausdruck: „Die höhere Natur des Staats ... wendet sich stets gerade denjenigen zu, welche in geistiger, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Beziehung die Untergeordneten und Beherrschten sind ... Die niedere, beherrschte Klasse der Gesellschaft kann nie durch sich allein zur rechtlichen Gleichheit mit der höheren gelangen, dieses Ziel wird nur durch die Hülfe des Staats erreicht.“¹⁶ Sozialstaatlichkeit diesen Charakters hat also von vornherein keinen emanzipativen Charakter, sondern zielt stets auch auf Befriedung und Unterordnung unter staatliche Herrschaft.

Auf der anderen Seite führt die wachsende Konzentration und Globalisierung der Wirtschaft und die beschleunigte technische Entwicklung, die sowohl auf der geographischen wie auch auf der zeitlichen Ebene sich einer staatlichen Kontrolle und Steuerung immer stärker entziehen, gegenüber den privaten Agenten (z.B. Konzernen) dieser Entwicklung zu einem Verlust des staatlichen Einflusses. Hier ist der Staat inzwischen auf die Kooperation mit „privaten Entscheidungsträgern“ angewiesen, die Festlegung von Normen für die Entwicklung wird „ausgehandelt“, die staatliche Schutzfunktion gegenüber den Folgekosten und Risiken des „wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ ist auf die Verwendung unbestimmter Rechtsbegriffe angewiesen, wird Generalklauseln wie „nach dem Stand von Wissenschaft und Technik“ unterworfen, über die der Staat im Entscheidungsfall nicht verfügt, sondern zu deren konkreter Bestimmung er auf den Sachverstand wissenschaftlicher oder privatwirtschaftlicher Gutachter zurückgreifen muß.

Paradebeispiel für die versuchte Institutionalisierung solcher „neokorporatistischer“ Staatsaktivitäten unter konservativer politischer Führung ist das „Modell Baden-Württemberg“: „Zukunftsplanung und Regierungshandeln lassen einen tripolitischen Politikmodells mit korporatistischen Zü-

gen erkennen, das Staat, Wirtschaft und Wissenschaft/Forschung ... zu integrieren sucht ... unter Ausschluß von Opposition, Gewerkschaften und anderen Interessenverbänden, sofern diese außerhalb bzw. unabhängig von der Wirtschaft agieren.“²⁰

Bei einer wachsenden Zahl von immer komplexer werdenden Aufgaben, die sich dem sozialstaatlichen Programm so stellen, tritt ein, was Dieter Grimm mit „Machtverlust durch Funktionszuwachs“ bezeichnet. Während F.W. Scharpf weiterhin keinen theoretischen Grund sieht, „die Möglichkeit einer absichtsvollen und im Sinne der eigenen Ziele erfolgreichen Intervention ... der Politik in die Strukturen der Wirtschaft und anderer Funktionssysteme von vornherein auszuschließen“,²¹ wobei sich seine Zielsetzungen jedoch zu einem luftigen Begriff des „Gemeinwohls“ verflüchtigen, empfiehlt Luhmann der Staatstheorie die Distanziertheit „einer ironischen Position des Wissens um die Unmöglichkeit instruktiver Systemsteuerung und des Beharrens darauf, es über den langwierigen Weg eines gesellschaftlichen Diskurses dennoch zu versuchen“²². Die konzentrierten Angriffe der neokonservativen und neoliberalen Deregulierungsstrategen drängen die Vertreter des sozialstaatlichen Politik in die Defensive. „Die Legitimisten sind heute die eigentlich Konservativen, die das Erreichte stabilisieren möchten. Sie hoffen, den Gleichgewichtspunkt zwischen Sozialstaatsentwicklung und marktwirtschaftlicher Modernisierung wieder ausfindig zu machen.“²³ Dabei sehen sie sich aber zu immer größeren Zugeständnissen an die Deregulationspolitik gezwungen, wo sie nicht im Interesse von Machterhaltung ganz auf eine Unterstützung derselben einschwenken.

Ist die „Verteidigung des Sozialstaats“ die einzige Alternative der Linken?

Habermas sieht die Perspektive für politische Projekte, die „die Gewichte zugunsten solidarischer Steuerungsleistungen verschieben“ möchten, in der Mobilisierung einer Sphäre, in der mittels Definitionen um „das, was Gramsci kulturelle Hegemonie genannt hat“, gestritten wird. Durch die Stärkung autonomer Öffentlichkeit und von Formen der Selbstorganisation sollen „die Selbststeuerungsmechanismen von Staat und Wirtschaft gegenüber den zweckorientierten Ergebnissen radikaldemokratischer Willensbildung“ empfindlich gemacht werden.²⁴

Josef Esser, Christof Görg und Joachim Hirsch kommen im Anschluß an die Kritik der Regulationstheorie aus marxistischer Sicht zu einer Konzeption des „radikalen Reformismus“. „Es unterscheidet sich grundlegend sowohl von den in heutigen ‚Zivilgesellschafts‘-Diskursen vorherrschenden Vorstellungen als auch von traditionellen Revolutionskonzepten. ‚Reformismus‘ zielt auf den Tatbestand, daß gesellschaftliche Veränderungen, die auf Aufhebung von Herrschaft und Ausbeutung zielen, nicht mittels Eroberung von Positionen in der herrschenden Machtstruktur, sondern nur durch grundlegende Veränderungen der herrschenden Lebens- und Vergesellschaftungsweise zu erreichen sind. Diese müssen darauf angelegt sein, institutionalisierte Machtbeziehungen nicht auszutauschen, sondern aufzulösen, und zwar sowohl in der Sphäre des Staates als auch in der ‚zivilen‘ Gesellschaft.“²⁵ Dabei sollte „auf die Vorstellung eines zentralen Angelpunkts und Hebels gesellschaftlicher Veränderung verzichtet“ werden. „Dies gilt insbesondere für den Staatsapparat. Aus der Diskussion der politischen Formbestimmung läßt sich begründen, weshalb die Strategie einer ‚Eroberung des Staates‘ — in welcher konkreten Form auch immer — in sozialrevolutionärer Perspektive nicht nur nutzlos ist, sondern tendenziell zu emanzipationsfeindlichen Ergebnissen führen muß. Das historische Scheitern des Staatssozialismus ist unter anderem ein Beleg auch dafür.“ Politisches Handeln, das sich in seinen Zielsetzungen auf die institutionell eingespielten Konfigurationen der kapitalistischen Gesellschaft beschränke, riskiere, von eben diesen Spaltungs- Ausgrenzungs- und Verselbständigungsmechanismen deformiert zu werden. „Ohne sozialrevolutionären Gehalt im Sinne strukturtransformierenden Handelns kann reformistisches Handeln sein Ziel nicht erreichen — die Aufhebung sozialer Antagonismen.“ Aus dem widersprüchlichen Charakter von Institution als Ermöglichung und Schranke von Handeln resultiert, daß sich auch emanzipative Po-



litik institutionelle Formen geben muß, um längerfristig wirksam zu sein. Diese müssen sich aber den herrschenden ökonomischen und politischen Formen entziehen — von selbstbestimmten und selbstorganisierten Arbeitszusammenhängen bis hin zu Netzwerken einer „autonomen“ Öffentlichkeit jenseits von Staat und Kapital, von politische Zusammenhängen unabhängig von Parteien und Staat. In einer solchen Struktur können Verständigungsprozesse stattfinden, durch die möglich werden könnte, die verstreuten sozialen Proteste und gesellschaftlichen Experimente zu einer gesellschaftsverändernden Kraft zu bündeln. Ziel ist nicht das Schaffen sozialer Ghettos: Die Auseinandersetzung mit den herrschenden Institutionen, mit dem Ziel, sie zu verändern, bleibt unverzichtbar. Das politische Handeln darf darin jedoch nicht aufgehen. Diese Vorstellungen gehen auch nicht in der Stärkung ‚zivilgesellschaftlicher‘ Strukturen auf. „Faktisch agieren in der demokratischen Öffentlichkeit wie auch im Gewebe der ‚privaten‘ Institutionen der Zivilgesellschaft vorrangig professionelle Intellektuelle, die damit die Existenz der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, des Verhältnisses von Intellektuellen und Subalternen, von ‚Führern‘ und ‚Geführten‘ dokumentieren und organisieren... Die für die bürgerliche Gesellschaft prägenden Arbeitsteilungs- und Führungsverhältnisse aufzuheben, hieße letztlich auch, die Zivilgesellschaft aufzuheben.“ Ziel ist, die Fähigkeit sozialer Akteure zur eigenen Gestaltung ihrer Lebensbedingungen nach Maßgabe ihrer Reflexionspotentiale zu fördern.

- 1 Carl Schmitt, *Der Hüter der Verfassung*, Tübingen 1931, S. 159
- 2 Ernst Forsthoff, *Der totale Staat*, Hamburg 1933, S. 31
- 3 ders., *Der Staat der Industriegesellschaft*, München 1971, S. 164
- 4 Armin Mohler, Vorwort zu *Wirklichkeit als Tabu*, Schriften der C.F.v.Siemens Stiftung, München 1986, S. 7f.
- 5 Thomas Vesting, Erosionen staatlicher Herrschaft, in: *Archiv des öffentl. Rechts* 117/1992, S. 4ff.
- 6 *Wirklichkeit als Tabu* (Fn. 4), S. 277
- 7 Ernst Forsthoff, Die Umbildung des Verfassungsgesetzes, in: ders., *Rechtsstaat im Wandel*, 2. Aufl. München 1976, S. 141
- 8 Josef Isensee, Die Verfassung als Vaterland, in: *Wirklichkeit als Tabu*, (Fn. 4), S. 26
- 9 Ernst Wolfgang Böckenförde, *Zur Lage der Grundrechtsdogmatik nach 40 Jahren Grundgesetz*, München 1990
- 10 Isensee (Fn. 8), S. 30
- 11 Bernhard Willms, Widergänger oder Widerlager? Zum aktuellen Umgang mit Hegels Rechtsphilosophie, in: *Der Staat* 3/88, S. 428 f.
- 12 Karl Marx, *Kritik des Hegelschen Staatsrechts*, MEW Bd. 1, S. 207
- 13 vgl. Armin Adam, Souveränität und Sittlichkeit, in: *Der Staat* 3/94, S. 395ff.
- 14 Thomas Vesting, a. a. O. (Fn. 5), S. 44
- 15 Vgl. Dieter Grimm, *Die Zukunft der Verfassung*, Ffm., 2. Aufl. 1994, S. 414ff.
- 16 Jürgen Habermas, Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: *Die neue Unübersichtlichkeit*, Ffm. 1985, S. 151
- 17 entf.
- 18 Ernst Rudolf Huber, Vorsorge für das Dasein, in: *Festschrift für Ernst Forsthoff*, München 1972, S. 159
- 19 Ludwig v. Stein, *Die Verwaltungslehre*, zit. nach Huber, a. a. O. (Fn. 18)
- 20 K. Naumann, Modell deutscher Möglichkeiten? in: *Blätter für dt. und int. Politik* 7/85, S. 859f.
- 21 F.W. Scharpf, *Politische Steuerung und politische Institutionen*, PVS 30, S. 10-21, zit. n. Jörg-Michael Vogl, Paradigmenwechsel in der Staatsdiskussion, in: *Das Argument* 206/1994, S. 612
- 22 Niklas Luhmann, *Politische Steuerung*, PVS 30, S. 4-9, Zit. nach Vogl, a. a. O., S. 613
- 23 Jürgen Habermas, a. a. O. (Fn. 16), S. 153
- 24 Jürgen Habermas, a. a. O., S. 159f.
- 25 Josef Esser, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Von den „Krisen der Regulation“ zum „radikalen Reformismus“, in: Esser, Görg, Hirsch, (Hrsg.), *Politik, Institutionen und Staat, Zur Kritik der Regulationstheorie*, Hamburg 1994, S. 226

„Unternehmen Stadt?“

Betriebswirtschaftliche „Steuerungsinstrumente“ in der öffentlichen Verwaltung

VON ANTJE STEFFENS

Eine „Revolution von unten“, nämlich von den Kommunen aus, sei in den öffentlichen Verwaltungen im Gange, schreibt ein Professor der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Sehr beliebt ist auch der Ausdruck, ein Wechsel des Paradigma habe stattgefunden. An die Stelle des bürokratischen Verwaltungsapparates in der Kommune, der noch aus dem 19. Jht. stamme, trete der öffentliche Dienstleistungsbetrieb. Mit den Worten eines G. Banner, Verwaltungswissenschaftler und Funktionär der KGSt, wird dazu eine scheindemokratische Umlagerung geschaffen:

„Übermächtige Kräfte drängen unsere Kommunalverwaltung auf den Weg des neuen Paradigmas. ‚Dienstleistungsunternehmen‘: Die Bürger fordern von ihrer Kommunalverwaltung mehr, vor allem aber kostengünstige und qualitätvolle, das heißt empfangenorientierte Leistungen, bei deren Gestaltung sie zunehmend mitsprechen möchten. Die Kommunalpolitiker machen sich diese Forderung zu eigen. Auch unter den Mitarbeitern wächst die Unzufriedenheit mit einer Verwaltung, die sie zu austauschbaren Teilen einer Apparatur macht und die Einhaltung von Regeln höher belohnt als die Zufriedenheit der Leistungsabnehmer.“ (G. Banner, Neue Trends im kommunalen Management; in: VOP 1/1994, S. 6)

Weil es also Kritik von den Bürgern an der Kommunalverwaltung gibt, sollen sich die Kommunen zu Dienstleistungsunternehmen umwandeln, in denen ein modernes, effizientes und kundenorientiertes Management mit der herrschenden Bürokratie Schluß machen wird.

Daß diese Forderungen gegenüber den Kommunen vorhanden sind, wissen wir nur zu gut. Was die Verwaltungsmanager an den Modellstädten Tilburg, Offenbach oder Phoenix/Arizona am meisten faszinierte, sind aber die radikalen Spareffekte, die mit den „Unternehmens“-modellen einhergegangen sind. Sowohl Tilburg als auch Offenbach waren hochverschuldete Städte, in denen sich in wenigen Jahren rote Zahlen verabschiedeten. Es wird auch keineswegs geleugnet, daß die zunehmenden Haushaltsdefizite in den Städten und Gemeinden entscheidender Auslöser für die „Revolution“ in den öffentlichen Verwaltungen sind.

Mein Eindruck ist, daß

1. bei der Umsetzung in die Praxis und bei genauerem Hinsehen mehr eine Neuaufgabe der Haushaltskonsolidierungen stattfindet, also alter Wein in neuen Schläuchen;

2. neu vor allem die Überlegungen sind, wie die in den Kommunen erprobten Verfahren auch in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltungen eingesetzt werden können;

3. wenig Widerstand in den Gewerkschaften und in Personalräten vorhanden ist, daß die Beschäftigten kaum ausreichend informiert werden, geschweige denn an Veränderungen beteiligt sind. Es gibt Ausnahmen (z.B. die Rahmenvereinbarung in Erfurt), aber die Personalvertretungen und Gewerkschaften zeigen sich zu positiv.

Erfreulicherweise gibt es auch unter den Fachleuten einige, die nicht mit wehenden Fahnen, auf denen „value for money“ steht, durch die Gegend laufen, sondern sich zumindestens etwas kritischer mit dem Gegenstand auseinandersetzen. Es gibt eine Unmenge von Ausdrücken und Begriffen, mit denen umschrieben wird, was z.Zt. in den Kommunen stattfindet. Als Einstieg in die Diskussion sollen hier einige wenige „Steuerungsinstrumente“ vorgestellt werden.

Budgetierung und Haushaltsrecht

Zunächst geht es bei der Budgetierung darum, Entscheidungen über Einzelausgaben und -einnahmen auf der Ebene der Fachabteilungen oder Ämter zu dezentralisieren. Während in den gegenwärtig hauptsächlich betriebenen Haushaltsverfahren die Kameralistik herrscht, sollte nach Ansicht vieler Verwaltungsrechtler die doppelte Buchführung zu-

nehmend eingeführt werden. Zwar ist schon im Rahmen der Kameralistik möglich, die Haushaltskontrolle von der reinen Ordnungsmäßigkeitsprüfung — Einnahmen gegen Ausgaben aufrechnen — zur Erfolgskontrolle auszuweiten, z. B. indem Kosten nach „Tätigkeitsgebieten“ erfaßt und die Ausgaben mit „output-indikationen“ verglichen werden. Weil dieses Verfahren aber noch umständlicher und aufwendiger wäre als die doppelte Buchführung, soll diese die Kameralistik wenn nicht ersetzen, so doch zumindestens ergänzen. Anders als die kameralistische Buchführung unterscheidet die Doppik finanzwirksame und erfolgswirksame Zahlungsströme. Jede durch einen „Geschäftsvorfall“ ausgelöste Buchung berührt mindestens zwei Konten. Sie soll damit nicht nur kurzfristige Steuerungsinformationen, sondern auch langfristige zum Vermögens- und Kapitalerhalt liefern.

Bei der Globalbudgetierung wird die sächliche und zeitliche Zweckbindung der Mittel im Haushaltsplan aufgehoben. Abgesehen von den Kommunen, wird dieses Verfahren offenbar auch an hessischen und nordrhein-westfälischen Hochschulen angewendet. In den Kommunen wird Globalbudgetierung entweder für Pilotprojekte wie z.B. einzelne Ämter oder wie in Flensburg für die Sachausgaben bestimmter Bereiche eingeführt, in der Regel mit einer „globalen“ Kürzung verbunden. Im staatlichen Bereich, d.h. bei Landesbehörden und der Bundesverwaltung, tut sich diese Reform noch sehr schwer, was daran liegen soll, daß die reine Ordnungsverwaltung nicht so einfach mit einem Dienstleistungsbetrieb zu vergleichen ist, zum anderen liege es an den Hemmnissen im Haushaltsrecht. Im Falle der Hochschulen hat man sich mit einer sehr flexiblen Auslegung des Haushaltsrechts beholfen, bei den Kommunen gibt es entweder schon „Experimentierklauseln“, oder das Budgetierungsverfahren läuft sozusagen unter wohlwollender Begutachtung der Kommunalaufsicht.

Ein besonders perfides Verfahren ist das „Zero base budgeting“. Dabei geht es darum, daß sämtliche Aktivitäten einer Verwaltungseinheit „from zero base“ neu begründet werden müssen, so als ob diese Einheit komplett neu einzurichten wäre. In einem mehrstufigen Verfahren werden drei Leistungsniveaus geplant, wobei eines ein Minimalniveau ist, das die Erfüllung der Aufgaben gerade eben noch erlaubt, das Ist-Niveau, welches bei existierenden und weiter wahrzunehmenden Aufgaben den Istzustand darstellt, und das Soll-Niveau, welches das anzustrebende Leistungsniveau beschreibt. Auf allen Stufen müssen Lösungsmöglichkeiten und alternative Verfahren gesucht werden. Es ist klar, daß bei dem Zero base budgeting auf jeden Fall eine Leistungsveränderung, eher noch Leistungskürzung herauskommen muß und damit Kosteneinsparungen (mittelfristig 10 bis 20 %).

Controlling

Controlling ist ein Prozeß zur Überwachung und Steuerung der Realisierung von Plänen. Versucht wird, das Verwaltungshandeln auch kostenmäßig zu erfassen, also z. B. was kostet in der Kommune B ein Führerschein. Dann werden alle Ausgaben der entsprechenden Behörde sowie ihre Einnahmen und die verschiedenen Leistungen, Tätigkeiten usw. gegenübergestellt, möglicherweise unterschiedlich gewichtet. Werden nun Veränderungen innerhalb dieser Behörde vorgenommen, die eine Erhöhung der jährlich ausgestellten Führerscheine oder anderer Leistungen ermöglichen oder die die Kosten bei gleichgebliebener Menge senken, z. B. bei den Verwaltungsgemeinkosten oder bei den Löhnen etc., dann wird dies als positives Zeichen gewertet. Das Ganze darf man sich nun nicht nur auf der Ebene von zwei Faktoren, die sich verändern, vorstellen, sondern es sind mehrere, und v.a. müssen die gewonnenen Informationen zeitlich viel dichter liegen als mit einem Jahresabstand.

Denkbar ist auch, sogenannte produktbezogene Leistungen und Kosten nicht nur quantitativ über Stückzahlen und Mengengerüst zu beschreiben und im Haushaltsplan darzustellen, sondern sie mittelfristig mit Hilfe von Qualitätsnormen systematisch und nachprüfbar weiterzuentwickeln, durch Kennzahlen zu Wartezeiten, Bearbeitungsdauer, Widerspruchsquote, Ergebnisse von Kundenbefragungen etc. Damit wären auch gleichzeitig die Informationen verfügbar, um einen „interkommunalen Vergleich“ herzustellen. Wenn die Kommune B es schafft, einen Führerschein zum Preis von z.B. 25

DM bei einer Bearbeitungszeit von 2,7 Min. und einer Wartezeit von 10-15 Minuten herauszugeben, dann sollte die Kommune A mit einem Preis von 34 DM, 20 Minuten Wartezeit und 4 Minuten Bearbeitungsdauer sich doch einmal anstrengen.

Zweifelsohne lassen sich über Controlling Informationen über den Fortgang des „Prozesses“ gewinnen. Diese Informationen haben jedoch alle eines gemeinsam: Sie schüren die Konkurrenz, einerseits zwischen den Gemeinden, andererseits zwischen verschiedenen Abteilungen, Ämtern oder Betrieben der Kommune, und nicht zuletzt unter den Beschäftigten, gegen die sich in jedem Fall das höhere oder bessere Leistungsergebnis anderer richten wird. Daß dabei wie sonst auch üblich Birnen mit Äpfeln verglichen werden, kann man sich ausmalen.

Mitarbeitermotivation und Qualifikation

Kaum jemand äußert sich zu dem Thema „Unternehmensstruktur“ in öffentlichen Verwaltungen oder „Schlanker Staat“, ohne auf den Gesichtspunkt des Personals einzugehen. Gefordert werden mehr Flexibilität, mehr Engagement und Leistung. Für die Beschäftigten sollen Schulungen und Qualifikationsmaßnahmen durchgeführt werden. Z.T. hört es sich so an, als ob das „New Management“ eine Befreiung der Beschäftigten von ihrem Alltags-trott bietet, der Arbeitsplatz werde interessanter, komme dem Bedürfnis nach Entfaltung der Persönlichkeit entgegen usw.

Ziemlich eindeutig hat sich zu diesem Thema Prof. Rürup von der TH Darmstadt auf der 3. Privatisierungstagung ausgelassen. Zunächst zu den Beamten: Rürup rechnet vor, daß bei wirtschaftlicher Betrachtung die Beamten keineswegs billigere Arbeitskräfte in den Kommunen seien, was bei der doppelten Buchführung deutlich würde, dadurch, daß Pensionsrückstellungen im Jahre des Einsatzes eines Beamten gebucht werden müßten. Zum anderen sieht er in den besoldungsrechtlichen Bestimmungen für Beamte die größten Schwierigkeiten für die Einführung leistungssteigernder „Motivationsanreize“.

Bei den Angestellten weist er auf die Möglichkeit der übertariflichen Zahlung hin. Als diskutierte Modelle, die in jedem Fall eine Änderung der tariflichen Festlegung erfordern, führt er z.B. den Schweizer Kanton Thurgau an, wo der Lohn aus Grundlohn, Erfahrungsanteil und Leistungsanteil zusammengesetzt ist.

Ein Beispiel aus der BRD ist die Stadt Köln. Dort wurde ein erfolgsorientiertes Prämiensystem eingeführt. Außerhalb der üblichen Dienstzeiten wird dort zusätzliche Arbeit geleistet, die nicht nach Zeit, sondern nach Ergebnis bezahlt wird (z.B. Bearbeitung von Bauanträgen). Die zusätzlichen Personalkosten aufgrund dieser Prämien belief sich auf 300000 DM, die Gebühreneinnahmen durch diese zusätzliche Arbeit brachte der Stadt aber 1,2 Mio. DM ein, was der Stadt ein sattes Plus von 900000 DM bescherte. Und, die Bearbeitungszeiten von Bauanträgen konnten noch verkürzt werden. Da lacht das Herz des Verwaltungsmanagers.

Ein weiteres Modell kommt aus der „Arbeitsrechtlichen Vereinigung Deutschland“, das auch wiederum eine grundlegende Veränderung des BAT-Manteltarif beinhaltet: Es solle eine „Jahres-Brutto-Gesamtleistung“ gebildet werden, die auf einem zeitbezogenen und andererseits einem leistungsbezogenen Teil beruht, wobei als Bewertungsmerkmale für die Qualität folgendes herangezogen werden sollte:

- Engagement und Kollegialität
- zügige Arbeitserledigung
- Führungsverhalten
- Beitrag zum Markterfolg
- Termingenauigkeit
- Richtigkeit des Arbeitsergebnisses

Aus dem Präsidium des Deutschen Städte- und Gemeindebundes kam der weitergehende Vorschlag, daß „eine Prämie für Mehrleistungen umgekehrt begrifflich auch einen Abschlag bei Minderleistungen voraussetzt“. Prof. Rürup konkretisiert: „Dieser Weg erfordert die Festsetzung durchschnittlicher Leistungen für die unterschiedlichen Arbeiten. Dabei würde für die durchschnittliche Erfüllung dieser Aufgabe das durchschnittliche Gehalt gezahlt, wobei entsprechend geringe Leistungen Abschläge, bessere Leistungen Zuschläge erfahren würden. Dabei müßte sich die ganz überwiegende Mehrheit der Mitarbeiter im durchschnittlichen Be-

reich der Leistung bewegen, die deutlich oberhalb bzw. unterhalb des praktisch ermittelten Durchschnitts liegen, könnten auch über- bzw. unterdurchschnittlich entlohnt werden. Die Tarifverträge müßten also insofern geändert werden, als die festgesetzten Tariflöhne und -gehälter keine Mindestzahlungen mehr wären, sondern Durchschnittszahlungen.“ (Prof. Dr. B. Rürup, Die Reform der öffentlichen Verwaltung – nur durch Privatisierung?, in: Dokumentation der 3. Privatisierungstagung „Schlanker Staat – Schlanke Kommunen – Schlanke Unternehmen“, veröffentlicht vom Frankfurter Institut, Gilde, AGP u.a.)

In Offenbach, der Stadt des Innovationsmodells schlechthin, wurde ganz offen eine „Mehrarbeitszulage“ eingeführt, die sich zwei Beschäftigte teilen können, wenn sie einen dritten überflüssig machen. In diesem Zusammenhang wird kritisch oft die „Olympia-Mannschaft“ angeführt, d.h. die individuell weniger leistungsfähigen, die älteren, behinderten oder sonst gehandicapten Menschen werden aus dem öffentlichen Dienst gedrängt. Durch die Verlagerung der Kompetenz nach unten (dezentrale Ressourcenkompetenz) sind es entweder die Amtsleiter oder auch höher qualifizierte Beschäftigte, die diesen unangenehmen Job für die Verwaltungsspitze erledigen. Und die politische Vertretung der Kommune ist ganz aus der Verantwortung für den Abbau von Arbeitsplätzen heraus.

Die ÖTV hat kritisch darauf hingewiesen, daß der falsche Eindruck erweckt werden soll, im öffentlichen Dienst müsse eine leistungsbezogene Bezahlung erst eingeführt werden, während tatsächlich das Tariffsystem eine Fülle von Zulagen und Zuschlägen enthält, die sich an bestimmten Belastungen und Erschwernissen orientieren, außerdem sind die Vergütungsordnungen detailliert nach geforderten Qualifikationen, Tätigkeitsmerkmalen und Verantwortungsbereichen gestaffelt. Neu ist nicht die Orientierung an Leistungsfähigkeit und Qualifikation der Beschäftigten, sondern ihre Bindung an ein positives Betriebsergebnis der entsprechenden Wirtschaftsunternehmen. Neu ist auch, daß mit dieser Form der Bezahlung die Auseinandersetzung zwischen den Beschäftigten um die Erhöhung der Arbeitsleistung neben der bestehenden betrieblichen Hierarchie forciert wird. Eine Entsolidarisierung wäre die Folge. Die gesellschaftlich Schwachen und Benachteiligten sollen nicht nur als Leistungsempfänger, sondern als Dienstleistende in der Gemeinde diskriminiert werden.

Optimierte Regiebetriebe und Eigenbetriebe

Ein weiteres Instrument der Einführung betriebswirtschaftlicher Methoden in den Kommunen ist die Wahl der Betriebsform. Stargardt hat dazu eine Systematik aufgestellt:

a) der Verwaltungsbetrieb, entspricht den klassischen Ämtern, Dezernaten oder Referaten auf der Ebene der Landesverwaltung. Die diesen Verwaltungsgliederungen zugeordneten Beschäftigten ha-

ben sehr begrenzte Handlungs- und Entscheidungsfreiräume, sie sind voll in die Haushalts- und Finanzwirtschaft der Kommune integriert.

b) Soziokulturelle Anstalten sind z.B. Theater, Museen, Schulen, Bäder, Jugend- und Altentreffs, Kindertagesstätten. Sie haben partielle Entscheidungsfreiheit, sind meistens nicht kostendeckend.

c) Regiebetriebe sind zwar eng in den Verwaltungsaufbau integriert und rechtlich, organisatorisch sowie haushalts- und finanzwirtschaftlich abhängig. Im Unterschied zu den Eigenbetrieben, die im weiteren noch erwähnt werden, haben sie keine eigenen Organe und im Prinzip auch keine eigene Rechnungsführung. Klassische Regiebetriebe sind die Einrichtungen, die zwischen 75% und 105% Kostendeckungsgrade erreichen, d.h. Straßenreinigung, Schlachthöfe, Bestattungswesen, Abfallentsorgung.

Das Interesse der Streiter für Unternehmensstrukturen in der Kommune wurde mit dem optimierten Regiebetrieb in Duisburg geweckt. Dort wurde das Amt 70, Amt für Stadtentsorgung und Wasserwirtschaft, der Stadt Duisburg neu gebildet. Der Amtsleitung untersteht jetzt ein Amtsbereich Finanzen und Verwaltung mit den Unterabteilungen Finanzen und Datenverarbeitung sowie Personal, Zentrale Verwaltung und Recht sowie ein weiterer Amtsbereich Technik und Betriebe, der sich in die Unterabteilungen Abwasser, Abfall und Wertstoffe, Stadtreinigung sowie Zentrale Betriebseinrichtungen gliedert. Als Vorgabe legte der Rat fest, daß die Erträge für den Stadthaushalt dauerhaft gesichert werden müßten, die Steuerungsmöglichkeiten für die Verwaltungsspitze weitestgehend gesichert werden müßte, daß die umweltpolitischen Zielvorstellungen der Stadt erfüllt werden und alle Reorganisationsansätze sozialpolitisch verträglich sein müßten. Interessant ist auch, daß es vorher eine externe Organisationsuntersuchung gegeben hatte, bei der herauskam, daß die privatrechtlichen Betriebsformen, also GmbH, AG oder Betreibergesellschaft, zu „gravierenden Verschlechterungen, insbesondere des Verwaltungshaushaltes, oder zu erheblichen Gebührenerhöhungen“ führen.

Der Vergleich Regiebetrieb zu Eigenbetrieb fiel eindeutig zugunsten des Regiebetriebes aus, da dieser die besten Wirkungen auf den Verwaltungshaushalt hat ... Der Eigenbetrieb hätte allenfalls den Vorteil, den Investitionsbereich mit Hilfe der kalkulatorischen Finanzmittel besser zu lösen.“ (zit. nach H. J. Stargardt, Kommunale Verwaltungsorganisation im Umbau, DVP 12/93, S. 463-476)

d) Eigenbetriebe sind sozusagen die öffentliche Betriebsform, die die weitestgehende Selbstständigkeit aufweisen. Sie haben eigene Organe (Werkleitung), sind vermögensmäßig, rechnungsmäßig und personalmäßig gegenüber der Kommune insoweit selbstständig, als sie einen gesonderten Vermögens- und Wirtschaftsplan sowie einen eigenen Stellenplan führen. Sie sind jedoch rechtlich unselbstständig und auf die vom Gesetz- oder Verordnungsgeber bzw. vom Gemeinderat zugewiesenen Aufgaben beschränkt. Die laufenden Geschäfte sowie die Vertretung nach außen obliegen dem Werkleiter. Sie haben die Pflicht zur doppelten Buchführung. Die Bundesländer haben in Eigenbetriebsgesetzen oder -verordnungen die Rahmenbedingungen festgelegt.

Als Kritik an der „Flucht ins Privatrecht“, die bei den Gemeinden und Städten v.a. bei Eigenbetrieben verstärkt zu beobachten ist, führt der oben bereits erwähnte H.J. Stargardt die wesentliche Unterscheidung zwischen Privatmann und Kommune an. Einerseits haben die Kommunen in Art. 28 Abs. 2 und GG grundsätzlich Organisationshoheit, sie können ihre Angelegenheiten in eigener Regie regeln, wozu auch die Wahl verschiedener Betriebsformen zählt. Dem sind jedoch Grenzen gesetzt. „Die rechtlichen Grenzen auf der ‚Flucht ins Privatrecht‘ sind spätestens dort überschritten, wo sich Gemeinden und Kreise mit privatrechtlichen Organisationsformen (z.B. GmbH, AG) bemänteln, um dem öffentlichrechtlichen Regime von öffentlicher Aufgabenerfüllung zu entgehen, oder dort, wo sie mit dem Griff zu den Mitteln und Formen des privaten Rechtsverkehrs (z.B. privatrechtlichen Vertrag) glauben, sich unter Berufung auf eine vermeintliche Privatautonomie öffentlichrechtlichen Handlungs-grenzen (insbesondere der Grundrechtsbindung aus Art. 1 Abs. 3 GG) entziehen zu können.“ Für juristische Personen des öffentlichen Rechts trete nämlich an die Stelle der Privatautonomie, damit der Vertragsfreiheit, das sog. Verwaltungsprivatrecht. Dies bedeutet, daß für Gemeinden und Kreise zwar



grundsätzlich die Möglichkeit besteht, sich des Privatrechts zu bedienen, sie dies aber nur im Rahmen ihrer öffentlichrechtlichen Bindungen, insbesondere der Grundrechtsbindungen tun dürfen.

Die Freiheit der Betriebsformenwahl der Gemeinden wird aber auch durch Kommunalverfassungsrecht und das kommunale Haushaltsrecht eingeschränkt, in der Weise, daß es zur Pflicht gemacht wird, die rechtlich unselbständigen wirtschaftlichen Unternehmen als Eigenbetriebe zu führen.

Die Bundesländer haben in Eigenbetriebsgesetzen oder -verordnungen z.B. die innere Struktur festgelegt, festgelegt, daß die Eigenbetriebe einen Ertrag für den Haushalt der Kommunen erwirtschaften sollen und daß sie so geführt werden müssen, daß der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Von der Eigenbetriebspflicht ausgenommen sind i.d.R. in Negativkatalogen aufgeführte nichtunternehmerische Anstalten. Diese können, müssen aber nicht als Eigenbetriebe geführt werden.

Die Bundesregierung sieht offenbar auch auf diesem Gebiet Handlungsbedarf. So führte der Bundesminister für Wirtschaft auf der 1. Privatisierungstagung vom 5./6.10.93 in Berlin an:

„Bei den Gemeinden ist ein bedeutendes Privatisierungspotential, insbesondere im Bereich der Energie- und Versorgungsbetriebe, vorhanden. Wer daran festhält, einen Großteil der Bereiche kommunaler Daseinsvorsorge als öffentliches Monopol zu reklamieren, läßt ökonomische Entwicklungspotentiale brachliegen. In der Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und Abfallwirtschaft, aber auch im öffentlichen Personennahverkehr sollten daher alle sich bietenden Privatisierungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden. (...) Außerdem prüft der Bund derzeit, wie das Haushaltsrecht privatisierungsfreundlicher ausgestaltet werden kann. Es ist ein Gebot des für alle öffentlichen Körperschaften geltenden Wirtschaftlichkeitsprinzips, Private überall dort zum Zuge kommen zu lassen, wo sie Aufgaben besser oder ebenso gut erfüllen können wie staatliche Stellen.“

Als insgesamt gelungenes Innovationsmodell wird immer die Stadt Offenbach vorgeführt. Bei einer Ausgangssituation von einem bis 1993 auf 219 Mio. DM aufsummierten Haushaltsdefizit sowie einer weiter prognostizierten Verschuldung von jährlich 40 Mio. DM setzte der OB die Zielmarke ziemlich hoch: bis 1994 Haushaltsausgleich ohne Neuverschuldung, Beginn des Abbaus alter Defizite, mittelfristig die Erwirtschaftung des gesamten Zins- und Tilgungsdienstes aus dem Verwaltungshaushalt, Umwandlung der Stadtverwaltung in einen „modernen Dienstleistungsbetrieb“. Gestützt von einer großen Koalition aus Christdemokraten und SPD wurden u.a. folgende „Instrumente“ eingesetzt:

- Verkauf aller städtischer Liegenschaften,
- Auflösung von Rücklagen,
- Trennung von „unrentablen“ Gesellschaftsbeteiligungen,
- Schaffung eines Amtes für Wirtschaftsförderung und gemeinsame Stadtentwicklungsplanung mit der Stadt Frankfurt,
- großzügige Umwandlung städtischer Einrichtungen in Eigenbetriebe,
- Aufgabenkritik,
- Abbau von 325 der 2520 Stellen innerhalb von 5 Jahren („Verschlankung“).

Als typische Steuerungsinstrumente des „public new management“ fehlen nicht die Schulung von 200 Verwaltungsangestellten zu „Verwaltungsmanager/innen“, die Einrichtung einer Controlling-Stelle sowie die Durchführung von Organisationsuntersuchungen durch externe Beraterfirmen.

Die Offenbacher Eigenbetriebe müssen innerhalb von zwei Jahren ihre „Wettbewerbsfähigkeit“ gegenüber privaten Firmen nachweisen, sonst werden sie privatisiert. Sie unterliegen einer permanenten Erfolgskontrolle. Geschlossen wurden drei von vier städtischen Schwimmbädern, zwei von neun Jugendzentren, eine Stadtbibliothek und das Theater. Das Kulturangebot der Stadt Offenbach richtet sich mehr an die gutsituierten Mittelschichten, deren Mobilitätsanforderungen soll durch einen S-Bahn-Anschluß nach Frankfurt Rechnung getragen werden. Während die einen künftig zum Musical nach Offenbach, zum Ballett nach Wiesbaden und nach Frankfurt in die Oper fahren können, bleibt für die anderen nur das soziale Aus: eine Schule für Lernschwache mit besonders kleinen Klassen wurde aufgelöst, ihre Schüler auf andere Schulen umverteilt, weil das 3000 qm große Gelände an Investoren verkauft werden sollte.

Thesen

Zur Kritik der Privatisierung

VON KURT HÖLLWARTH

1. Privatisierung verwandelt öffentliche Leistungen in marktfähige Waren. Die Folgen sind erwünscht: Zahlungskräftige Nachfrage bestimmt die Verteilung (a), der Markt reguliert nicht nur das „Ob“ (b), sondern auch das „Wie“ (c) ihrer Produktion. Die private Rechtsform des Leistungserstellung verdrängt den öffentlich-rechtlichen (in aller Regel einklagbaren) Leistungsanspruch des Bürgers gegen den Staat und ersetzt ihn durch den freien Vertrag zwischen Verkäufer und Käufer (d). Und schließlich (e): Politische Bestimmungen von „Preis“ und Qualität des Produkts werden ersetzt durch die Regularien des Warenmarkts und die allgemeinen Regeln des Kaufrechts.

a) Der Bundesminister des Inneren feiert das Vordringen privater Sicherheitsdienste im Bereich öffentlicher Sicherheit (Streifendienst in Wohngebieten) als Erfolg freiheitlicher Staatlichkeit, deren Bürger mit ihrem Portemonnaie in mündiger Selbstbestimmung entschieden, was ihnen persönliche Sicherheit wert sei. Was „Gute Polizey“, im Sinne einer jedenfalls dem Anspruch nach für alle garantierten, funktionierenden öffentlichen Verwaltung, war, wird käufliches Angebot für eine mehr oder weniger breite Schicht Besitzender.

b) Vor allem im Bereich kommunaler Kulturangebote (im weitesten Sinne) nimmt gegenwärtig die Kritik an dem Ersatz von „Kulturpolitik“ durch „Erlebnis-Management“ zu. Die Theaterprivatisierung benötigt keine Zensur, um bestimmte Kulturangebote verschwinden zu lassen. So klagen die noch nicht privatisierten drei baden-württembergischen Landestheater (einst als provinzielles Gegengewicht zur schwäbischen Theater-Metropole Stuttgart erfunden und gefördert) über ministerielle Kürzungen, die ihnen einen marktgängigen Spielplan (mehr Musical und Operette) aufzwingen sollen, damit in absehbarer Zeit privatisiert werden kann. Wenn nicht, dann droht die Schließung.

c) Wie sich Privatisierung auf die „Produktion“ bislang öffentlicher Leistungen auswirkt, ist zum Teil Gegenstand des Beitrags, der sich mit der Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungs- und Führungsmodelle in der öffentlichen Verwaltung beschäftigt (siehe ebenfalls diese Ausgabe). Die Führung einer Stadt „als Konzern“, „lean government“ und ähnliches, ist ja nichts anderes, als so zu tun, als ob. Darüber hinaus sind aber eine Reihe tatsächlicher Auswirkungen auf die Beschäftigungsverhältnisse in den Kommunen genauer zu untersuchen, wenn tatsächlich privatisiert wird. Die wirklichen Mechanismen (Tariffucht, Zerschlagung betrieblicher Interessenvertretungen, Verschlechterung des Kündigungsschutzes etc.) sind vielfältig und wirken doppelt: zu Lasten der Masse der Beschäftigten und zugleich gegen die Nutzer. Diese arbeitsrechtlichen Bedingungen in Verbindung mit Verlust an politischer Kontrolle stärken bürokratische Hierarchien, statt sie abzubauen.

d) Öffentliche Leistungserbringung geschieht auf Grundlage der Ermächtigung des parlamentarischen Gesetzgebers und — in der Kommune — der politischen Entscheidungen des gewählten Rats. Auch wenn nicht direkt gesetzliche Normierungen subjektiv einklagbarer Rechtsansprüche bestehen, unterliegt öffentliche Verwaltung immer und unmittelbar den grundrechtlichen Beschränkungen und Garantien. Gleichbehandlung, Minderheitenschutz, Diskriminierungsverbote, Sozialstaatsgebot und Rechtsstaatsprinzip waren bislang die rechtlichen Einfallstore, die (in beschränktem Rahmen) die Durchsetzung der Interessen der nicht-besitzenden Klassen auch im Bereich kommunaler Leistungen ermöglicht haben. Allein der grundrechtlich verbürgte Begründungszwang etwa bei der Ablehnung beanspruchter Leistungen gab Ansatzpunkte für politisches Handeln. Privatisierung macht Schluß mit alledem. Privatrecht ist durch die Grundrechte praktisch nicht beschränkt. Kein privater Anbieter etwa von Weiterbildungskursen könnte gezwungen werden, Deutsch-Kurse für Türken anzubieten, kein privater Schwimmbadbetreiber zu Sondertarifen für Arbeitslose, und kein Hauseigentümer muß begründen, warum er seine Wohnung nicht an eine Alleinerziehende vermieten will.

e) Bereits heute fließen in erheblichem Umfang vor allem im Bereich der Gebühren und Abgaben durch entsprechende Reformen des Kommunalabgabenrechts, erzwungen von Bundes- und Landesregierungen, betriebswirtschaftliche Kalkulationsgesichtspunkte ein (fiktive Verzinsung des „Eigenkapitals“, Kostendeckungs-Soll, „kalkulatorische Abschreibung“ etc). Gleichwohl bleibt ein nicht ganz unerhebliches Ermessen der Gemeinden, Angebote kostenlos oder jedenfalls mehr oder weniger subventioniert zu erbringen und Gebühren und Entgelte nach sozialer Leistungsfähigkeit zu differenzieren. Das private (Gesellschafts-)Recht verbietet solche „politischen Preise“. Der Geschäftsführer einer Wohnungsbaugesellschaft, der Wohnungen billiger abgibt, als der Markt erlaubt, macht sich persönlich schadensersatzpflichtig.

Privatisierung zerschlägt den „Querverbund“ öffentlicher Daseinsvorsorge auf Gemeindeebene, weil sie die Priorität isolierter Unternehmensziele erzwingt. Ein Beispiel: Im früher kommunalen Kreiskrankenhaus in Lörrach wurde in der Kinderklinik ein sozialpädiatrisches Zentrum aufgebaut, das sich vor allem um die außerschulische Betreuung psychosomatisch erkrankter Kinder gekümmert hatte. Die Kosten dafür waren und sind über die Pflegesätze der Kassen nicht gedeckt, was einen zusätzlichen Zuschußbedarf durch die beteiligten Kommunen und Kreise von rund 1,1 Millionen DM im Jahr zur Folge hatte. Mit der (Teil-)Privatisierung des Krankenhauses vor vier Jahren wurde das Zentrum als defizitäres Kostenloch entdeckt und geschlossen. Widerstand aus den Gemeindeparlamenten war mangels Einwirkungsmöglichkeiten erfolglos. Folge: Die Sonderschulrate stieg in den letzten Jahren bis heute um 23%. Eine Kritik, die mit den zu erwartenden „hohen sozialen Folgekosten“ aufrechnet, greift zu kurz, weil diese Folgekosten nicht eintreten werden: Man wird in Zukunft diese Kinder einfach verkommen lassen. Keine Kostenstatistik wird sie erfassen.

2. Zu einem erheblichen Teil bedeutet Privatisierung kommunaler Einrichtungen nichts anderes als Versilberung von Gemeindevermögen, ganz unabhängig davon, ob damit von der jeweiligen Verwaltungsspitze bzw. der jeweiligen Ratsmehrheit weitergehende Ziele verbunden sind oder nicht. So wird — etwa mit dem Verkauf städtischer Beteiligungen an florierende Gesellschaften (beliebt zur Zeit etwa Messe- und Ausstellungs-GmbHs, Reisebüros, aber auch Anteile von Energieversorgungsunternehmen u.ä.) — fortgesetzt, was in den letzten Jahren der wachsenden kommunalen Defizite mit der Verschleuderung von gemeindeeigenem Grund und Boden begonnen wurde: Privatisierung als Sanierungsnotnagel des „unterkapitalisierten Unternehmens Stadt“ (betriebswirtschaftlich gesprochen). Privatisierung ist die Fortsetzung der schleichen den Enteignung der Städte durch verfassungswidrige, die Selbstverwaltungsgarantie verletzende Gemeindefinanzierung.

3. Privatisierung heißt dabei immer Privatisierung von Gewinnen. Defizite eignen sich nicht zur Privatisierung, kein Privater nimmt sie. Ob die Verluste entweder in früheren Jahren „sozialisiert“ wurden (durch eine Gebührenpolitik, die den „Kostendeckungsgrad“ über die 100%-Marke getrieben hat und so ausreichende Rendite garantierende Preis-, Kalkulation“ erlaubt) oder ob solche Verluste auch in Zukunft an der Gemeindekasse hängen bleiben (durch Verlustabdeckung, subventionierte Mieten und Pachten, Abnahmegarantien o.ä.): Der Weg ist geebnet für die Entfaltung „freien Unternehmertums“.

4. Die Klagen über Korruption und Vetternwirtschaft im Bereich öffentlichen Wirtschaftens sind häufig und sicher häufig berechtigt. Wenn sie in Zukunft mit der zunehmenden Privatisierung abnehmen sollten, ist das sicher nicht der größeren Ehrbarkeit der privaten Anteilseigner, Geschäftsführer und Manager geschuldet, die jetzt anstelle der städtischen Angestellten und Beamten diese Unternehmen leiten, sondern der Tatsache, daß weniger aufgenommen wird. Auch in privater Rechtsform wirtschaften diese Unternehmen oft in einem engen Geflecht öffentlicher Auftraggeber, mit meist monopolartiger Marktstellung und in unauf löslicher Verbindung mit anderen Unternehmen des öffentlichen Bereichs. Es läßt sich dort bei erheblich eingeschränktem Unternehmerrisiko gutes Geld verdienen. In Zukunft praktisch ohne jede Kontrolle und — was fast deutlicher wirkt (die kommunale Aufsicht durch die Gemeinderäte war und ist meist eher

schlecht als recht) — dann unter Ausschluß der Konkurrenz der politischen Parteien untereinander, die bislang noch am ehesten Garant dafür war, daß bei der Jagd auf Posten und Pöstchen keiner zu kurz und dadurch manches ans Licht kam.

5. Privatisierungsbefürworter beklagen die Schwerfälligkeit öffentlicher Verwaltungen, fehlendes Verantwortungsbewußtsein und mangelndes Kostendenken. Entsprechendes Lamento kennt man seit Jahrzehnten aus den Konzernen. Festzuhalten wäre zweierlei: Zum einen wurden die Konzepte, die in den privaten Unternehmen (und jetzt auch in den Kommunen) dagegen helfen sollen, in jenen Konzernen ausgetüftelt, die diese Probleme beklagen. Zum anderen: Es gibt ... reihenweise Belege für effizienteres Wirtschaften öffentlicher Einrichtungen im Vergleich mit privatrechtlichen. Schlen-drian und zentralistische Bürokratie, Fesselung von Eigeninitiative und Selbstverantwortlichkeit ist kein Privileg des öffentlichen Dienstes ... (Aus Platzgründen leicht gekürzt, Red.)

Hintergrund Berufsbeamtentum

Überlegungen zur Richtung der Reformdiskussion des öffentlichen Dienstes

VON KURT HÖLLWARTH

1.) Das Berufsbeamtentum, bislang — so schien es — unumstößlicher Eckpfeiler der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, kommt auch aus konservativer Richtung ins Gerede.

Die angedeutete staatsorientierte Rechtfertigung des deutschen Berufsbeamtentums, die sich in den „hergebrachten Grundsätzen ...“ des Art. 33 Abs. 5 Grundgesetz widerspiegelt, war und ist auch aus Sicht bürgerlichen Staatsrechts nicht sonderlich überzeugend. Das belegt die Ignoranz gegenüber dieser Einrichtung, wie sie das nicht weniger kapitalistische Ausland an den Tag legt, und wird auch von durchaus konservativen Autoren anerkannt (so etwa Ellwein/Hesse, zwei Privatisierungs- und Verwaltungsvereinfachungsprofessoren von Rang, 1994).

Seine Existenz ist auch nicht unabdingbare Voraussetzung eines kapitalistischen oder imperialistischen Staatsgefüges. (Ganz anderes gilt für den Gegenstand seiner Aufgabenstellung — Gesetzesvollzug nämlich, und zwar bestimmter Gesetze —, von dem im folgenden bewußt abstrahiert werden soll). Sie ist vielmehr einer spezifischen Tradition geschuldet, innerhalb der es um 1800 zum Wechsel vom Fürsten- zum Staatsdiener kam. Mit diesem Wechsel war — jedenfalls der behaupteten Zielsetzung nach — der Schutz der Beamten vor der (Fürsten-)Willkür verbunden. Allerdings gab es zu dieser Zeit fast nur den beamteten Akademiker in herausgehobener Position, dem dann Hilfskräfte in weniger reputierlicher Rechtsstellung zur Seite standen. Die Besonderheit des deutschen Berufsbeamtentums, die sich alle deutschen Regierungen immer zunutze zu machen wußten, besteht darin, daß ein Status für immer mehr und größere Gruppen von Beschäftigten Anwendung fand und damit „die“ Beamten eine eigene Arbeitnehmergruppe mit eigenen gesetzlichen Grundlagen, einem eigenen Versorgungssystem und eigenen Interessenvertretungen bildeten, den der gehobene Dienst dominiert, dessen Verhandlungserfolge (bzw. dessen regierungsseitig für politisches Wohlverhalten gewährten Wohltaten) aber auch der höhere Dienst für sich akzeptiert. Diese Gruppenbildung ereignete sich historisch von oben nach unten. Da der Prozeß die Beamten wie die Angestellten erfaßte, prägt er die Gesamtstruktur des öffentlichen Dienstes nachhaltig und bewirkt, daß man anstatt der früheren Pyramide mit einem breiten vom „einfachen Dienst“ bestimmten Sockel heute eine Säule vorfindet, deren obere Hälfte aus dem gehobenen und dem höheren Dienst gebildet wird.

Konkret und in aller Kürze: Die relativ selbständig und meist isoliert agierenden Akademiker erhielten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Mitarbeiter, die unter den sonstigen Hilfskräften (Schreiber, Diener, Boten, Kutscher) herausragten und zunehmend selbständig arbeiteten. Sie benötig-

ten dafür eine bestimmte Vorbildung, standen besoldungsmäßig den Akademikern (= höherer Dienst) bald näher als den erwähnten Hilfskräften und bildeten allmählich das „Korsett“ der öffentlichen Verwaltung. (Typisch für diese Gruppe sind etwa zunächst die Kreissekretäre in den preußischen Landratsämtern und die Sekretäre in den Regierungspräsidien.)

2. Diese Entwicklung des öffentlichen Dienstes brachte also — und dies vor allem bei seinem bürokratischen Kern, der heute vor allem die gesamte (untere und mittlere) Bundesverwaltung, aber auch die mittlere Ebene der Landesverwaltung bis hinunter zu den Kreisverwaltungen dominiert — eine meist hochqualifizierte Mittelgruppe hervor, die selbständig und verlässlich arbeitet, die mit den Schwierigkeiten, die der deutsche Gesetzgeber bereitet, umgehen kann, seßhaft ist und so die einzelnen Behörden stabilisiert. Beamte und Angestellte, die sich keineswegs in herausgehobener Position befinden, veranlassen zur Einkommensteuer oder wenden die für die Gewerbeaufsicht maßgeblichen Vorschriften an. Sie bewältigen die ihnen aufgenötigten Fallzahlen, vermeiden (fast immer) Streit und sind für Vorgesetzte (aber auch für das Publikum) einigermaßen berechenbar, obwohl sie es mit einem Vorschriftenberg zu tun haben, der sich im Prinzip überhaupt nicht anwenden läßt, und mit Problemstellungen, die mit den ihnen gegebenen Instrumenten unlösbar sind.

Der wohlthuende Unterschied des Vorhandenseins eines solchen irgendwie soliden, verlässlichen Verwaltungskorsetts zu den Bedingungen in Ländern, in denen er fehlt, wie etwa Italien, wird von Leuten, die beides kennen, immer wieder betont. Der Charme der staatlich produzierten „Anarchie“ verblaßt mit der Zeitdauer, mit der man ihm ausgesetzt ist. (Kein Zufall ist wohl auch, daß gegen die angeblich so weit verbreite Korruption und Bestechlichkeit im öffentlichen Dienste jene Mittelgruppe nahezu immun zu sein scheint. Die Nester dieses kriminellen Lasters finden sich meist in den Sphären des höheren Dienstes. „Beziehungen“ und „Bezüge“, zwei Wörter mit dem gleichen sprachlichen Stamm, verbindet eine um so engere Verwandtschaft auch in tatsächlicher Hinsicht, je mehr man von A13 ab (hier beginnen jene „höheren“ Sphären) die Laufbahnordnung aufwärts klettert oder gar von Leiter A zu Leiter B wechselt (A 13 hat der Oberamts- oder Studienrat; B 2 z.B. ein Direktor beim Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung oder ein Abteilungsleiter bei der Treuhand).

3. Die Kehrseite ist: Weil es an einer umfassenden Ausbildung fehlt und vieles, fast alles, erst während der Berufsausübung gelernt werden muß, muß das Arbeitsfeld zwangsläufig begrenzt werden. Dazu kommt — und dies ist noch bestimmender — eine von oben verordnete, möglichst engmaschige Regelung der Tätigkeit. Die erwähnte „Mittelgruppe“ der Hierarchie des öffentlichen Dienstes wurde und wird eindeutig auf Ausführung, Vollzug und Gehorsam verpflichtet, während man dem Akademiker (noch) größere Spielräume ließ (und teilweise auch noch heute läßt). Die Tätigkeit ist also durchaus eigenverantwortlich, aber so weit als möglich vorgezeichnet. Das „Formular“, das den „Fall“ auf einige wenige Merkmale reduziert, wurde und ist typisch für die bürokratische Verwaltung und durchaus auch — für ihre Leistungsfähigkeit. Die darauf beruhenden Beamtenwitze und Kabarettistenkarrieren sind zahlreich und wirken (wenn sie es tun) deshalb so witzig, weil sie an eine ans Absurde grenzende Realität anknüpfen.

Kompetenz bemißt sich so eher nach der Beherrschung eines (wenn auch kleinen) Feldes als nach dem Überblick über „die Verhältnisse“. (Viele Sozialarbeiter arbeiten lieber in der Jugendgerichtshilfe als in einem Team, das für den Stadtbezirk zuständig ist und in dem der einzelne womöglich nicht „seine“ Fälle bearbeiten kann.) Darin liegt die Gefahr der fachlichen und beruflichen Enge.

Dazu kommt eine erwungene Immobilität. Der mittlere und gehobene Dienst macht „Karriere“ in „seiner“ Behörde und an einem bestimmten Ort, oder er macht eben keine. Dies führt zu einer spezifischen Abhängigkeit vom jeweiligen Behördenchef und Amtsleiter, zu persönlichen und sozialen Bezügen mit Folge entsprechender Hörigkeit, die über die Abhängigkeitsverhältnisse im nichtstaatlichen Bereich hinausgehen. Dort liegt am ehesten das Einfallstor für die Korruption manchmal ganzer Ämter und Behörden. In konservativer Sicht liest sich eine psychologisierende Beschreibung dieser

Situation so: „Diese spezifische Abhängigkeit ... erfordert das Festhalten an den von den karriereentscheidenden Vorgesetzten geprägten Verhaltensmustern und Amtsgewohnheiten ebenso wie möglichst konfliktfreie Umweltbeziehungen“ (so Ellwein/Hesse).

4. Es wäre eine lohnenswerte Aufgabe, näher zu beschreiben, wie sich diese deutsche Beamtentradition, gewachsen in einer spezifischen deutschen Geschichte des „behutsamen Hinüberwachsens“ vom Feudalismus zum Imperialismus, konkret in den Rechtsbeziehungen des öffentlichen Dienstes nachweisen läßt und weitgehend (ob durch gesetzliche Regelungen oder durch das Tarifrecht) auch die Angestellten und sogar die Arbeiter erfaßt. Wichtige (und zu beseitigende) Eckpunkte sind hier das Alimentationsprinzip, das eine Bezahlung nach dem jeweils innegehabten „Amt“ und nicht je nach Funktion, Leistung etc. vorsieht, das starre Laufbahnprinzip mit (niedrigen und niedrigsten) Eingangsgehältern und (hohen und höchsten) Endgrundgehältern, das durch die Eingruppierungsmerkmale der Vergütungsordnungen zum BAT weit mehr als alle anderen (mehr auf die Aufgabe, die zu bewältigenden Arbeiten bezogenen) Kriterien auch die Einkommen der Angestellten definiert. (Dazu gehörte der Nachweis, daß das BAT-Vergütungssystem merkwürdige Sonderlichkeiten produziert, die etwa dazu führen, daß ein Vorgesetzter mit BAT Ib, der für rasche Beförderung seiner Untergebenen von BAT III nach BAT II sorgt — was er kann —, damit seine eigene Höhergruppierung nach BAT Ia oder I bzw. den entsprechenden Beamtenbesoldungen „veranlaßt“. Planmäßig produzierte Vasallentreue per tarifvertraglicher Absicherung?)

Noch wichtiger fast und dringlich (weg) zu reformieren: die eigene Alterssicherung des öffentlichen Dienstes zugunsten einer einheitlichen Rentenversicherung.

5. Es wird derzeit (vor allem aus liberaler und konservativer Ecke) von einer „Bedrohung durch den öffentlichen Dienst“ gesprochen. Überraschenderweise kommt dies aus einer Richtung, der Wahlsoziologen es als eines ihrer geschicktesten wahlstrategischen Manöver zuschreiben, planmäßig auf eine Erhöhung des Beamtenanteils vor allem in den 60er und 70er Jahren hingewirkt und so für ein stabil konservatives Grundpolster gesorgt zu haben.

Zusammengefaßt hat sich der Öffentliche Dienst von etwa 1910 bis 1955 zum ersten Mal und dann bis 1990 zum zweiten Mal verdoppelt. Darüber hinaus hat sich das Gefüge dramatisch verändert, die Zahl der Arbeiter ist seit 1950 drastisch zurückgegangen, und die Angestellten haben sich mehr als verdoppelt. Waren es 1950 794tausend Vollzeitbeamte, wurden 1990 1,66 Mio. gezählt, von denen mehr als die Hälfte zum höheren und gehobenen Dienst zählt. Damit ist leicht die Prognose zu verbinden, daß bei gleichbleibender Entwicklung bis zum Jahr 2030 16,1% des Bruttosozialprodukts, das entspräche dann etwa zwei Drittel des Volumens aller öffentlichen Haushalte, zur Finanzierung der Personalausgaben des öffentlichen Dienstes benötigt werden. Dazu kommt, daß die zu erwartenden Pensionslasten bislang noch nicht einmal als Schulden ausgewiesen werden, also schlicht aus den laufenden Haushalten bezahlt werden. Weil aber vor allem in den 60er Jahren und danach aus politischen Gründen der Beamtenanteil immer mehr ausgeweitet wurde — die entsprechenden Jahrgänge erwarten ab dem Jahr 2000 das Pensionsalter —, stehen ab diesem Zeitpunkt erhebliche Lasten zur Bewältigung an, für die es bislang keinerlei Vorsorge gibt. Der eingangs zitierte Satz vernebelt also die Verursacher dieser „Bedrohung“, die jetzt von Bedrohung reden und die Staatsfinanzen dann — im zweiten Schritt — mit Einschnitten zu Lasten der kleinen und mittleren Einkommen retten wollen.

6. Eine Reform des öffentlichen Dienstrechts ist unumgänglich; das Beamtenrecht blockiert. Sie kann sich aber nicht einfach in der Abschaffung des Beamtenstatus erschöpfen, sondern muß darauf abzielen, die Macht des „höheren Dienstes“ zu brechen. Die Beseitigung des Beamtenstatus allein schafft dafür keineswegs die notwendigen Voraussetzungen. Ein einheitliches Dienstrecht zu schaffen, wie dies die ötv fordert, heißt aber auch, daß Beschäftigte des öffentlichen Dienstes (unabhängig von der Frage, ob dies nicht auch für alle anderen Lohnabhängigen zutrifft) eines besonderen Schutzes gegenüber ihrem „Arbeitgeber“ bedürfen, der mit den allgemeinen arbeitsrechtlichen Regelungen keinesfalls gewährt wird.

Vortrag aus der AG Wirtschaft

Das politische Konzept der PDS für die Entwicklung ländlicher Räume

VON ROLF EITZERT

Das hier behandelte Thema war eines von mehreren, die auf der Tagesordnung der AG Wirtschaft standen. Von den anderen Themenbereichen liegen Berichte, Protokolle oder Referate schriftlich nicht vor. (Red.)

Das Konzept ist das Ergebnis der Arbeitsgruppe „Agrarpolitik und ländlicher Raum“ der AG Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS.

Die inhaltlichen Schwerpunkte sind:

1. Warum spezielle Positionen für den ländlichen Raum?
2. Zur Situation im ländlichen Raum.
3. Grundpositionen zur Gegenwart und Zukunft des ländlichen Raums.

Der vorliegende Vortrag ist teilweise stichwortartig.

Warum besonderes Politikfeld?

Die mit der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft — besonders des Kapitalismus — verbundene Trennung zwischen „Stadt“ und „Land“ hat besonders in den Industrieländern zur Herausbildung zweier Typen von Siedlungs- und Wirtschaftsräumen geführt, die durch z.T. sehr beträchtliche Unterschiede in den Lebensbedingungen und -qualitäten der Menschen gekennzeichnet sind:

- a) städtische Verdichtungsräume — auch Ballungsgebiete genannt — einerseits und
- b) ländliche Räume — was man auch immer darunter verstehen mag.

Gründe dafür sind:

1. Umfang/Größe — d.h. Fläche, um die es geht; d.h. in Deutschland können dem ländlichen Raum etwa 70 bis 80 % der Fläche und 35 bis 40 % der Bevölkerung zugeordnet werden. Der Anteil ist in den neuen Bundesländern etwas höher, in Thüringen z.B. rund 52 % der Bevölkerung.

Bei der Perspektive des ländlichen Raumes geht es also um mehr als um die Zukunft der mit dem ländlichen Raum untrennbar verbundenen Landwirtschaft, d.h. der landwirtschaftlichen Urproduktion.

2. Qualitative Unterschiede zu Ballungsgebieten: — Boden, Wasser, Flora und Fauna ... machen zugleich auch die Attraktivität des Landes aus; — nicht zugebaute Umwelt, d.h. Natur überwiegt (noch), keine Betonwüsten; — spezifische Siedlungsstrukturen entstanden, d.h. dezentral bzw. flächendeckend; die Existenzformen sind relativ klein; jeder kennt jeden; selbst die Arbeitslosigkeit verschwindet im Gemüse- oder Obstgarten!

3. Spezifische Probleme und Bündelungen, die woanders nicht auftreten; zum einen historisch bedingt sind, andererseits aus gegenwärtigen Umbrüchen/Wende entstanden sind. Die Agrarpolitik wird dem Kapital unterworfen.

- Die Einkommensunterschiede sind groß;
- die Massenarbeitslosigkeit wird größer;
- Abwanderungen, Pendler
- Differenzierung zwischen arm und reich, zwischen Landbesitzern und Landlosen ...

Das Raumordnungsgesetz der BRD hebt das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes, die Gleichwertigkeit beider Raumkategorien — auch unabhängig von der Land- und Forstwirtschaft — hervor. Das formulierte Ziel — gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen zu schaffen — konnte trotz positiver Ergebnisse auch in vielen Regionen der Altbundesländer bisher nicht erreicht werden.

In Ostdeutschland — dem sog. Beitrittsgebiet — wurde verhindert, daß die zu DDR-Zeiten betriebene Angleichung der Lebensverhältnisse in Stadt und Land fortgesetzt werden konnte. Im Gegenteil: Es muß eingeschätzt werden, daß die negativen Auswirkungen des gesellschaftlichen Umbruchs (Wende) im Osten auf die ökonomischen, sozialen und kulturellen Lebensbedingungen im ländlichen Raum wesentlich stärker sind als in den Ballungsge-

bieten (Ausnahmen)!

Die PDS hält es für notwendig:

- a) die entstandenen Widersprüche im Interesse aller (besonders der auf dem Lande Lebenden) aufzuzeigen (z.B. Eichsfeld);
- b) Standpunkte linker Politik zu entwickeln und darzulegen und
- c) Lösungsansätze/-strategien unter Nutzung der im ländlichen Raum vorhandenen spezifischen natürlichen, personellen und materiellen Möglichkeiten herauszuarbeiten.

Denn bis zur Vereinigung vollzog sich die Entwicklung des ländlichen Raumes in Ost und West unterschiedlich.

Zur Situation im ländlichen Raum

Der ländliche Raum entwickelt sich zwischen Ost und West differenziert.

Altbundesländer:

- Rolle der Landwirtschaft als ökonomische Basis gering,
- durch die Entwicklung mittelständischen Gewerbes, von Dienstleistungen und Tourismus in vielen Regionen gelang es, alternative Einkommensquellen zu schaffen,
- in der Nähe von Ballungszentren siedelten sich viele Menschen an, die in Städten arbeiteten und Dienstleistungen auf dem Lande nutzten und über Steuern zum Wohle ihrer Wohngemeinden beitrugen. Die Abhängigkeit von der landwirtschaftlichen Produktion hat sich schrittweise verringert.



In der Landwirtschaft der neuen Bundesländer wurden Frauen überproportional „freigesetzt“.

Trotzdem auch hier im ländlichen Raum:

- geringeres Einkommensniveau,
- Mangel an Arbeitsplätzen,
- Überalterung der Bevölkerung.

Auf dem Gebiet der DDR hatte die Landwirtschaft bereits historisch bedingt ein höheres ökonomisches Gewicht (besonders Mecklenburg/Vorpommern und Brandenburg, z.T. Sachsen-Anhalt) und war stärker agrarisch geprägt.

Die auf Eigenversorgung und Export ausgerichtete und hoch subventionierte Landwirtschaft der DDR war der Hauptträger der ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung auf dem Lande bzw. im ländlichen Raum.

Es gab wesentlich mehr Arbeitsplätze direkt in der ländlichen Produktion.

Die Kommunen hatten infolge der zentralistischen Finanz- und Investitionspolitik nur geringe finanzielle und materielle Ressourcen. Leistungen wurden über direkte staatliche Zuwendungen finanziert.

Landwirtschaftsbetriebe bildeten finanzielle Fonds für soziale und kulturelle Aufgaben bzw. stellten kostenlos Leistungen bereit (Ursache: subventionierte Agrarpreise).

Damit finanzierte der Staat auch indirekt die Entwicklung im ländlichen Raum. In vielen (nicht allen) Dörfern hatten sich auf diese Weise Lebensbedingungen herausgebildet, die denen in der Stadt qualitativ nicht nachstanden.

Die überstürzte und ungeschützte Konfrontation der ostdeutschen Landwirtschaft mit dem Markt der EG und das Eindringen westdeutscher Handelsketten entzogen nicht nur die ökonomische Existenz vieler Betriebe, sondern damit auch dem teilweise hohen sozialen und kulturellen Lebensniveau in den Dörfern Ostdeutschlands schlagartig den Boden.

D.h. die Zerstörung der gewachsenen Strukturen auf dem Lande erfolgte schneller und totaler als in den Städten!

Worin zeigen sich nun die wichtigsten und gravierendsten Veränderungen im ländlichen Raum Ostdeutschlands?

- a) Ungerechtfertigter Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion unter das Niveau der Eigenversorgung, verbunden mit radikaler Rationalisierung und Erhöhung der Arbeitsintensität für die verbleibende Produktion. Dramatischer Abbau von Arbeitsplätzen! Rund 80 % verloren den Arbeitsplatz, besonders Frauen (70 %), Jugendliche und ältere Menschen, die noch Berufstätigen werden weit unter Tarif bezahlt.

- b) Weitgehend ersatzlose Auflösung der bisher an die genossenschaftlichen und staatlichen Landwirtschaftsbetriebe gebundenen Gewerbe-, Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen. Nicht nur Arbeitsplätze gingen verloren, sondern auch die Versorgung in den Landgemeinden verschlechterte sich (z.B. Post, Konsum, Annahmestellen usw.).

- c) Verminderung der Wertschöpfung der Landwirtschaft und entsprechende Einkommensverluste; u.a. Rückgang der marktwirksamen individuellen Produktion.

- d) Drastische Reduzierung der im ländlichen Raum ohnehin geringen industriellen Arbeitsplätze (z.B. Kali ...) — das bedeutet sog. in der Großindustrie tätige Pendler und fehlende Perspektiven bei der Entwicklung von Industriearbeitsplätzen.

- e) In der DDR weitgehend unbekannte soziale Dif-

- ferenzierungsprozesse, insbesondere zwischen — Berufstätigen und Arbeitslosen;
- Landbesitzern und Landlosen.

Die Auseinandersetzungen um die Aufteilung des genossenschaftlichen Eigentums trugen und tragen die Gefahr der Zerstörung der gesellschaftlichen Dorfgemeinschaft in sich.

Alle diese Probleme konnten durch die Schaffung neuer Strukturen nur ungenügend kompensiert werden. Insbesondere das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“, ungeklärte Eigentumsverhältnisse, Verschleuderung von Volkseigentums durch die Treuhänder und die Beibehaltung der Altkreditverbindlichkeiten behinderten und behindern das Entstehen langfristig tragfähiger Wirtschaftsstrukturen.

Hinzu kommt, daß die ehemaligen DDR-Bürger in der Regel nicht über das notwendige Eigenkapital für Neugründungen verfügen. Statt gesunder Strukturen mehrten sich Bodenspekulationen (nur 5 % sind in „Osthänden“) und Ansiedlungen einseitig auf Handel orientierter Großunternehmen mit z.T. unkontrollierten Umwelt- und Verkehrsproblemen für das Umland! (Siehe Autobahn)

Grundpositionen zur Entwicklung des ländlichen Raums

PDS: Es sollte im Interesse der ganzen Gesellschaft liegen, den ländlichen Raum auf Dauer lebensfähig und lebenswert zu erhalten. Auch die Lebensqualität der Stadtbewohner hängt wesentlich vom dauerhaften Erhalt des ländlichen Raumes ab.

Es gilt, komplexe regionale Programme für mit dem ländlichen Raum zu entwickeln. Leitlinien für den ländlichen Raum können wie folgt charakterisiert werden:

1. Sicherung der Lebensfähigkeit jeder ländlichen Region durch eine eigenständige und selbstbestimmte ökologisch orientierte Wirtschafts-Infrastruktur mit entsprechendem Arbeitsplatzangebot im Zusammenwirken mit angrenzenden Ballungsgebieten.

2. Schaffung von Lebensverhältnissen auf dem Land, die eine gleichwertige Persönlichkeitsentwicklung wie in den städtischen Gebieten — insbesondere hinsichtlich Zugang zu Bildung und Kultur — gewährleisten.

Pflege und Reproduktion der gewachsenen Kulturlandschaft und sozio-kulturellen Besonderheiten des Dorfes und der ländlichen Lebensweise als Kulturgüter.

Die derzeitige Marktwirtschaft steht dem oft entgegen; der Staat muß in hohem Maße steuernd eingreifen! Dafür geeignete Instrumente (d.h. juristische Möglichkeiten) sind nach unserer Auffassung:

- a) Umweltgesetzgebung;
- b) Raumordnungsverfahren;
- integrierter Einsatz von Fördermitteln (und nicht nach dem Gießkannenprinzip oder deren Wirkung sich gegenseitig aufhebt).

Auf deren Vervollkommenheit gilt es, sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch (u.a. über Vereine, Verbände) gezielt Einfluß zu nehmen.

Der ländliche Raum darf nicht werden:

- Schlafdörfer für die in der Stadt Arbeitenden;
- nur Einzugsgebiet der Entsorgungswirtschaft der Städte;
- zum bloßen Reservoir für mal benötigte und mal nicht benötigte Arbeitskräfte und
- damit u. U. Entleerung und Verödung!

Welche Rolle soll dabei die Landwirtschaft spielen?

Die Landwirtschaft wird künftig nicht mehr die Haupterwerbsquelle für die ländliche Bevölkerung sein können (d.h. mit weiterer Öffnung der Märkte (Welthandel) verschlechtert sich objektiv die Wettbewerbschance der deutschen Landwirtschaft).

Dennoch ist es unverzichtbar, die Landwirtschaft als einen (wesentlichen) Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum zu erhalten, weil sie die Basis für die Erhaltung und Pflege der natürlichen Umwelt für die gesamte Gesellschaft bildet und gleichzeitig die soziale Lebensgrundlage für eine relativ große, spezifisch ausgebildete und hochmotivierte Bevölkerungsgruppe darstellt. Das ist Schwerpunkt für die Vitalisierung bzw. Revitalisierung des ländlichen Raumes:

- Stärkung der Wirtschaftskraft;
- Überwindung der Arbeitslosigkeit.

Grundrichtungen in der Agrarpolitik könnten sein (unterstützen / einfordern):

1. GATT und EU liegen im Interesse der exportorientierten deutschen Industrie, öffnen aber den deutschen Markt noch stärker für Agrarimporte. Der Anpassungsprozeß der deutschen Landwirtschaft dauert länger; Schutzmaßnahmen sind mindestens mittelfristig notwendig (aber nicht auf Kosten der Entwicklungsländer).

Eine ökologisch orientierte und effiziente Landwirtschaft sollte sich weitgehend selbst tragen. Keine Diffamierung der landwirtschaftlichen Subventionen (von 35 Pfennig für das Brötchen bekommt der Landwirt nur 5 Pfennig), u.a. 90% des EG-Agrarhaushaltes wurden für Marktregulierung ausgegeben (und nicht für Strukturentwicklung); außerdem ist eine Entbürokratisierung der Antragstellungen für Fördermaßnahmen erforderlich.

2. Es kommt darauf an, innerhalb größerer Territorien relativ geschlossene regionale Kreisläufe zu schaffen; d.h. die zur Versorgung notwendigen Rohstoffe im wesentlichen „vor Ort“ zu produzieren und zu verarbeiten. Keine Konzentration und Monopolisierung in der Nahrungsgüterindustrie (heute bestimmen 8 Männer, was 80 Mio. Menschen in Deutschland essen ...). Das liegt im Interesse der ostdeutschen Bundesländer, aber auch der Qualität der Nahrungsgüter und der Einschränkung/Reduzierung umweltschädlicher Transporte (siehe: Thüringer Wald-Autobahn).

3. Förderung einer vielfältig strukturierten Landwirtschaft, deren Arbeit und Produktion an Kriterien der ökonomischen, sozialen und ökologischen Effizienz gemessen wird, und nicht das Beharren auf überholten, durch ideologisierte Leitbilder geprägten Strukturen. Das schließt die uneingeschränkte Gleichbehandlung der modern strukturierten landwirtschaftlichen Unternehmen in den ostdeutschen Bundesländern ohne politische Vorbehalten ein! Das ist keine Nostalgie, sondern Genos-

senschaftsgeist, kollektiv zu produzieren. Weitergehende Entschuldung bei Altkredit und eine angemessene Berücksichtigung der Investitionsfördermittel.

4. Produktionsgenossenschaften sind nicht nur eine aus ostdeutschen Strukturen entstandene Übergangsform, sondern eine Alternative zu einzelbäuerlichen und kapitalistischen Landwirtschaftsbetrieben und eine Chance zur wahren Demokratisierung der Wirtschaft. Ziel: sachliches Miteinander aller Eigentumsformen bis hin zur Kooperation. Rasche Novellierung des Genossenschaftsgesetzes.

5. Die Verwertung des ehemals volkseigenen Bodens in den neuen Bundesländern muß so erfolgen, daß sie der ökonomischen und sozialen Stabilisierung im ländlichen Raum dient und nicht die Existenz lebensfähiger landwirtschaftlicher Unternehmen gefährdet. Keine Aushöhlung und Revision der Bodenreform (siehe 2 + 4-Verhandlungen und Einigungsvertrag).

Resümee: Kommunalisierung des Grund und Bodens; langfristige Verpachtung an ortsansässige Landwirte. Keine ländlichen Räume ohne Landwirtschaft, dennoch muß die Lösung der wirtschaftlichen Probleme vorwiegend außerhalb der Landwirtschaft gesucht werden.

Was ist alles dafür erforderlich?

Erforderlich ist vor allem in den neuen Bundesländern, d.h. die PDS setzt sich ein für:

1. eine aktive Politik zur Ansiedlung gewerblicher Unternehmen, bes. Handwerk, Baugewerbe und mittelständische Industrie als wertschöpfende Bereiche als solide, dauerhafte Basis! (Und keine Golfplätze, nur Mülldeponien, Tankstellen und überdimensionale Handelseinrichtungen.)

2. Der rechtliche Schutz der Bürger und Kommunen vor spekulativen Bodenerwerbern und Nichteinhaltung von Investitionszusagen der „Investoren“ ist zu verstärken.

3. Bei Verkauf, Verpachtung von Immobilien sowie bei Baugenehmigungen und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind vorrangig ortsansässige Bewerber zu berücksichtigen.

4. Daß der aggressiven Werbung westlicher Firmen eine koordinierte Marketing-Strategie der örtlichen Wirtschaft entgegengesetzt wird, damit hier — auf dem Lande — Arbeitsplätze entstehen und Steuereinnahmen gesichert werden.

5. Der ländliche Raum der neuen Bundesländer bietet sich vor allem aufgrund des Vorhandenseins qualifizierter Fachkräfte ehemaliger LPG (VEG) u.ä. dafür an, Forschungs-, Entwicklungs- und Fertigungskapazitäten für neue, umweltfreundliche Technologien aufzunehmen; z.B.

- alternative Energiequellen (Biomasse, Wind, Sonne ...);
- bessere Verwertung nachwachsender Rohstoffe;
- ökologisches Bauen sichern.

Hier ist auch der Staat gefordert, durch gezielte Forschungsstrategie eine entsprechende Investiti-

ons- und Förderpolitik wirksam zu werden.

6. Erforderlich ist es auch, auf der Grundlage der Länderkonzepte den (ländlichen) Tourismus auszubauen! Aber dabei ehrlicher und realistischer die Möglichkeiten und Grenzen einzuschätzen, um übertriebene Illusionen und Fehlinvestitionen zu vermeiden.

Tourismus kann i.d.R. nur ein ergänzender Wirtschaftsfaktor sein (Ausnahmen bestätigen die Regel).

7. Das Gleiche gilt auch für die Möglichkeiten einer stärkeren Verlagerung der Altenbetreuung in den ländlichen Raum! (z.B. sozialer Verein gegründet ...)

Die PDS fordert vor allem ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit im ländlichen Raum, da hier die Quote höher, die Palette der Beschäftigungsmöglichkeiten kleiner und folglich das Problem der Langzeit- bzw. Dauerarbeitslosigkeit größer ist. U.a.

a) Vorrang der Finanzierung der Arbeit über ABM oder §249h AFG gegen Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung mit flankierenden Maßnahmen, Kultur und Soziales mehr einbeziehen und bezahlen;

b) Erweiterung des spezifischen Umschulungsangebots für ehemals in der Pflanzen- und Tierproduktion Beschäftigte, möglichst mit ABM/§ 249h verknüpft, wie das im Verein bzw. ABS-Gesellschaften z.T. gemacht wird, um Dauerarbeitsplätze zu schaffen.

Die PDS setzt sich ein für die Sicherung und Stärkung der ökologischen und sozio-kulturellen Funktion des ländlichen Raumes:

Die zerstörerischen Eingriffe des Menschen in den Naturhaushalt haben ein Ausmaß erreicht, das eine prinzipielle ökologische Wende in der Wirtschaftspolitik, aber auch im Verhalten jedes einzelnen im täglichen Leben erfordert.

— Der ländliche Raum hat die Funktion des ökologischen Ausgleichs und der Regeneration dieser Ressourcen für die gesamte Gesellschaft zu erfüllen. Eine konsequent ökologisch orientierte Politik; aus Verantwortung gegenüber künftigen Generationen ist konsequenter Umweltschutz erforderlich. Alternativen suchen und finden, z.B. integrierter Landbau, ökologischer Landbau, Landschaftspflege. Diese Leistungen müssen auf Dauer von der Gesellschaft anerkannt und entsprechend des Aufwandes und der erbrachten Leistungen auch finanziell unterstützt werden.

— Der ländliche Raum hat über die Wohnfunktion für die dort lebende Bevölkerung hinaus eine besondere sozio-kulturelle Funktion im Rahmen der Gesellschaft. Keine Verstädterung der Bevölkerung, d.h. Reichtum und Vielfalt der Menschheitskultur zu erhalten (Wohn- und Lebensweise, Architektur, Dorfgestaltung, Traditionen, Pflege des Brauchtums, kulturelle Eigenaktivität, dorftypische Kommunikation). Das Dorf soll auch Gebender bleiben!

— Im ländlichen Raum sind auch funktionsfähige Infrastrukturen zu schaffen; d.h. bürgernahe Versorgung mit Verwaltungs- und medizinischen Leistungen, Handelseinrichtungen, Kindergärten usw. Das ist nicht dem freien Wirken der Marktkräfte zu überlassen, sonst deutliche Verschlechterung der Lebensbedingungen der Landbevölkerung unter das in der DDR erreichte Niveau.

Das ist wiederum Voraussetzung für eine „Verkehrspolitik der kurzen Wege“: a) Verkehrsvermeidung; b) Verminderung des Individualverkehrs. Keine weiteren Einschränkungen und Verteuerung des örtlichen Personen- und Nahverkehrs!

— Schließlich tritt die PDS für die Demokratisierung aller Lebensbereiche im ländlichen Raum ein; insbesondere für die reale Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung der Landgemeinden. Das heißt u.a. Bürgernähe der Verwaltungen und Abgeordneten sichern; parteienübergreifendes Handeln sichern. Da Kommunen in den strukturschwachen Gebieten ungenügend finanziell ausgestattet sind und z.T. sogar hoch verschuldet sind, ist auch eine Reform der Kommunalfinanzen und der Steuerpolitik unerlässlich; z.B.

- Erhöhung der Gemeindefinnahmen durch Beteiligung an der Umsatzsteuer;
- Entlastung der Kommunen durch die Übernahme eines Teils der Soziallasten durch den Bund;
- Entbürokratisierung der Vergabe von Fördermitteln; Verringerung des Anteils zweckgebundener Mittel;
- Schutz und gezielte Erweiterung des kommunalen Eigentums, insbesondere an Grund und Boden.



Karikatur aus: „Gentechnologie — Gedeih oder Verderb“, 40seitige Broschüre mit 12 Beiträgen und Literaturtips des BUND, Im Rheingarten 7, Bonn, 4 DM.

Linke Winterschule 1994/95

Aus der AG Geschichte:
Berichte und Ergebnisse

Die Entwicklung des Faschismus in den 20er und 30er Jahren in Europa und die dazugehörigen Analysen, aber auch die aktuelle Entwicklung neofaschistischer Politik in der Bundesrepublik war das Thema der Arbeitsgruppe. Die Arbeitsgruppe war wieder gut besucht, der feste Teilnehmerkreis wird größer, immer wieder kommen neue Leute dazu, die sich immer nur für ein bestimmtes Thema interessieren.

Die drei folgenden Berichte geben nur einen Teil der Diskussion wieder, zeigen aber auch die Problemfelder deutlich auf.

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ging es darum, Anhaltspunkte zu finden, welche Fehler im antifaschistischen Widerstand in der Geschichte gemacht wurden, um die Kritik an neofaschistischer Entwicklung heute besser führen zu können.

Daß die Erarbeitung der Texte und die Diskussion nur einen kleinen Einblick und ein paar Konsequenzen erbringen wird, war allen klar. Daß Faschismus in jedem Land tatsächlich völlig anders aussieht bzw. sich entwickelt, wurde in den vier Tagen im Januar in Schnepfenthal deutlich. Und die Diskussion erbrachte auch das neue Thema, mit dem wir uns befassen wollen. „Preußen“ ist ein Thema, das die Rechten gerade versuchen zu besetzen.

Damit wollen wir uns das nächste Mal befassen: historisch und aktuell.

Erwähnt werden muß, daß Manfred Weißbecker seine Arbeiten über ein neues Buch über Hitler der Arbeitsgruppe vorstellte. Das Buch wird jetzt bald erscheinen.

Auf einer Abend-Veranstaltung berichtete eine kompetente Referentin von Rifondazione Comunista über die aktuelle faschistische Entwicklung in Italien.

(Jörg Detjen)

Rechtskonservatismus
und Neofaschismus

Ludwig Elm, Bundestagsabgeordneter der PDS aus Thüringen, referierte am ersten Tag zum Thema „Rechtskonservatismus und Neofaschismus“. Ludwig Elm hatte bereits in den 60er Jahren in der DDR zu diesem Thema gearbeitet, zu einem Zeitpunkt, wo — zumindestens im Westen — wenig Interesse daran bestand. Er arbeitet noch heute intensiv an diesem Thema, mehr unter historischem Bezug. Ludwig Elm referierte in Schnepfenthal aber auch über die aktuellen Aufgaben im Zusammenhang mit den Vorbereitungen des 50. Jahrestag der Befreiung, dem 8. Mai 1995.

In diesem Zusammenhang veröffentlichte er auch in der Broschüre der PDS-Bundestagsfraktion den Aufsatz: „Das Unbehagen der Konservativen“.

Der Konservatismus ist die älteste der rechten politischen Theorien. Später, im zwanzigsten Jahrhundert, wurde dann der Faschismus eine Herrschaftstheorie. Der Konservatismus knüpft an den Absolutismus an bzw. an die Herrschaft des Adels und endete mit dessen Herrschaft. Der Konservatismus wurde dann unter dem Stichwort „Bewahrung“ der alten Werte, wie Kaltenbrunner es einmal nannte, fortgeführt. Der Konservatismus tritt ein für soziale Ungleichheit und wendet sich gegen die Gleichheit.

Der Konservatismus tritt gegen Arbeiterrechte und gegen demokratische Massenbewegungen ein, schafft Feindbilder und versucht, die Errungenschaften der bürgerlichen Revolution von 1789 zu negieren bzw. zu hintertreiben. Der Konservatismus spielte in politischen und wirtschaftlichen Krisen eine entscheidende Rolle, die alten Herrschaftsstrukturen zu bewahren.

Carl Schmitt war einer der wichtigsten Denker des Konservatismus. In den letzten Jahrzehnten bildeten sich immer wieder neue Strömungen des Konservatismus, z.B. die Jungkonservativen, zur Erneuerung des Konservatismus. Eine Besonderheit des deutschen Konservatismus ist der Geschichtsrevisionismus.

Nach dem II. Weltkrieg erlitt der Konservatismus eine schwere Niederlage. Deutlichster Ausdruck dafür war die Wahlniederlage von Churchill in Eng-



land. Gleichzeitig gab es einen Aufschwung der linken, sozialistischen Politik, die Anfang der 50er Jahre dazu führte, daß sich die CDU zu diesem Zeitpunkt nicht als „konservativ“ bezeichnete bzw. nicht bezeichnen wollte. Das änderte sich schnell, nachdem Adenauer die „Deutsche Partei“, die dem Grundgesetz mit rechten Begründungen ihre Zustimmung verweigerte, in die Regierung aufnahm. All dies führte zu einer Radikalisierung der Konservativen.

In den folgenden Jahren wurde die konservative Revolution wiederbelebt, der Antiliberalismus forciert, das Soldatentum gefördert und die Remilitarisierung durchgesetzt.

Diskussion

Der Konservatismus erneuert sich immer wieder, deshalb ist er so gefährlich. Z.B. nimmt die Kirche in Frankreich nach der Revolution von 1789 revolutionäre Strömungen auf, um sie für eine Erneuerung ihrer Herrschaft einzusetzen. Es wird zu einer Herrschaftsmethode, konservative Bewegungen bzw. Inhalte aufzufangen und in die Herrschaftsstruktur einzubauen. Elm meinte, man müsse zwischen Wert- und Strukturkonservatismus unterscheiden. Bei Erhard Eppler sind diese Begriffe schillernd. Konservative Positionen z.B. bei den Sozialdemokraten oder den Grünen geben den Konservativen immer wieder ein Forum.

Ludwig Elm warf die Frage auf, wo der Unterschied zwischen Konservativen und Faschisten liege. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die Zeitschrift *Mut*, die einmal eine offene neofaschistische Zeitschrift war. Sie hätte sich aber zu einer konservativen Zeitung entwickelt. Der wesensmäßige Unterschied von Konservatismus zu Faschismus sei der Übergang zu offener Barbarei (Terror als Mittel, Tötung als Mittel).

Dagegen wurde eingewandt, daß dies als Kriterium nicht ausreiche. Die Politik der BRD gegenüber den Kurden sei auch offene Barbarei, wenn der Türkei Waffen geliefert werden und die Ausrottung der Kurden als Volk mitbetrieben werde.

„Barbarei“ als entscheidendes Kriterium sei auch insofern schwer anwendbar, weil die Mittel der „Barbarei“ sich verändert haben und viel „feiner“, zumeist aber viel durchschlagender funktionieren würden. — Ein Teilnehmer meinte, daß die Frage der Nation auch ein wichtiges Kriterium bei der Unterscheidung zwischen Konservativen und offenen Faschisten spielen würde.

Ludwig Elm betonte abschließend, daß der Begriff „Rechtsextremismus“ viel weiter gefaßt werden müsse, als dies z.B. die staatlichen Behörden tun. — Die Auseinandersetzung um den 8. Mai und die Herausbildung eines rechten Bündnisses um Dregger u.a. zeigt eigentlich, wie aktuell diese These jetzt und heute ist.

Jörg Detjen

Zum analytischen Workshop
„Junge Freiheit“

Es wurde eine zufällige Ausgabe dieses neuen Zentralorgans der Rechten zum Gegenstand kritischer Analyse gewählt (Nr. 52-53/94). Daraus wurden drei Artikel ausgewählt:

— Rolf Schlierer: Hoffnungsträger oder Konkursverwalter,

— Der Realo von Rechts,

— „Wenn in Brüssel die Kassen klingeln“,

— „Der unwirkliche Tod des Staates Preußen“.

Die Debatte entbrannte schnell an der Frage, wie diese Texte zu lesen seien. Auf der einen Seite stan-

den Versuche, in ihnen vor allem offene oder verdeckte Aufnahmen/Neuaufnahmen oder Wiederholungen traditioneller nationalsozialistischer Politik und Ideologie zu suchen und die Anpassung an die veröffentlichte Meinung und die geltenden politischen Normen der Bundesrepublik Deutschland nur als Tarnung oder Verbrämung zu behandeln. In der gleichen Tradition lesen sich die zahlreichen Kritiken an den heutigen Zuständen der BRD als Demagogie.

Dagegen wurde vom Autor versucht, eine andere Lesart zu entwickeln, die Neo ernst nimmt und bewußt die Veränderungen sucht. Das, was für andere Demagogie ist, wird in dieser Lesart als Doppelstrategie verstanden: zum einen als Versuch, vorhandenes Protest- und Konfliktpotential der Gesellschaft für die Mobilisierung politisch relevanter Kräfte für eine neofaschistische Politik zu nutzen. Und zum anderen als Bestreben, eine systemstabilisierende Modernisierung durchzuführen und systembedrohende Konflikte stillzulegen.

Nach dieser Lesart ist die Absage an die politische Kultur der Republikaner, die an die Bürgerbräusene vor 1933 anknüpfte, sehr ernst zu nehmen. Der vorgezeichnete Weg, über eine sachbezogene Kommunal- und Landespolitik im Bürgerinteresse den Status einer demokratisch legitimierten, „normalen“ Partei zu erreichen, verfolgt mehrere Ziele:

1. Den Repressionsdruck von der Bewegung zu nehmen und der Ausgrenzung aus der Öffentlichkeit entgültig den Garaus zu machen.

2. Das bisher zwischen der „Straße“ und den Parlamenten ablaufende Wechselspiel zwischen der rechten Mitte und der extremen Rechten in die Parlamente zu verlagern und von dem Odium des „Extremismus“, der „Verfassungsfeindlichkeit“, des „Neofaschismus“ zu befreien.

3. Eine solche rechte Koalition in den Parlamenten zu ermöglichen, wie sie in Thüringen, Niedersachsen und schließlich im ganzen Reich den parlamentarischen Weg des Faschismus zur Macht ermöglicht hat. Wobei diesmal die Hegemonie bei den rechten Konservativen liegen würde.

4. Die von den beiden großen Volksparteien längst aufgegebenen, aber auch bei den Grünen auf dem Wege zur Macht immer stärker preisgegebene Basisarbeit zu Sachfragen im Bürgerinteresse nicht der PDS zu überlassen.

5. Auch bei einer befürchteten Radikalisierung der sozialen, politischen und kulturellen Unzufriedenheit eine rechte Hegemonie zu ermöglichen. Gerade weil diese funktionalen Absichten so gewichtig sind, wäre es gefährlich, nur von einem parlamentarischen Mäntelchen zu sprechen. Zumal eine solche Ausrichtung die übliche Gleichsetzung von linkem und rechtem Extremismus augenscheinlich unterstützen würde. Gefährliche alternativlose Situationen wie etwa beim Berliner BVG-Streik 1932 sind damit vorprogrammiert: Die PDS soll gezwungen werden, entweder ihren sozialen Protest abzuschwächen oder aber sich als Kollaborateur mit der extremen Rechten selbst zu denunzieren.

Auch der kritische Beitrag zur Europapolitik wurde in einer solchen Lesart nicht einfach als bekannter Chauvinismus, der sich der Fessel von Maasricht entledigen will, gelesen. Die Kritik fängt einmal den generellen Unmut über die wachsende Bürokratie auf. Gewichtiger aber ist der Vorstoß zu einer offenen hegemonialen Politik: Die in Maasricht konstruierte Subsidiarität für schwache Regionen, der Versuch, eine gewisse Proportionalität sozialökonomischer Entwicklung zu halten, wird nicht einfach aus deutschem Großmachtstreben aufgekündigt, sondern aus einer wohlbegründeten Furcht vor dem Zusammenbruch mit Subventionen überlasteter Staatshaushalte. Wenn die Zahlen in dem Artikel richtig sind, so erreicht die BRD in diesem Jahr einen Anteil der Subventionen am Staatshaushalt, der dem der DDR zu Beginn der Honecker-Ära entspricht. Schon ein Wachstum dieses Anteils um die Hälfte könnte ähnlich ruinöse Folgen haben wie in der DDR. Bei dem Vorstoß der *Jungen Freiheit* wird offenbar davon ausgegangen, daß die bereits erreichte Marginalisierung der deutschen Landwirtschaft die Gefahren einer solchen vorgeschlagenen neuen Europa-Politik weniger brisant macht als die Fortsetzung der Subventionspolitik.

Auch in dem von der *Jungen Freiheit* groß aufgemachten neuen Identitätsmuster Preußen wurde mehr und anderes als reine Rückkehr zum Geist von Potsdam (Handschlag Hindenburgs und Hitlers) gesehen. Vielmehr wird ein scheinbar nicht vorbelasteter Identifikationskern gesucht, der gleich in

mehrere Richtungen vorstößt: Gegen den weiterhin kritisierten Staat als Selbstbedienungsladen der politischen Klasse wird ein dienstleistender Staat der Ordnung, Sparsamkeit, Effizienz gesetzt. Dabei werden diese allgemeinen Anforderungen an einen neuen Staat gekoppelt an ein anderes Selbstverständnis der Staatsbürger: An die Stelle der Bürgerrechte werden Gehorsam und Dienst am Staat zu den tragenden Säulen dieses Bildes vom neuen Staatsbürger. Dem Gesellschaftsvertrag der freien Bürger wird ein Gesellschaftsvertrag gegenseitiger Dienste bei eindeutiger Zentralstellung des starken, zentralisierten Staates entgegengestellt. Den Zweifeln am Grundkonsens der Bundesrepublik in weiten Kreisen wird mit einer vorausseilenden Aufkündigung dieses Konsens durch die neue, „noble Rechte“ begegnet.

Aus solchen Lesarten wird die Notwendigkeit für die Linke zwingend, eine eigene Modernisierungskonzeption der Gesellschaft zu entwickeln, weil sonst die Führung der Gesellschaft dauerhaft an die Rechte übergeht. Mit einem einfachen Anti-Faschismus ist da wenig auszurichten. Der Linken wird ein neuer Scheinkampf aufgezwungen: gegen die Rückkehr des alten Faschismus, während wie einst im Faschismus die Bourgeoisie in den Modernisierungskämpfen schwer wieder aufzuholende Vorsprünge erreicht.

Dieter Strützel

Diskussion über historische Texte zum Antifaschismus

Text von Klara Zetkin:

Der Begriff des Faschismus kommt aus Italien. Gemeint ist nicht mehr, daß kleine konterrevolutionäre Gruppen quasi Rache üben für die Revolution, sondern daß Massen mobilisiert werden zum Gegenangriff. Der Faschismus geht in die Offensive. Insofern spricht Z. vom deutschen Faschismus.

Z. macht hier frühzeitig allgemeingültige Aussagen, die aber nicht endgültig festlegend sind:

Die Massen werden als Subjekt genommen, alle Parteien, also auch die Kommunisten, werden daran gemessen; noch 1 Jahr vorher hatte Z. geklagt, die Massen erfüllten ihre Pflicht zur Revolution nicht. Noch einmal: Z. denkt von den Massen her und nicht vom Geschichtsbild. Wie wir schon in der Diskussion über Konservatismus und Faschismus festgestellt hatten, wird der Terror als wichtiges Unterscheidungsmerkmal betrachtet.

Z. spricht von 2 Wurzeln des Faschismus:

Die Auflösung der kapitalistischen Wirtschaft, also die Wirtschaftskrise, auf der einen Seite und der „schleppende Gang“ der Weltrevolution. Für letzteres wird als Grund angegeben der Verrat der reformistischen Führer der Arbeiterbewegung.

Z. übt scharfe Kritik an der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokraten waren ja in den Räten vertreten und haben auf Arbeiter geschossen: Wir machten den Unterschied zwischen der Basis der SPD und den Regierungsvertretern. Die SPD hat durch das Versprechen, die Revolution sei auf reformistischem Wege möglich, die Massen zunächst von der Revolution abgehalten, sie dann aber enttäuscht. In der Diskussion wurde festgehalten, daß wir die SPD an ihren eigenen Ansprüchen messen müssen. Befremdlich gefunden wurde, daß Z. an einer Stelle spricht von der „erlösenden Botschaft“.

Zwei Zitate aus unserer Diskussion: „Z. erlaubt es den Massen noch, sich theoriemäßig zu verhalten, das ist später nicht mehr möglich.“

Und: „Den Rosenkranz des Verrats zu beten, lohnt nicht.“ Wir sollten (wie auch Rosa Luxemburg) die Entscheidungskompetenz der Massen anerkennen. Die Frage ist also, worauf die Akzeptanz der SPD beruht. Gleichzeitig ist zu fragen, worin die Fehler der KP bestanden.

Ein Beispiel: Die KI hat den Aufstand in Mitteldeutschland gebremst mit der Feststellung, es sei „Abenteurertum“. Daraufhin seien die Besten wegelaufen. Z. kritisiert also, daß es Direktiven von Moskau aus gab anstatt der konkreten Analyse.

Z. macht auch Aussagen zur Intelligenz, sie wird als selbständige Schicht betrachtet. Wohin sie sich wendet, das ist auch und gerade eine ideologische, politische Frage. ...

Text von August Thalheimer.

Th. nimmt die Feststellungen von Marx über den 18. Brumaire des Louis Bonaparte als Grundlage seiner Analyse, die nicht fälscherweise festlegt auf konkrete Situationen in konkreten Ländern. Was ist Bonapartismus?

Bonaparte übernahm 1851 in Frankreich die Macht im latenten Bürgerkrieg (nachdem 1848 die Arbeiter niedergeworfen worden waren). Die Nationalversammlung wurde beiseitegeschoben, die Republik also beseitigt, ohne zur Monarchie zurückzukehren. Auf wen stützte sich Bonaparte? Auf die Verarmten, es war eine neue Organisation neben der Armee entstanden, die Prätorianergarde. Die Bourgeoisie herrschte weiterhin als Klasse, die politische Macht übte Bonaparte aus.

Allgemein ist festzuhalten, daß die Bourgeoisie noch nicht oder nicht mehr die Herrschaft ausüben kann.

Th. nimmt diese beispielhafte Analyse als Grundlage für seine Analyse 1928. Während die Klassenanalyse die materielle Lage beschreibt, urteilt die politische Analyse über die Handlungsfähigkeit. Für den Faschismus heißt das: Die Bourgeoisie gibt die politische Macht aus der Hand angesichts der drohenden Revolution. Revolution ist aber nicht eng zu verstehen als Machtergreifung, gemeint ist damit schon Aufruhr und Widerstand angesichts der Krise. Die Prätorianergarde der Faschisten ist die SA.

Marx hatte in seinem Text bereits festgestellt, daß das Proletariat sich nicht selbst vertreten konnte (auch nicht die Bauernschaft), es mußte jemand kommen, der „das macht für sie“, der „gute Landesvater“. Hier liegt ein wichtiger Hinweis für uns: Die Menschen, die unfähig sind, sich selber zu vertreten, müssen dazu in die Lage versetzt werden. Eine demokratische Gesellschaft ist nur mit mündigen Menschen möglich, das gilt dann erst recht für den Sozialismus.

Konkrete Analyse heute heißt z. B. festzustellen:

Wer sind die Mitglieder der entsprechenden Partei bzw. Bewegung?

Was können wir bieten gegen die Angebote der Rechten?

Der Hitlerfaschismus ist nicht einfach eingesetzt worden von der Bourgeoisie, er hatte zweifellos „Millionen hinter sich“, womit Menschen gemeint sind und nicht nur Millionen von Mark von der Industrie. Es wird eine Menge von Versprechungen gemacht, die nicht einfach demagogisch gemeint sind, sondern zunächst eingehalten werden — später gibt es sehr wohl Enttäuschung, da sitzt aber der Faschismus fest im Sattel. Im Machtapparat kommt eine Menge von gescheiterten Existenzen unter, Juristen z. B., die in der Weimarer Republik nicht eingestellt worden waren, bekommen jetzt eine Stellung. Die Arbeitslosigkeit geht deutlich zurück u.s.w.

Auch heute gibt es Massenarbeitslosigkeit = wir sollten gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten fordern für die, die als Arbeitslose nutzlos sind bzw. sich so verkommen.

Die Mobilisierung für den Krieg verläuft heute anders als damals — Soldaten, die „ihren Job machen wollen“ werden angesprochen.

Faschisten stützen sich nicht einfach auf Deklassierte, sondern durchaus auch auf Privilegierte — Arbeitsplatzinhaber sind privilegiert gegenüber Arbeitslosen. Das schon vorhandene Heer privater Wachdienstler neigt natürlich dazu, seine Tätigkeiten auszuweiten — Verunsicherungskampagnen knüpfen hier an. Ängste vor Veränderungen werden mobilisiert, ausgenutzt z. B. auch in der Kampagne „Standort Deutschland“.

Text von Alfred Kurella

Die Schrift „Kennst du das Land ...?“ ist eine authentische Sozialberichterstattung über das Italien von 1931. K. stammt aus der bündischen Jugend, deren Mitglieder die verschiedensten Wege gingen. K. hatte sich der VKP in Niedersachsen angeschlossen und war zum KI-Kongreß getrampt. Er wurde der 1. erste Vorsitzende des Komsomol, persönlicher Sekretär Dimitroffs und nahm teil am Lutetia-Kreis, einem Versuch, im gleichnamigen Hotel in Paris eine Einheitsfront gegen den Faschismus zu schaffen. (Das scheiterte u. a. daran, daß die Sozialdemokraten wegen der Moskauer Prozesse die Verhandlungen verließen.) Kurellas Bruder wurde hingerichtet, weil er als Bucharin-Anhänger beschuldigt wurde. K. hatte sich nach Georgien zurückgezogen. Im 2. Weltkrieg arbeitete er in der Auslandsabteilung der Roten Armee, wo er durch die Analyse abgefangener Feldpostbriefe einen guten Einblick in die Stimmungslage in Deutschland bzw. unter den Soldaten bekam. Nach 1945 war er zunächst wieder verfeimt. Ein Diskussionssteilnehmer hat ihn 1956 in Leipzig „live“ erlebt, er hatte ein „faszinierendes Erlebnis eines gebildeten Kommunisten“.

huf

Linke Schule Schnepfenthal

Ankündigung der Sommerkurse

Zum 7. Mal lädt die Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie — Soziale Befreiung bei der PDS Thüringen zur Linken (Sommer-)Schule Schnepfenthal ein.

Die Schule beginnt am 27. Juli (Donnerstag), um 13.00 Uhr (Mittagessen vorher möglich) und endet am 30. Juli mittags (Sonntag).

Die Schule findet wie bisher statt im Hotel Hermannstein, 99880 Schnepfenthal (Waltershausen, Thüringen), Tel. (03622)2917. Die Unterbringung erfolgt in Zwei- oder Dreibettzimmern. Die Kosten für Vollpension betragen pro Tag DM 52,— (minus DM 5,— im Dreibett- und plus 10,— DM im Einzelzimmer).

Der Ort ist zu erreichen: Mit dem Auto von der A4 die Abfahrt Waltershausen nehmen und etwa 6 km in Richtung Friedrichroda fahren; in Schnepfenthal nach der Bahnschranke Hinweisschilder beachten. „Hermannstein“ ist gut ausgemerkt. Mit der Bahn: Entweder umsteigen in Fröttstädt (liegt auf der Strecke Eisenach — Gotha) in den Zug in Richtung Friedrichroda; Schnepfenthal hat einen eigenen Bahnhof! Oder umsteigen in Gotha und die Thüringerwaldbahn benutzen. Vom Bahnhof Schnepfenthal sind dann noch etwa 900 m zu laufen.

Anmeldung:

Für Teilnehmende aus dem Westen (bitte nur noch schriftlich) bei: GNN-Verlag Hamburg, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax 040/3898331.

Für Teilnehmende aus dem Osten bei: Dieter Strützel, Otto-Worms-Str. 19, 07549 Gera, Tel. 0365/7101988.

Arbeitsvorhaben der AG Philosophie

Die Planung für den Sommerkurs ist das Ergebnis der Diskussion mehrerer Probleme.

Erstens wurden wir im Zuge der Beschäftigung mit Vertretern der Postmoderne im letzten Sommer, und, darauf folgend, der Auseinandersetzung mit Schriften Nietzsches, auf die enorme weiterwirkende Kraft der großen Kultur- und Denktraditionen gestoßen.

Daraus ergab sich ein wachsendes Interesse, einen Blick auf die Herkunft des modernen Denkens zu werfen.

Zweitens hatten wir immer wieder besprochen, wie vermieden werden kann, daß die Auseinandersetzung mit philosophischen Fragen in unserer AG immer spezieller und schwerer zugänglich wird, und wie ein Einstiegskurs in Sachen Philosophie aussehen könnte; es spricht viel dafür, sich beim Lernen an der geschichtlichen Entwicklung zu orientieren, d.h. vorne anzufangen.

Drittens hat sich in unseren bisherigen Kursen gezeigt, daß zur Auseinandersetzung mit Quellentexten der Philosophie auch Kenntnisse der geschichtlichen Bedingungen gehören, die keineswegs einfach vorausgesetzt werden dürfen.

Viertens gab es bei der letzten Schule eine Meinungsverschiedenheit, wie eine Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus angegangen werden könnte.

Vor diesem Hintergrund wollen wir im Sommer folgendes unternehmen:

1. Wir werden anhand von Auszügen aus klassischen Texten von Aristoteles (Nikomachische Ethik), Platon (Politeia) und Cicero (Über das rechte Handeln) diskutieren können, wie sich die Begriffswelten der Person, des Gemeinwesens und des Rechts in der vorchristlichen Zeit bilden.

Dazu wollen wir versuchen, durch die Augen eines der römischen Geschichtsschreiber einen Blick auf das politische und gesellschaftliche Leben der Zeit zu werfen (Text ist noch unklar).

Außerdem werden wir versuchen, der Bedeutung, die der bewußte Rückgriff auf diese Denktradition in der frühbürgerlichen Zeit hatte, am Beispiel eines Textes von Machiavelli nachzugehen.

Die Texte werden wie immer fotokopiert vorliegen. Erreichbares Kursziel ist eine Einführung in die Lektüre dieser — insgesamt ziemlich umfangrei-

chen — Werke, so daß für interessierte Teilnehmende auch eine eigenständige Weiterbeschäftigung möglich wird.

2. Zur Fortführung der Auseinandersetzung mit den großen Traditionen könnten wir uns dann im Sommer mit Texten aus den Entstehungsphasen des Judentums, des Christentums und des Islams, vor allem unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Staat und Religion, von weltlicher und geistlicher Gewalt; damit wäre auch die Möglichkeit gegeben, etwas zur geschichtlichen Entwicklung und Herkunft des Antisemitismus zu erarbeiten. — Ob es so ähnlich weitergeht oder ganz anders, auch darüber muß im Sommer gesprochen werden.

Bericht über die vorbereitenden Diskussionen:
Martin Fochler, Christiane Schneider

AG Geschichte Literatur für die Arbeitsgruppe Geschichte — Thema Preußen

Zur Vorbereitung haben Mitglieder der Arbeitsgruppe verschiedene Bücher gelesen und schlagen die genannten Kapitel zur Lektüre vor.

Wir schicken Euch auf Wunsch Kopien der jeweiligen Kapitel nach Eurer Anmeldung für die Sommer-Schule zu.

1. Ernst Engelberg
Bismarck — Das Reich in der Mitte Europas
Akademie-Verlag, Berlin, 1990.

Diese Biographie betrachtet den Zeitraum von 1871 (Reichsgründung und Niederschlagung der Pariser Kommune) bis zum Jahr 1898, dem Todesjahr Bismarcks.

Auf insgesamt 650 Seiten werden sehr detailliert die innen- und außenpolitischen Vorgänge aus diesen Jahren wiedergegeben und bewertet.

Mir ist das Lesen anfangs schwergefallen, weil mir manche Grobkenntnisse gefehlt haben. Ich hatte Probleme, einzelne Ereignisse in einen Zusammenhang der politischen Abläufe einzuordnen.

Das soll nicht als Kritik an Engelbergs Werk verstanden werden, das eine Bismarck-Biographie sein will, sondern als Problem für unsere Arbeitsgruppe.

Eine Lösung wäre, ergänzend zu den unten angeführten Ausschnitten aus Engelbergs Buch weitere

Schriften vielleicht auch von Zeitgenossen Bismarcks wie Marx, Engels, Bebel etc. heranzuziehen.

Um einen Eindruck zu bekommen von der Biographie, schlage ich vor, folgende Abschnitte zu lesen:

- Einleitung, Seite 1-7
- Friedensschlüsse und Pariser Kommune, Seite 9-34
- Lassalleaner und Marx-Anhänger vereint gegen Bismarck, 209-223
- Sozialistengesetz und Schutzvollgesetz, 297-309
- Vertanes Erbe, 641-649

Vorbereitung: H. Beyerlein

2. Ingrid Mittenzwei
Friedrich II. von Preußen — eine Biographie. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin, 1990.
— Das Jahr 1940, Seite 37-49
— Die Eroberung Schlesiens, Seite 54-59
— Das „Politische Testament“ von 1752, Seite 101-103
— Krisenjahre in Preußen, Seite 142-191
— Das Ende Friedrichs und des aufgeklärten Absolutismus, Seite 201-207

Vorbereitung: D. Strützel

3. Friedrich Schlotterbeck
Im Rosengarten von Sanssouci. Halle, Mitteldeutscher Verlag, 1968
— Portrait eines Königs, Seite 61-87
— Der Müller von Sanssouci, Seite 166-192

Vorbereitung: D. Strützel

4. Franz Mehring
Die Lessinglegende
— Der brandenburgisch-preußische Staat, Seite 80-111
— Friedrichs aufgeklärter Despotismus, Seite 112-153

Vorbereitung: R. Steffens

5. Heinz Knobloch
Herr Mendelsohn in Berlin
R. Steffens

Vorbereitung: J. Detjen

Themen der AG Wirtschaft

Folgende Themen sind in Vorbereitung:

- Wirtschaftspolitik — parlamentarische Vorhaben der PDS-Landtagsfraktion Thüringen; wirtschaftspolitische Vorhaben der PDS-Bundestagsgruppe (Donnerstag)
- Umbruch der gesellschaftlichen Betriebsweise, Zwischenbilanz Lean-production; gewerkschaftliche Strategiediskussion, Arbeit 2000, moderne Tarifpolitik (dazu Berichte aus der Diskussion der Einzelgewerkschaften) (Freitag)
- Exkursion in den ländlichen Raum (Samstag)
- Wohnungsbau / Genossenschaftswesen (Sonntag)

AG Europastrategien

Am Samstag nachmittag findet eine Tagung der Arbeitsgruppe Europastrategien der BWK-Bundeskongferenz statt, die sich mit der wirtschaftlichen Dimension der europäischen Einigung befaßt. Dabei werden u. a. die Assoziationsabkommen mit den osteuropäischen Staaten untersucht.

Die AG Wirtschaft und die AG Geschichte werden am Samstag nachmittag nicht tagen, damit die Teilnehmer und Teilnehmerinnen dieser AGs an der europapolitischen Diskussion teilnehmen können. Weitere Interessierte werden um Anmeldung gebeten.

(Aufgrund schlechter Erfahrung weisen wir darauf hin, daß die Kosten für die Unterbringung nach der Anmeldung auf jeden Fall bezahlt werden müssen, auch wenn die Teilnahme verhindert ist!)

Thema Diskussionsabend

Für die traditionelle gemeinsame Diskussionsveranstaltung am Freitag, den 28.7., ist das Thema *PDS: Sozialistische Partei in ganz Deutschland* im Lichte der Erfahrungen der Bremer Bürgerschafts- und der NRW-Landtagswahlen sowie der Tarifkämpfe 1995 vorgesehen.

Anzeigen

Antifaschistische Nachrichten

Alle zwei Wochen . . .

- Nachrichten, Berichte und Dokumente über antifaschistische Aktionen
- Meldungen und Hintergrundinformationen über faschistische Organisationen
- regelmäßige Beobachtung der faschistischen Presse
- Informationen zur Asyl- und Ausländerpolitik, zu Revanchismus und Militarismus

Halbjahres-Abo 36,40 DM,
Jahres-Abo 72,80 DM incl. Porto.
Schülerabo 54,- DM

Bestelladresse: GNN-Verlag,
Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.
Tel.: (02 21) 21 16 58,
Fax: (02 21) 21 53 73

Der Rundbrief erscheint seit 1990. Er wird im Rahmen von „Konkrete Demokratie — Soziale Befreiung — Arbeitsgemeinschaft bei der PDS“ zusammengestellt.

Herausgeberkreis und Redaktion:

Eva Bulling-Schröter, Ingolstadt;
Sabine Fache, Altenburg;
Martin Fochler, München;
Christiane Schneider, Hamburg;
Dieter Strützel, Gera.

Redaktionsanschrift:

GNN Hamburg, Palmallee 24, 22767 Hamburg
Telefon: 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 38 98 331
Verantwortlich: Christiane Schneider.

Seit Sommer 1994 erscheint der Rundbrief als Beilage zu den „Politischen Berichten“. Vorgesehen sind drei Ausgaben pro Jahr. Für Bezieherinnen und Bezieher der „Politischen Berichte“ ist die Lieferung im Abopreis inbegriffen.

Weiterhin möglich bleibt die Bestellung der Ausgaben des Rundbriefs, gegen 10 DM pro Jahr. Bestellungen bitte richten an:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.

Spenden für die Herstellung und Verbreitung des Rundbriefes erbitten wir auf das Konto des GNN-Verlags in Köln: Postbank Köln, Konto Nr. 104 19-507, BLZ 370 100 50, Stichwort: ARGE-Rundbrief.



Neuerscheinung:

Maxi Wartelsteiner, *Rückkehr unerwünscht.* Schwul-Sein und das ewig gesunde Volksempfinden.

Die Biografie eines Schwulen in der DDR, der die KZ-Haft als „Rosa-Winkel-Häftling“ überlebte.

ISBN 3-929994-29-1, 19,80 DM.

Erhältlich in jeder guten Buchhandlung oder direkt bei:

GNN-Buchversand, Badeweg 1,
04435 Schkeuditz, Telefon 03 42 04 / 657 11,
Fax: 03 42 04 / 658 93.

Thesen zur Diskussion

Deutschland fünf Jahre vor der Jahrtausendwende — Zur Strategie der PDS in den nächsten Jahren

Das Unrecht geht heute einher
mit sicherem Schritt.
Die Unterdrücker richten sich ein
auf zehntausend Jahre.
Die Gewalt versichert: So wie es ist, bleibt es.
Keine Stimme ertönt außer der
Stimme der Herrschenden.
Und auf den Märkten sagt die
Ausbeutung laut: Jetzt beginne ich erst.
Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt:
Was wir wollen, geht niemals.
Wer noch lebt, sage nicht:
Niemand! Das Sichere ist nicht sicher.
So, wie es ist, bleibt es nicht.
Bertolt Brecht

Auf seiner ersten Tagung hat der 4. Parteitag den Bundesvorstand beauftragt, den Meinungsaustausch zu den von ihm vorgelegten „10 Thesen“ zu befördern, Alternativpositionen, Änderungsanträge und weitere Stellungnahmen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

In diesem Sinne stellen wir, vom Parteiprogramm ausgehend, die nachstehenden Überlegungen zur Diskussion. Gerade in der gegenwärtig nicht einfachen innerparteilichen Situation halten wir das für besonders wichtig. Wir gehen davon aus, daß unsere Gedanken im Geist der Toleranz, der Solidarität, Transparenz, Ehrlichkeit und Vielfalt aufgenommen werden.

I. Der gewöhnliche Kapitalismus in Deutschland

1. Fünf Jahre nach dem Anschluß der DDR an die BRD zeichnen sich die Konturen der in ganz Deutschland errichteten sozialen Ordnung immer schärfer ab.

Selbst ein längerfristiges Wirtschaftswachstum könnte die sozialen Probleme — vor allem die Geißel der Massenarbeitslosigkeit — nicht mehr kompensieren. Struktur- und Konjunkturkrisen verschärfen diese Widersprüche. Die Innovationskraft der Wirtschaft vermindert sich. Finanzanlagen und Währungsspekulationen machen als günstigere Kapitalverwertungsmöglichkeiten die Wirtschaft immer anfälliger für Finanz- und Währungskrisen.

Die ökologischen Belastungen verstärken sich; ihre Folgen werden zunehmend irreparabel. Das große Kapital unternimmt keine ernsthaften Schritte zu ihrem Abbau. Weder Klimagipfel noch die Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag brachten erkennbare Fortschritte.

2. Die deutsche Großbourgeoisie, die seit langem die Politik des sozialen Kompromisses und der Milderung sozialer Konflikte zu den Akten gelegt hat, konnte seit dem Anschluß der DDR ihre neokonservative Deregulierungspolitik ungehindert und wesentlich verschärft realisieren. Mit noch größerem Nachdruck und Tempo wird ein Kurs sozialer Konfrontation und des unerbittlichen Sozialabbaus verfolgt.

Unmittelbar nach den Bundestagswahlen vom Oktober 1994 präsentierte die deutsche Großbourgeoisie ihr Forderungsprogramm.

Es findet seinen konzentriertesten Ausdruck in der Debatte zum „Standort Deutschland“, in den im Murmann-Papier fixierten Forderungen der Arbeitgeberverbände, in der These vom „schlanken Staat“ und besonders spürbar in der faktischen Freigabe der Mietpreise und der Fortführung der sogenannten „Gesundheitsreform“. Dem Wesen nach geht es den Herrschenden um zweierlei:

- um die Umverteilung der finanziellen und materiellen Fonds zu Lasten der Werktätigen und damit die Senkung ihrer Lebensqualität auf den international (zunächst im EG-Rahmen) niedrigsten Standard,
- um den beschleunigten Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung für die soziale Sicherung der Bürger (nicht zuletzt durch forcierte Privatisierung) und die Reduzierung seiner Rolle darauf, Machtinstrument nach außen sowie Disziplinierungs- und Unterdrückungsinstrument nach innen zu sein.

Die Bundesregierung versteht die Kapitalinteressen als Handlungsprogramm und verwirklicht sie

beflissen. Das soziale Roll back ist in solchem Umfang und Tempo nur durch den Wegfall der Systemkonkurrenz möglich geworden.

Dem sozialen Roll back entspricht politisch die Bewegung aller etablierten Parteien nach rechts, besonders von CDU und CSU. Das führt auch dazu, daß die herkömmlichen konservativen Parteien einen beträchtlichen Teil des rechtsradikalen Wählerpotentials für sich sammeln konnten. Die Stimmenverluste der Republikaner dürfen über real bestehende Gefahren nicht hinwegtäuschen. Viele Forderungen der Rechtsradikalen — so die Einschränkung des Asylrechts und die verschärfte Abschiebung von Ausländern — sind in Deutschland (wie auch in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern) Regierungspolitik. Das verdeutlicht, in welchem Grade die bürgerlich-demokratischen Rechte im Kapitalismus gefährdet sind.

Die auf Demokratieabbau gerichtete Innenpolitik der BRD und ihre zunehmend expansiver werdende und sich militarisierende Außenpolitik sind untrennbar verbunden. Bei der Neuordnung der Welt will Deutschland — das dritte Mal in diesem Jahrhundert — ökonomisch, politisch und auch militärisch mit vorn sein.

3. Die Variante der kapitalistischen Gesellschaft, die sich 5 Jahre nach dem Anschluß der DDR an die BRD in Ostdeutschland herausgebildet hat, unterscheidet sich erheblich von jener in Westdeutschland.

Die brutale Einführung der Marktwirtschaft hat unter maßgeblicher Mitwirkung der Treuhänder zur Deindustrialisierung und wirtschaftlichen Verödung Ostdeutschlands geführt, weit über das Maß hinaus, das sich mit dem Zusammenbruch traditioneller Ostmärkte oder mit dem Endzustand der DDR-Wirtschaft erklären ließe. Ohne Rücksicht auf Folgen wurden im ökonomisch schwächeren Osten potentielle Konkurrenten ausgeschaltet.

Liquidation, Abwicklung, Privatisierung und gnadenlose Durchsetzung des Prinzips „Rückgabe vor Entschädigung“ haben historische Strukturen zerstört, ohne etwas wirklich Neues an ihre Stelle zu setzen, vernichteten Zehntausende Existenzen und bedrohen immer noch viele Tausende ehemalige DDR-Bürger.

Investitionsanreize und andere Förderungsmaßnahmen wurden massenhaft mißbraucht und hatten nur begrenzt Erfolg. Sie dienten vor allem den großen westdeutschen Unternehmen. Das Verhältnis von Industrie und Dienstleistungen sowie die Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe sind nach wie vor gestört.

Die Sockelarbeitslosigkeit bleibt hoch. Die Armut nimmt zu, besonders in ihrer krassesten Form, der Obdachlosigkeit. Im Hinblick auf Entlohnung und Einkommen werden die ostdeutschen Werktätigen weiterhin diskriminiert. Viele, besonders junge Menschen versuchen, ihre individuellen Probleme durch Weggang nach Westdeutschland zu lösen. Abwanderung, Geburtenrückgang und Verkürzung der Lebenserwartung haben seit 1990 die Bevölkerungsentwicklung Ostdeutschlands in dramatischer Weise beeinflusst.

Die Oberschicht Ostdeutschlands wird, von einigen „Vorzeigezonen“ abgesehen, aus dem Westen gestellt. Die (verglichen mit Westdeutschland) ökonomisch und zahlenmäßig schwachen Mittelschichten haben starke traditionelle und soziale Bindungen an die DDR.

Die größten Verliererinnen und Verlierer des Anschlusses der DDR finden sich unter den Frauen und in der Jugend Ostdeutschlands.

Sie trifft weit über dem Durchschnitt liegende Arbeitslosigkeit, Mangel an Ausbildungsplätzen und Dequalifizierung. Durch eine entwürdigende Gesetzgebung zur Schwangerschaftsunterbrechung und den Abbau der Kindereinrichtungen wurden die Frauen entscheidender Elemente der Gleichstellung und Selbstbestimmung beraubt, die sie in der DDR hatten. Obgleich viele zu arbeiten wünschen, werden sie zunehmend wieder in Kinderzimmer und Küche zurückgedrängt. Die soziale Unsicherheit und das Fehlen einer gesellschaftlichen Perspektive fördern Konformismus und zugleich Haltlosigkeit. Das ist der Boden, auf dem die Kriminalitätsrate

wächst.

Die Regierung und die Justiz der BRD verschärfen die politische, moralische und rechtliche Diskriminierung aller, die mit der DDR verbunden waren. Sie kriminalisieren ihre Repräsentanten und ganze Bevölkerungsgruppen.

Ostdeutschland ist zu einer wirtschaftlich langfristig unterentwickelten, auf Zufuhr von Waren, Technologie und Wissenschaft angewiesenen, demographisch deformierten, aus eigener Kraft zu einem Aufschwung unfähigen, politisch diskriminierten Region der Bundesrepublik geworden.

Im Ergebnis festigen sich aber das Selbstbewußtsein und das Identitätsbewußtsein vieler „Ossis“ eher, als daß sie sich abschwächen. Die PDS muß in einem staatsrechtlich vereinheitlichten, ansonsten jedoch auf lange Sicht doppelt zweigeteilten Staat wirken: ökonomisch, sozial, politisch und geistig geteilt zwischen oben und unten und zugleich zwischen Ost und West. Dieser Tatsache muß jede Strategiebestimmung Rechnung tragen.

Die zentrale Frage der nächsten Jahre besteht darin, die Offensive des Kapitals aufzuhalten und nicht weiter in politische Resignation zu weichen.

I. Veränderung beginnt mit Opposition

Mit diesen Worten war die PDS im Wahlkampf erfolgreich.

1. Opposition zielt sowohl auf Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems als auch langfristig auf dessen Überwindung, auf die Verwirklichung der grundlegenden sozialistischen Zielstellung der PDS. Dazu heißt es in ihrem Programm: „Es muß darum gehen, die von Profit und Kapitalverwertung bestimmte Entwicklung der Gesellschaft zugunsten einer Entwicklung zu überwinden, die von der Verwirklichung gemeinschaftlicher Interessen geprägt ist.“

Einig sind wir uns in der Partei auch, daß die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums überwunden werden muß. Wir betrachten es für Linke als normal, daß die Debatte über eine mögliche Art und Weise der Lösung der Eigentumsfrage in Anbetracht des heutigen Weltzustandes noch nicht abgeschlossen sein kann. Zu keinem Zeitpunkt darf die PDS jedoch auf grundlegende antikapitalistische Opposition verzichten; auch das resultiert aus dem Weltzustand. Deshalb ist im Parteiprogramm der antikapitalistische Charakter der PDS festgeschrieben. Ohne ihn würde die oppositionelle Unverwechselbarkeit der PDS preisgegeben werden.

2. Eine Strategie zur Umsetzung des PDS-Wahlprogramms vom März 1994 ist — da mittelfristig angelegt — auf die Reformbestrebungen der Partei ausgerichtet und geht davon aus, daß diese der engen Verzahnung von außerparlamentarischer und parlamentarischer Opposition bedürfen. Die PDS wird jedes Bündnis eingehen, das der Verteidigung und dem Ausbau der sozialen und politischen Rechte der Werktätigen und sozial Schwachen dient, jedes Bündnis, das hilft, die rechtskonservative Entwicklung in Deutschland zu stoppen und zurückzudrängen, und welches einer neuen deutschen Großmachtrolle, faschistischen und faschistoiden Tendenzen entgegenwirkt.

3. Die etablierten Parteien bemühen sich, die PDS auszugrenzen. Wenngleich Ausgrenzung noch im Vordergrund steht, wird zunehmend versucht, die PDS in das Herrschaftssystem zu integrieren und sie durch Spaltung zu schwächen.

Mit diesem Ziel wird auf die PDS Druck ausgeübt, um sie auf eine antikomunistische Linie festzulegen. Verlangt wird der Verzicht auf den Kampf um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen und damit auf das sozialistische Ziel der Partei. Gefordert wird die pauschale Distanzierung der PDS von der DDR-Vergangenheit und die Akzeptanz der „Unrechtsstaat“-These. Ließe sich die PDS auf diese Forderungen ein, würde sie sich politisch überflüssig und daher bedeutungslos machen.

4. Die Oppositionshaltung der PDS ist weder der Ausgrenzung durch andere Parteien geschuldet noch ist sie eine Abwarteposition im Vorfeld von Regierungsbänken. In Ausnutzung aller demokratischen

Möglichkeiten ist ihr parlamentarisches und außerparlamentarisches Wirken darauf gerichtet, dem ökonomischen, sozialen und politisch-psychologischen Druck des kapitalistischen Systems auf die Schwachen und Benachteiligten, auf die letztlich ökonomisch Abhängigen (wie ihre momentane soziale Situation auch immer sein mag) entgegenzuwirken. Es geht zunächst um praktisches Wirken für deren konkrete Interessen.

Eine in diesem Sinne konsequent betriebene Politik wird die Grenzen, welche das auf Profitmaximierung beruhende System Reformen setzt, nicht nur in der Praxis ausloten, sondern auch den Betroffenen erfahrbar machen.

Die PDS, die ihr angehörnden Parlamentarier und staatlichen Amtsträger dürfen sich nicht durch Koalitionen oder Tolerierungsabkommen in das herrschende System und seine „Sachzwänge“ einbinden lassen. Das würde ihren politischen Verschleiß unausbleiblich machen. Es ist an der Zeit, nüchtern zu analysieren, welche Erfahrungen die Tolerierung der rosa-grünen Regierung in Sachsen-Anhalt zutage bringt, diese in der gesamten Partei zu diskutieren und Schlußfolgerungen abzuleiten.

5. Im Oktober 1994 wurde die PDS auch in Westdeutschland und Westberlin vor allem als linke, nichtetablierte Oppositionspartei gewählt. Viele ihrer Wähler waren von dem zunehmenden Konformismus und Machtstreben der SPD und auch der Grünen enttäuscht. Die PDS hat nur dann eine Perspektive, wenn sie nicht versucht, sich in das bestehende Parteienggefüge einzuordnen. Vielmehr muß sie eine gesellschaftliche Alternative verkörpern, indem sie unbeirrt — auch von Bindungen in Strukturen — die Interessen der Werktätigen vertritt. Sie soll eine für alle Linken und Humanisten offene Partei und Teilnehmer breiter progressiver Bündnisse sein.

6. In den ostdeutschen Ländern und in Ostberlin ist die PDS zu einer unübersehbaren politischen Kraft geworden. Sie wird auf allen Ebenen ihren Einfluß nutzen, um gegen jede Form der sozialen, moralischen wie rechtlichen (insbesondere strafrechtlichen) Diskriminierung und Ausgrenzung von Bürgern der DDR aufzutreten. Die PDS wird gegen die Entstellung der Geschichte der DDR und die Herabwürdigung der Identität der DDR-Bürger aufzutreten; sie wird auf die Erfahrungen und bewahrenswerten Traditionen der DDR zurückgreifen, das in ihr sozial und kulturell Erreichte der gesamtdeutschen Entwicklung als Spiegel vorhalten. Gerade weil wir Verzerrungen und Entstellungen des vergangenen Sozialismus deutlich benennen und radikal kritisieren, verzichten wir nicht auf jene Ideale, die das in der DDR dominierende Wertesystem wesentlich mitprägten.

Andererseits darf die PDS sich nicht darauf einrichten, ostdeutsche Regionalpartei zu sein. Das verbietet sich sowohl wegen der staatlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen ihres Wirkens als auch deshalb, weil tiefgehende Reformen sich im regionalen Maßstab nicht durchsetzen lassen. Der Westausbau der PDS ist unabdingbar.

III. Unsere Hauptforderungen

1. Dem marktradikalen Kurs der deutschen Großbourgeoisie auf Privatisierung und den Abbau von Sozialleistungen wird die PDS Widerstand leisten. Vor allem stellt sie sich der „Entwicklung“ entgegen, Wohnen, Bildung, Gesundheit sowie Sicherheit im Alter und bei Krankheit wieder ausschließlich zur Ware zu machen. Die PDS kämpft um die Erhaltung der bestehenden sozialen Rechte, die Gewährleistung der Bestandteile des sozialen Netzes mindestens auf heutigem Niveau. Der Forderung von Gewerkschaftsvertretern auf den Maikundgebungen 1994, „Klassenkampf von unten“ zu führen, schließen wir uns an.

2. Das Recht auf Arbeit ist elementares Menschenrecht. Wir fordern von der Regierung arbeitsplatzschaffende Maßnahmen. Die PDS wird sich für folgende Forderungen einsetzen und alle, insbesondere gewerkschaftlichen Aktionen zu ihrer Verwirklichung unterstützen:

- die Beendigung der Reallohnsenkung und Kaputtung von Sozialleistungen und damit die Stabilisierung und Hebung der Massenkaukraft;
- öffentliche Investitionen zum Zwecke der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse, zur Verbesserung der sozio-kulturellen Infrastruktur sowie der Wohnungssituation, zur Freisetzung von Innovationspotential für einen nachhaltigen Umgang mit



natürlichen Ressourcen und eine ökonomisch und sozial wirksame Kooperation mit den unterentwickelten Ländern.

— Erhalt und Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung mit tariflicher Bezahlung und Umwandlung in feste Arbeitsplätze. Der öffentliche Beschäftigungssektor muß langfristig vor allem auf ökologische Sanierung, Sozial- und Krankenbetreuung, Bildung und Kultur orientiert sein. Frauen, Alleinerziehende, Schulabgänger Behinderte und Langzeitarbeitslose sind besonders zu berücksichtigen. Neue Unternehmensformen (Genossenschaften, Alternativunternehmen, Sozialbetriebe) sind zu fördern.

— Verkürzung der Arbeitszeit und auf dieser Grundlage neue, gesetzlich geschützte und tariflich vereinbarte Arbeitszeitmodelle vorrangig im Interesse der Arbeitenden. Anerkennung der Arbeit in der Familie, in der Kultur und zur Erhaltung der Natur.

Es darf keine weiteren Erhöhungen der Mieten und Verkehrstarife geben. Vielmehr bedarf es staatlicher Subventionen für Erhaltungs- und Verbesserungsmaßnahmen bei Wohnungen. Wir fordern die gesellschaftliche Kontrolle der Verwendung dieser Mittel unter Einbeziehung der Mieter, der Gewerkschaften, der Kommunalverwaltungen und der Eigentümer. Staatliche Investitionshilfen beim Wohnungsbau sollen ausschließlich gemeinnützigen Genossenschaften zugutekommen.

Es darf keine weiteren Kürzungen der Arbeitslosenunterstützungen geben. Die Sozialhilfe muß zumindest unangetastet bleiben. Um ihre Erhöhung für Deutsche und Ausländer gleichermaßen ist zu ringen. Im Krankheitsfall darf es keine zusätzlichen, von Patienten zu tragenden Aufwendungen für Medikamente, Krankenhausaufenthalt u. a. geben. Die erforderlichen staatlichen Mittel sind vor allem durch eine Besteuerung nach den finanziellen Möglichkeiten aufzubringen.

Jedem Schulabgänger muß es möglich sein, eine Lehrstelle zu erhalten. Die Differenz zwischen den von privaten und öffentlichen Unternehmen angebotenen und der Nachfrage nach Lehrstellen ist jährlich durch ein Sonderprogramm der Bundesregierung zu kompensieren.

Die PDS erarbeitet spezielle Maßnahmen für ihren parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf um die Sicherung der Berufsausbildung für alle Schulabgänger und damit für eine erträgliche Perspektive für die junge Generation.

Alten Menschen muß ihr soziales Umfeld erhalten bleiben. Hilfen und Unterstützungen sollen, wenn irgend möglich, Selbstbestimmtheit nicht einschränken. Betreutes Wohnen und Heimplatzversorgung dürfen weder zur Altersenteignung noch zu finanziellen Belastungen der Familienmitglieder führen. Wir treten für eine Pflegeversicherung ein, die auf der Verantwortung der ganzen Gesellschaft basiert, indem sie steuerfinanziert wird. Konsequenz wenden wir uns gegen das Rentenstrafrecht.

Zugleich wird die PDS Maßnahmen für eine aktive Regional-, Struktur- und Beschäftigungspolitik im Osten Deutschlands initiieren und ihre Durchsetzung unterstützen. Sie tritt für den Schutz des

Eigentums der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden, der Handwerker, Kaufleute und Bauern ein, deren Zukunft ebenso gefährdet ist wie die der abhängig Beschäftigten.

Erforderlich sind der weitere Ausbau innerbetrieblicher Mitspracherechte sowie die Entwicklung überbetrieblicher Mitbestimmungsformen. Aktiv arbeiten wir als Gewerkschaftsmitglieder. Anzustreben sind staatliche Rahmenplanung und gesamtwirtschaftliche wie regionale Wirtschaftssteuerung. Insbesondere sind gemeinnützige und genossenschaftliche Betriebsformen sowie die Stärkung der Kommunen angesagt.

3. Die PDS führt den Kampf gegen den weiteren juristischen und sozialen Abbau der Selbstbestimmung und der Rechte der Frau in Beruf und Familie, besonders des Rechts auf Arbeit und eigenes Einkommen, gegen den §218 des Strafgesetzbuches, aber auch gegen alle Versuche, die patriarchalische Bevormundung der Frau durch die Gesetzgebung in der Verwaltungspraxis noch weiter zu verschärfen.

Dazu gehören nicht nur gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, sondern auch reale Gleichheit im Zugang zu Berufen, in Politik, Wissenschaft und Kultur, gerechte Verteilung der Arbeitszeit zwischen Frauen und Männern.

Wir setzen uns für den Ausbau und die Bezahlbarkeit der Kitas ein, auch als wesentliche Voraussetzung der vollen Erwerbstätigkeit der Frauen. Gleichstellungsregelungen sind in alle Betriebsvereinbarungen, Tarifverträge sowie in das Betriebsverfassungsgesetz aufzunehmen. Alleinerziehende sind besonders zu berücksichtigen.

4. Solange nicht eine neue, demokratische Verfassung des vereinigten Deutschland ausgearbeitet ist, wird die PDS Widerstand gegen die weitere Aushöhlung bürgerlich-demokratischer Rechte leisten, für die Sicherung der verfassungsmäßigen Grundrechte eintreten und Vorschläge zu deren Erweiterung unterbreiten. Sie betrachtet die Verteidigung des Grundgesetzes als eine elementare Aufgabe.

Im parlamentarischen und außerparlamentarischen Wirken wird die PDS vielfältige Formen der Selbsttätigkeit Betroffener unterstützen, sich an ihnen beteiligen und für politische Formen wie Runde Tische eintreten.

Die PDS wirkt dafür, daß die Bürger vor Kriminalität geschützt leben können. Soziale Sorgen durch eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts zu mindern und gleichzeitig die mentale Verelendung zu bekämpfen, ist der eigentliche Weg, die rasante Kriminalitätsentwicklung einzudämmen. Nicht die Perfektionierung der Überwachung wird Abhilfe schaffen, auch nicht die Verschärfung von Strafdrohungen, und schon gar nicht ein wachsendes staatliches Gewaltpotential. Die bürgerliche Demokratie darf nicht noch weiter abgebaut werden. Die immer brutaler werdenden Polizeieinsätze gegen linke Demonstranten und Antifaschisten werden von der PDS öffentlich verurteilt. Die PDS verlangt die Bildung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, die sich mit Polizeiübergriffen befassen.

5. Die PDS führt den Kampf gegen die geistige



und emotionale Verelendung großer Teile der Bevölkerung, besonders der Jugend. Auch diese spezifische Verelendung macht die Menschen wehrlos und zugleich äußerst anfällig für Entsolidarisierung, für den Kampf eines jeden gegen jeden, für das haßerfüllte Abwälzen der eigenen Probleme auf die Schwächsten der Gesellschaft, die sozial Benachteiligten und die Ausländer.

Wir wehren uns gegen Verdummung und Brutalisierung, die durch die Massenmedien befördert werden. Sie sollen Menschen glauben machen, ihr Dasein sei schicksalhaft unveränderlich. So will man sie hindern, gesellschaftliche Prozesse auch nur im Ansatz zu begreifen und Ursachen für die eigene Lage zu erkennen.

Als linke Partei ist die PDS zu einem eigenständigen Beitrag für die Entwicklung einer alternativen Kultur verpflichtet, die sich dem profitorientierten kommerziellen, von Flachheit bestimmten offiziellen Kulturbetrieb entgegenstellt. Alternative Kultur bemüht sich um neue Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens, gesellschaftlicher Verantwortung und sozialen Kampfes. Sie löckt in ihren intellektuellen Ansprüchen konsequent wider den Stachel der veröffentlichten Meinung und beugt sich dem Zeitgeist nicht, auch nicht in den heißen Phasen des Wahlkampfes.

Die PDS bekennt sich unabhängig von tagespolitischen Erwägungen zu humanistischen und sozialistischen Werten, wie es ganz besonders junge Leute von ihr erwarten. Sie bemüht sich um ein enges, produktives Verhältnis zu Künstlern und Wissenschaftlern. Intellektuellenfeindlichkeit ist ihr fremd. Die PDS veranstaltet jährlich gemeinsam mit Bündnispartnern eine Woche der linken Kultur und Kunst.

6. Wir wenden uns gegen die Versuche, auch auf dem Gebiet der Bildung unter dem Schlagwort „De-regulierung“ die öffentliche Verantwortung des Staates zurückzunehmen, die Mittel zu kürzen und die Verwaltung des Mangels den Bildungseinrichtungen zuzuschieben sowie die Abhängigkeit der Hochschulen von der Industrie zu verstärken.

Die PDS kämpft gegen alle den Zugang der Jugend zu Bildung und Kultur verwehrenden sozialen Schranken, gegen die Wiederherstellung des Bildungsprivilegs in Ostdeutschland. Sie setzt sich für den Erhalt der Gesamtschulen und die Förderung der Ganztagschule ein. Sie fordert eine soziale Grundsicherung für Studenten (Ersetzung der elternabhängigen Zahlungen entsprechend dem Bafög durch nicht rückzahlende Stipendien).

Die PDS setzt sich für eine emanzipatorische, antifaschistische und antirassistische Jugend- und Bildungspolitik ein, die nicht zuletzt zu aktivem Handeln befähigt. Sie verlangt die großzügige Förderung entsprechender Kinder- und Jugendprojekte und entwickelt selbst solche Initiativen. Die PDS unterstützt alle emanzipatorischen Bestrebungen von Jugendlichen, sich selbst zu organisieren, um ihre Interessen zu artikulieren und Jugendprojekte und -vereinigungen zu vernetzen. Sie unterstützt und initiiert Bildungsarbeit Jugendlicher und unter Jugendlichen mit humanistischen, antifaschisti-

schen und sozialistischen Inhalten.

Die PDS fordert die Gewährleistung einer sinnvollen Freizeitgestaltung durch wirksame staatliche Förderung entsprechender Kinder- und Jugendeinrichtungen.

7. Die PDS wird sich mit verstärkter Kraft gemeinsam mit anderen antifaschistischen und antirassistischen Bewegungen gegen Rechtsradikalismus, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit wenden. Der rapide restriktiver werdenden Ausländerpolitik der BRD setzen wir unsere Solidarität, vor allem mit den gepeinigten Völkern der Dritten Welt entgegen.

Einer zunehmend abgeschotteten Grenze auf der einen Seite steht die wachsende Kriminalisierung und Illegalisierung hier lebender Einwanderer und Flüchtlinge andererseits gegenüber. Ihre in der DDR verbrachten Jahre wurden den ehemaligen DDR-Vertragsarbeiterinnen und -arbeitern aus Kuba, Vietnam, Angola und Mocambique rechtswidrig nicht auf ihren Aufenthaltsstatus in der BRD angerechnet. Die PDS tritt für gleiche Rechte für Einwanderinnen und Einwanderer ein. Sie wendet sich gegen jede weitere Verschärfung des Asylrechts und prangert die unmenschliche Abschiebepaxis an. Sie organisiert Solidarität mit Flüchtlingen, besonders für Kurden, Vietnamesen und von der FIS verfolgte Algerier, denen die Abschiebung droht. Die Solidarität mit Kuba ist uns Herzenssache.

Zur Verwirklichung konkreter antifaschistischer Politik setzt sich die PDS für die Bildung kommunaler antifaschistischer Fonds (auf Kreisebene) ein, die aus den Kreis- und Landeshaushalten finanziert und durch den Bund maßgeblich unterstützt werden. Ihre Aufgaben wären u.a. Erhalt, Aus- und Neubau antifaschistischer Gedenkstätten auf örtlicher Ebene, Schaffung von Dokumentationszentren, welche die Zeit des Faschismus in der Region erforschen, Dokumentation neofaschistischer Aktivitäten, Förderung antifaschistischer Initiativen, besonders unter und mit der Jugend.

Auf Bundesebene ist ein Zentrum für antifaschistische Studien zu schaffen, das u.a. folgende Aufgaben hat: Vernetzung regionaler und internationaler antifaschistischer Organisationen, Initiativen und Stiftungen, umfassende Dokumentation des Faschismus auf der damaligen Reichsebene, Unterstützung von einschlägiger Lehre, Forschung und Fortbildung.

Wir unterstützen die Vorschläge, (in Wiederaufnahme der Tradition der DDR) gesetzliche Gedenktage für die Opfer des Holocaust und für die Teilnehmer des antifaschistischen Widerstandes zu schaffen.

Die PDS wendet sich nachdrücklich gegen alle Versuche der Gleichsetzung von Nazideutschland mit der Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR und fordert, daß derartige Äußerungen staatlich unterbunden werden.

Wir fordern, jedweden Einsatz deutscher Soldaten im Ausland zu verbieten. Die Gelder für schnelle Eingreiftruppen sind für die Überwindung der Ausbildungsmisere und der Jugendarbeitslosigkeit zu verwenden. Der unwiderrufliche Verzicht Deutsch-

lands auf atomare Bewaffnung und die Atomwaffenfreiheit seines gesamten Territoriums müssen Bestandteil des Grundgesetzes werden.

Als konsequent antimilitaristische Partei bekämpft die PDS nachdrücklich die Produktion von Rüstungsgütern in der BRD sowie den Waffenhandel, den Export des Todes. Besonders verwerflich ist, daß — wie in der Türkei — deutsche Waffen zur Unterdrückung anderer Völker eingesetzt werden.

IV. Zum Profil der PDS

1. Im Ergebnis eines Wahlkampfes, der von den anderen Parteien und den bürgerlichen Medien vor allem im Geiste des Antikommunismus geführt wurde, wählten über 2 Millionen Menschen die PDS als das, was sie ist: als plurale Partei, unter deren Abgeordneten sich Arbeiter und Adlige, Schriftsteller, Pfarrer und Gewerkschaftsfunktionäre, DDR-Kritiker und ehemalige Funktionäre der SED, Nichtkommunisten und Kommunisten befinden.

2. Die Entwicklung der PDS wird von ihren Mitgliedern bestimmt. Basisdemokratie ist grundlegendes Parteiprinzip. Die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder verbindet ein Parteikonsens, der seinen Ausdruck in Programm und Statut findet. Der im Programm verkörperte Kompromiß kann nicht in Frage gestellt werden, ohne den pluralen Charakter der Partei zu untergraben.

Die PDS bewahrt die Ideale des Sozialismus. Angesichts der reaktionären Bestrebungen, die historische Situation zu nutzen, um sozialistisches Denken aus Politik und Gesellschaft zu verbannen, kommt der politischen Bildungsarbeit der PDS bezüglich des Umgangs mit der eigenen Theorietradition und ihres Bezuges zur gesellschaftlichen Praxis besondere Bedeutung zu. Sie muß zu kreativem Umgang mit marxistischem Denken beitragen.

Die PDS bekennt sich zur Legitimität des vergangenen sozialistischen Versuchs und arbeitet zugleich an der Analyse der inneren und äußeren Ursachen seines Scheiterns.

Unhistorische Betrachtung geschichtlicher Prozesse ist der PDS fremd. Sie bewertet die sozialistische Entwicklung in europäischen Staaten nach dem 2. Weltkrieg nicht außerhalb der historischen Bedingungen, unter denen sie sich vollzog. Die Partei benennt deutlich jene Züge des sozialistischen Versuchs, in denen er sich als Ansatz einer sozialeren und menschlicheren Gesellschaft zu erkennen gab, und übt radikale Kritik an Verbrechen, Fehlern und Irrtümern, an allem, was zum seinem Untergang beitrug.

Die PDS hat eine antikapitalistische und antifaschistische Orientierung. Sie bekennt sich zu Frieden, Demokratie und Humanismus, verwirklicht internationale Zusammenarbeit und übt Solidarität.

Sie strebt nach sozialer Gerechtigkeit, kämpft gegen soziales Unrecht, für die reale Gleichstellung, insbesondere der Frauen. Sie tritt für die Respektierung und Gleichstellung gesellschaftlicher Minderheiten auf demokratischer und humanistischer Grundlage ein.

Die PDS strebt nach tiefgreifenden Reformen und analysiert besonders sorgfältig jene politischen und sozialen Erfahrungen, die beim Kampf um ihre Durchsetzung gemacht wurden. Hoffnungslosigkeit liegt ihr ebenso fern wie jede oberflächliche Illusion.

3. Die PDS kann nur bestehen, wenn sie der Ellenbogengesellschaft samt deren Anpassung, parlamentarischer Kungelei und Intrigen Solidarität und Ehrlichkeit, Prinzipienfestigkeit, Transparenz und politische Berechenbarkeit entgegensetzt. Kein tagespolitisches Erfordernis schätzt die PDS gering und zugleich richtet sie ihre Strategie nicht nach dem Auf und Ab des tagespolitischen Geschehens; ihre sozialistischen Ziele verliert sie nie aus den Augen.

Ihre politische Handlungsfähigkeit muß aus dem Willen zum Zusammenwirken der unterschiedlichen Richtungen und Strömungen, aus der Achtung der Meinungen von Minderheiten und ihrer Einbeziehung in die Entscheidungsfindung erwachsen. Die offene Diskussion in der Partei hat als Ziel Verständigung und die gemeinsame Aktion — ohne Ausgrenzungen und Manipulation. Die Standpunkte der Parteibasis müssen unmittelbar und aktuell Bestandteil der Entscheidungsfindung sein.

Ellen Brombacher, Dieter Frielinghaus, Sahra Wagenknecht, Heinz Jung, Michael Benjamin, Heinz Marohn, Joachim Bischoff, Moritz Mebel, Ekkehart Saueremann. Die Thesen unterstützt Gerhard Branstner

AG LISA

Die PDS, der lila Faden und der Feminismus

VON GUDRUN ASSMANN

Lothar Bisky stellte zu Recht auf der 1. Sitzung des 4. Parteitag fest, daß der Anspruch „Ohne Frau geht nichts“ in der PDS sowie für ihre Politik immer weniger realisiert wurde. Dieser Feststellung ist aus feministischer Sicht nicht zu widersprechen, nur noch dahingehend zu ergänzen, daß der lila Faden der PDS nur noch ein blaß-lila Fädchen ist.

Dies zeigt sich auch immer wieder an den Auseinandersetzungen über das Thema Quotierung. An diesem Thema allein wird deutlich, wie notwendig eine grundsätzliche Debatte innerhalb der PDS zum Thema Feminismus ist.

Deshalb hat die AG LISA, die feministische Frauenarbeitsgemeinschaft der PDS, auf der 1. Sitzung des 4. Parteitag einen Initiativantrag eingereicht, um als Schwerpunktthema feministische Politik auf einer der nächsten Sitzungen bzw. einem neuen Parteitag zu diskutieren. Dies ist auch deshalb notwendig, um die Diskussion zum Thema Feminismus innerhalb der Partei auf eine sachliche Ebene zu bringen, was auch deshalb schwierig zu erreichen ist, da Feminismus in der DDR als bürgerliches Emanzipationsverständnis diskreditiert wurde.

Diese Definition stand in der Tradition des Bebel'schen Emanzipationsbegriffes, der die Frauenbefreiung als soziales Problem/als „Frauenfrage“ bezeichnete und die im Kapitalismus entstandene Institution Ehe als erstrebenswerte Lebensform für die Arbeiterklasse.

Dieses Emanzipationsverständnis steht im Kontext patriarchal-kapitalistischer Ideologie und wurde ungebrochen von der SED aus der Tradition der Arbeiterbewegung heraus übernommen.

Die daraus erfolgende paternalistische Frauenpolitik der DDR ermöglichte in diesem Rahmen für Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, patriarchale Strukturen im Privaten und Gesellschaftlichen wurden allerdings nicht problematisiert. Nicht überwunden war ebenso die Ideologie von der Unterschiedlichkeit der Geschlechter und den darauf basierenden Konstrukten Frau/Mann mit den jeweiligen Zuschreibungen und Normen, des patriarchalen dualistischen Denkens von Mensch-Sein. Diese Zusammenhänge wurden von den Feministinnen im europäischen und außereuropäischen Raum analysiert und trugen wesentlich zur theoretischen Entwicklung der BRD-Frauenbewegung bei. Die linke autonome Frauenbewegung der BRD entstand aus der antiautoritären StudentInnenbewegung, nachdem deutlich wurde, daß linke Männer sich zwar für Frauenbefreiung ausspra-

Rahmenstruktur der feministischen AG LISA

I. Grundsätze und Ziele

beschlossen auf dem Bundes-Lisa-Treffen am 3./4. 12. 1994 in Altenburg.

1. Lisa ist eine autonome Frauenstruktur, in der Frauen die Möglichkeiten haben, ihre Politiksätze zu entwickeln, zu diskutieren und zu beschließen.

In Lisa engagieren sich Genossinnen und Sympathisantinnen für eine emanzipatorische Gesellschaft, in der jede und jeder gleiche Möglichkeiten zur Findung und Realisierung selbstbestimmter Lebensentwürfe hat.

2. Lisa ist eine bundesweite Arbeitsgemeinschaft mit den Zielen:

- ☐ einen Beitrag zur Entwicklung sozialistischer Alternativen in und zur herrschenden patriarchalen Gesellschaft zu leisten;
- ☐ eigene Strategien zur Beseitigung frauendiskriminierender gesellschaftlicher Strukturen und Mechanismen zu entwickeln;
- ☐ das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihre Lebensweise, ihren Körper und ihre Sexualität einzufordern;
- ☐ die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen einzufordern, die mindestens 50%ige Quotierung aller Ämter und Mandate innerhalb der PDS durchzusetzen und auf die Mindestquotierung aller PDS-Fraktionen hinzuwirken;
- ☐ patriarchales Denken und Handeln innerhalb der PDS zu erkennen, zu kritisieren und dem entgegenzuwirken und damit ein ständiges Korrektiv zur PDS-Politik zu sein;
- ☐ sich in alle Politikbereiche der PDS mit alternativen Vorschlägen einzumischen und so emanzipative Politik als Querschnittsaufgabe der PDS deutlich zu machen.

In diesem Sinne ist Lisa die feministische Frauenarbeitsgemeinschaft der PDS.

3. Lisa ist ihrem Selbstverständnis nach Teil der linken bundesdeutschen und internationalen Frauenbewegung, auf die sie sich ausdrücklich bezieht.

4. Innerhalb der Lisa-Strukturen haben Mitglieder und Nicht-Mitglieder der PDS gleiche Rechte.

5. Lisa entscheidet autonom über die Inhalte ihrer Arbeit, die Verwendung ihrer finanziellen Mittel und die Besetzung der Lisa zur Verfügung stehenden Stellen.

II. Struktur

angenommen auf dem Bundes-Lisa-Treffen in Berlin am 11./12.2.1995

1. Lisa-Gruppen bilden sich autonom auf unterschiedlichen Ebenen.

2. Das Bundes-Treffen ist das höchste Gremium der feministischen Frauenarbeitsgemeinschaft Lisa. Bundes-Lisa-Treffen finden mindestens viermal im Jahr statt.

3. Das Bundes-Lisa-Treffen wählt jährlich drei unabhängige und gleichberechtigte Sprecherinnen. Die Sprecherinnen amtiert für ein Jahr, maximal für zwei aufeinanderfolgende Wahlperioden.

4. Die Sprecherinnen der Lisa organisieren ihre Arbeit eigenverantwortlich. Sie sind an die Beschlüsse der Bundes-Lisa-Treffen gebunden und ihnen rechenschaftspflichtig.

Das Bundes-Lisa-Treffen am 11./12.2.1995 in Berlin wählte als Sprecherinnen:

Gudrun Assmann, Isestr. 5, 20144 Hamburg
Anne Koburger, H.-Colden-Str. 25, 18146 Rostock
Christel Wietusch, Neue Jakobstr. 35, 10179 Berlin

chen, aber nicht bereit waren, auf ihre Dominanz zu verzichten, und die Zuständigkeit für Kinder auch nicht als ihr Problem ansahen. Diese Widersprüche führten zum bekannten Tomatenwurf von Helke Sander gegen die Genossen vom SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) und zur Erkenntnis der Notwendigkeit autonomer Frauenstrukturen.

An dieser Notwendigkeit hat sich bis heute nichts geändert, vor allem nicht für Feministinnen, die in „gemischten“ politischen Organisationen arbeiten, da die Bedingungen auch keine grundsätzlich anderen sind. Autonome Organisation meint Frauenstrukturen, die die Möglichkeit eröffnen, sich ohne Männerdominanz mit den Unterdrückungsbedingungen auseinanderzusetzen und eigene Strategien zur Überwindung derselben entwickeln zu können.

Linke Feministinnen stehen in „gemischten“ politischen Gremien zumeist vor dem Problem „doppelter Loyalität“, also in einem Spannungsfeld, in dem Frauen sich oft allzu leicht den Interessen der jeweiligen Organisation unterordnen bzw. die Überwindung der patriarchalen Unterdrückung doch wieder zum „Nebenwiderspruch“ wird.

Die feministische autonome Frauenarbeitsgemeinschaft der PDS AG LISA entstand im Erneuerungsprozeß der Partei, und das Recht auf eigene Frauenstrukturen wurde ausdrücklich im Statut festgehalten.

Im Dezember 1994 wurde nach längerer Diskussion ein neues Selbstverständnis angenommen, das ausdrücklich den Bezug auf die linke autonome Frauenbewegung bestätigt und sich damit gegen andere Feminismusdefinitionen abgrenzt, die sich auf dem „Markt der Möglichkeiten“ befinden. Die AG LISA begreift auch Feminismus als Querschnittsaufgabe durch alle Politikbereiche und hat damit grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zum Ziel sowie die Überwindung patriarchaler Strukturen innerhalb der PDS, die einen innerparteilichen Demokratisierungsprozeß verhindern und nicht mit dem Anspruch einer demokratisch-sozialistischen Partei übereinstimmen. Feministische Politik in diesem Sinne bedeutet mehr als Frauenpolitik oder Feminisierung, da diese letztlich im patriarchalen Rahmen verbleiben. Die Vorstellung, daß die „Frauenfrage“ gelöst ist, wenn Frauen erwerbstätig sind, Kindergartenplätze zur Verfügung stehen und der §218 auch abgeschafft ist, läßt sich gegenteilig am Beispiel DDR belegen.

Deshalb ist positiv anzumerken, daß der Parteivorstand in die politische Planung der PDS ausdrücklich feministische Positionen einbezieht und eine Frauenkonferenz im November 1995 plant. Dies ist auch unabdingbar für die programmatische Entwicklung einer linken emanzipatorischen sozialistischen Partei. Notwendig ist diese Diskussion allerdings auch innerhalb der Basis, denn ohne Verankerung in den Landesverbänden, Gremien usw. der PDS steht die Befürchtung an, daß es doch „ohne Frau“ geht – zumindest auf der Ebene der Politik, wo die Benachteiligung der Frau immer am deutlichsten wird – der Machtebene. In diesem Sinne: lieber gleichberechtigt als später.



Mannheim

Privatisierung der städtischen Kantinen?

Im Rahmen der „Modernisierung der Verwaltung“ war sie für den Oberbürgermeister ein ganz wichtiges Projekt: Die Privatisierung der städtischen Kantine.

Der neue betriebswirtschaftliche Geist, der durch die Stadtverwaltung weht, durfte vor der eigenen Kantine nicht Halt machen: Städtisches Küchenpersonal sind „Köpfe“ in der städtischen Personalstatistik, und die muß erheblich zurückgefahren werden; denn die IHK, die CDU, der *Mannheimer Morgen* — sie alle klagen ja seit Jahren, daß die Stadt Mannheim viel zu viel Personal beschäftigt; und Privatfirmen sind ja immer grundsätzlich billiger und leistungsfähiger...

Also wurde eine Ausschreibung veranstaltet; den Zuschlag bekam eine hessische Catering-Firma, die pro Essen 7,- DM verlangte (gegenüber 9,- DM, die die städtische Küche benötigte). Seit 1. April kochte nun „comfort-table“, machte aus den Kantinenbenutzern „Kunden“ und aus der Küche eine Profitquelle.

Doch hier haperte es erstaunlicherweise — so sehr, daß „comfort-table“ noch vor der endgültigen Unterzeich-

nung des Vertrages nach zwei Monaten bereits das Weite suchte. Die „Kunden“ blieben aus.

Der Gesamtpersonalrat (GPR) überschrieb ein Info: „Privat ist uns nicht gut genug!“ Die Beschäftigten der Stadtverwaltung fanden die Qualität des angebotenen Essens offenbar nicht so berauschend. „comfort-table“ mußte kleinlaut feststellen: Zu dem angebotenen Preis ist die Kantine nicht wirtschaftlich zu führen.

Inzwischen ist eine Interimslösung gefunden: Ein Partyservice liefert etwas „für den kleinen Hunger zwischendrin“.

Der Gesamtpersonalrat fordert jetzt: „Wiedereinrichtung der Städtischen Kantine in eigener Regie!“, denn: „Städtische Bedienstete haben in den vergangenen 30 Jahren gezeigt, daß sie sehr wohl in der Lage sind, einen guten Mittagstisch für ihre Kolleginnen und Kollegen zu organisieren. Wenn die technischen Voraussetzungen gegeben sind, wird es sicher auch möglich sein, dies in den nächsten 30 Jahren zu gewährleisten.“

Quellen: GPR-Info, Mai 95; *Mannheimer Morgen*, 9.5.95 — (tht)

Augsburg

Kampagne gegen Jäger 2000

Bundesweit laufen Aktionen gegen die geplante Beschaffung von 140 Jagdflugzeugen Jäger 2000. Ein Höhepunkt soll der 13. Juli sein.

Dieses Rüstungsprojekt soll bis zum Jahr 2020 insgesamt 134 Milliarden DM verschlingen, es dient nur zu Out-of-area-Einsätzen in anderen Teilen der Welt, zum Rüstungsexport und zur Finanzierung der Rüstungsindustrie. Voraussichtlich im Herbst 1995 wird die Entscheidung darüber fallen.

Die Augsburger Friedensinitiative sammelt seit einiger Zeit Unterschriften in Aktionen, organisiert Briefe an Abgeordnete und wirbt für einen Antrag an die Stadtratsfraktionen, sich gegen den Jäger 2000 auszusprechen.

Die Kommunen, so die AFI, sind

durch die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung an die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit geraten.

Die Alternative: Jäger 2000 oder Finanzierung ziviler, sozial nützlicher Projekte markiert zwei gegensätzliche Wege bei der Verwendung von Ressourcen und berührt massiv die Interessen der Kommunen. Den Städten und Gemeinden ist es nicht gleichgültig, ob zur Finanzierung eines milliardenteuren Rüstungsprojekts weitere Lasten auf sie abgewälzt werden.

Mit einer Aktion am 13. Juli sollen diese vielen Proteste und Aufforderungen zum Stop des Rüstungsprojekts auf dem Rathausplatz sichtbar gemacht und an die Rathausfraktionen übergeben werden. — (baf)

Karlsruhe

Siemens: Was ist der Samstag noch wert?

Die Siemens AG hat mit dem Betriebsrat eine seit 1. Juni geltende neue Arbeitszeitregelung vereinbart.

Kernpunkte dieser Vereinbarung sind u.a.: Für alle Bereiche gilt eine *Jahresarbeitszeit*. Das heißt, statt bisher drei gilt ein Ausgleichszeitpunkt. Der erste vereinbarte Schnitt ist auf den 30. April 1996 festgelegt. Eine weitere Änderung ist die *Ausweitung des Gleitzeitrahmens*. Die Bandbreite im Angestelltenbereich und in den Produktionsbereichen ist auf zwölf Stunden erweitert worden, seit 1. Juni kann von 6 Uhr bis 18 Uhr gearbeitet werden. Es wird extra darauf hingewiesen, daß Anwesenheitszeiten, die über die gesetzliche Höchstgrenze von zehn Stunden hinausgehen, nicht ins Zeitguthaben kommen, also gestrichen werden. Solche Fälle sind keineswegs selten.

Kernzeit — besteht von 9 Uhr bis 15 Uhr. Für die Schichtarbeiter im Zweischicht-Betrieb ist der Gleitzeitrahmen erweitert worden. Für Dreischicht-Arbeiter soll bis Herbst ein Gleitzeitmodell gefunden sein.

Im Elektronik-Werk war bereits im letzten Jahr ein Versuch durchgeführt worden. Statt wie beabsichtigt fünfzig „betriebswirtschaftliche Köpfe abzubauen“, wurde ein flexibles Teilzeitmodell vereinbart, mit dem die Arbeitszeiten den schwankenden Auftragslagen angepaßt werden sollten. Jeder Beschäftigte konnte — in Absprache mit dem Vorgesetzten — seine wöchentliche Arbeitszeit zwischen zwei und mehr Stunden verringern, z.B. nur vier Tage in der Woche arbeiten. Einmal im Jahr sollte der Zeitsaldo überprüft und 30 Stunden (plus oder minus) in den folgenden Zeitraum mitgenommen werden. Darüber hinausgehende Stunden — sofern betriebsbedingt, also wenn der Vorgesetzte mit dem Saldo einverstanden ist (!) — werden zur Hälfte (bei positivem Saldo) ohne Zuschläge ausbezahlt, bei negativem zu Lasten der Siemens AG gestrichen. Die andere Hälfte wird entweder in den nächsten Zeitraum mitgenommen oder mit 15% Zuschlag ausbezahlt bzw. (bei negativem Saldo) mit 15% Abzug berechnet.

Im großen und ganzen gilt dies Modell jetzt in allen Bereichen. Festgeschrie-



ben sind jetzt die gestärkten Möglichkeiten der Vorgesetzten, das Arbeitszeitverhalten zu bestimmen und zu beeinflussen, je nach Arbeitsanfall. Dem Vorgesetzten wird monatlich eine Saldoquote vorgelegt, er kann weitgehend Einfluß nehmen auf Arbeitsbeginn, Arbeitsende und Arbeitsdauer. „Individuelle Zeitgestaltung wird begrenzt durch die betrieblichen Notwendigkeiten“, und wer die „betrieblichen Notwendigkeiten“ nicht ausreichend beachtet, kann aus der Gleitzeit herausgenommen werden. Der Vorgesetzte kann den Saldoabbau vorgeben. Ordnet er sogenannte „Arbeitsfreistellungen“ an, so müssen sie mindestens einen Tag (!) vorher angezeigt werden. Damit ist es nicht mehr zulässig, „Mitarbeiter für den Tag von der Arbeit freizustellen, an dem sie die Arbeit bereits aufgenommen haben“. Solch verwilderte Sitten modernen Tagelöhnerwesens hatte das Versuchsmodell im E-Werk bereits zugelassen. Samstagsarbeit wird in die ungleiche Verteilung der Arbeitszeit einbezogen, die Zeit kommt in den Gleitzeitsaldo. Damit sind nicht nur die Zuschläge für Samstagsarbeit dahin. Die Siemens AG hat auch wieder mal einen Schritt hin zum Samstag als Regelarbeitstag durchsetzen können. — (H.H.)

des Klu-Klux-Klan entdeckt. Dem Wohnungsinhaber, der ein Teilgeständnis abgab, werden nun Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Volksverhetzung vorgeworfen. — (hma)

Keine städtischen Gelder für Revanchisten

Viersen. Die städtischen Gelder für alle Viersener Vereine der sogenannten „Heimatpflege“, zusammen ca. 20000 DM, sind vorläufig gesperrt. Die SPD hatte mit Unterstützung der Grünen im Kulturausschuß beantragt, die vorgesehenen 500 DM für den „Bund der Vertriebenen“ für „ostdeutsche Heimatpflege“ zu streichen. Konkreter Anlaß war für die SPD eine Anzeige des BdV in einem Lokalblatt, die mit entsprechendem Begleittext das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 zeigte. Der Vorschlag, die Gelder für den BdV als strittig aus dem gesamten Zuschußpaket herauszutrennen, fand keine Mehrheit. Für Viersens Stadtdirektor Dr. Jörg Dinger ist das „Patt“ jedoch keine endgültige Entscheidung. Das Geld für die Vereine stehe zur Verfü-

gung. Man werde eine erneute Ausschußentscheidung herbeiführen, notfalls könne der Rat, in dem die CDU die absolute Mehrheit hat, die Sache an sich ziehen. — (hma)

VVN/BdA Dortmund gegen Bundeswehreinsätze

Dortmund. Die VVN-Bund der Antifaschisten von Dortmund appelliert an die Bundestagsabgeordneten der Stadt, jeden Einsatz von Bundeswehrtruppen außer zur Verteidigung abzulehnen. Mit der Behauptung, es gehe in Bosnien um die Unterstützung eines humanitären UNO-Auftrags, werde verschleiert, daß sich die Bundeswehr immer mehr in eine Kriegsführungsarmee verwandelt. Ausgerechnet ins ehemalige Jugoslawien, wo die Hitler-Truppen mit den höchsten Blutzoll erreichten, drängen nun deutsche Generäle, die Nachfolger der Nazi-Wehrmachtführung. Dazu paßt, daß Bonn zur NATO-Eingreiftruppe Gebirgsjäger aus der General-Kübler-Kaserne abstellt, deren Namenspatron in Jugoslawien wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt worden ist.

Die VVN-BdA Dortmund wird sich an

Aktionen der Friedensbewegung gegen die deutsche Kriegsführungspolitik und -praxis beteiligen. Sie fordert die Verantwortlichen der Stadt auf, mitzuhelfen, daß der Balkan-Krieg nicht ausgeweitet wird. Es sollten durch die Stadt Beiträge geleistet werden, die Opfer der Militärjustiz der Nazis zu rehabilitieren.

— (Presseerklärung der VVN-BdA vom 22.6.95)

Kurdischer Verband YEK-KOM durchsucht

Bochum. Am 20. Juni wurden die Räume des kurdischen Dachverbandes YEK-KOM und des Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereins in Bochum durchsucht. Zwei Personen, darunter ein Vorstandsmitglied von YEK-KOM, wurden vorübergehend festgenommen.

In einer Protesterklärung erklärte YEK-KOM zu diesem Überfall: „Der Durchsuchungsbefehl war auf den 9. Mai 1995 datiert. Am 5. Mai hatte YEK-KOM mit anderen Organisationen die kurdische Großdemonstration für den 17. Juni in Bonn angemeldet. (siehe dazu unseren ausführlichen Bericht auf Seite 2, d. Red.) Der Grund für den

Durchsuchungsbefehl und die spätere Durchsuchung war die Beteiligung von YEK-KOM im Vorbereitungskomitee für diese Demonstration. In diesem Vorgehen zeigt sich wieder einmal die Einschüchterungspolitik gegen das kurdische Volk und seine Vereine. Durch die Repression soll der Aufruf für eine friedliche Lösung sabotiert werden.“

Weiter wird in der Erklärung berichtet, daß der Verfassungsschutz an die Medien, die im Zusammenhang mit der Kampagne gegen die Kriegshetze des Senders TRT-INT u.a. bei YEK-KOM Informationen eingeholt hätten, mit der Behauptung herangetreten sei, YEK-KOM sei eine verbotene Vereinigung.

Verschiedenen Prominenten habe der Inlands-Geheimdienst geraten, „YEK-KOM durch offizielle Kontakte nicht aufzuwerten.“

Auch in Bremen und bei einer Buchhandlung in Frankfurt kam es in den letzten Tagen wieder zu polizeilichen Durchsuchungen im Zusammenhang mit dem PKK-Verbot. Einzelheiten dazu waren bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt.

Quelle: „Kurdistan-Rundbrief“ Nr. 13/95 — (rül)

Streit um Drogenpolitik des Hamburger Senats

Drogenhilfen und Einwohnervereine kritisieren die Drogenpolitik des Senats

Der Drogenbeauftragte des Hamburger Senats, Horst Bossong, will in der Drogenhilfe die Prinzipien Leistung, Erfolgskontrolle und Wirtschaftlichkeit einführen. Viele Hilfseinrichtungen seien „Lichtjahre entfernt vom Stand der modernen Dienstleistungstechnik“. Die von Sozialarbeitern getragene Suchtkrankenhilfe sei in den vergangenen Jahren immer stärker unter Konkurrenzdruck von Ärzten geraten, wofür die Methadon-Substitution ein Beispiel sei. Er verwies auf Untersuchungen, nach denen die in Hamburg aufwendige psycho-soziale Begleitung der Methadon-Patienten nicht so entscheidend sei wie die bloße Vergabe der Ersatzdroge. Das veraltete Finanzierungssystem, nach dem alle Einrichtungen unabhängig vom Erfolg die gleiche Ausstattung erhalten, verführe einige dazu, „kollektiv in einem geistigen Bummelstreik“ zu verharren, das Drogenhilfegeschehen erscheine „merkwürdig unsystematisch und beliebig; für manchen ist es ein Faß ohne Boden“. Die Berichte der Sozial- und Drogenarbeit seien von „lyrisch-verklärter Dateninterpretation“ gekennzeichnet, eine Leistungs- und Erfolgskontrolle sei nicht vorhanden. Notwendig sei eine Radikalkur, das veraltete Finanzierungssystem müsse abgeschafft werden. Die Zukunft gehöre der Marktwirtschaft. „Konkret: Nahezu sämtliche fest finanzierten Planstellen sind von der strukturellen Lage her abzuschaffen und stattdessen von abrechenbaren Einzelleistungen zu realisieren. (...) Geld gegen Leistung“. Dies will er 1996 verwirklichen und mit den freien Trägern der Drogenhilfe über die Möglichkeit der Leistungsmessung und -Abrechnung verhandeln.

„Der Vorstoß des Herrn Bossong, getrieben vom Interesse an Einsparungen im Sozialhaushalt, wird von den betroffenen Drogenhilfeorganisationen zu Recht kritisiert (s. nebenstehend). Die Senatspolitik bewegt sich unter dem Deckmantel der Förderung von Effizienz und Leistung immer mehr auf den Abbau von sozialer Zuwendung und Hilfe für Suchtkranke zu. Warum teure, im Effekt kaum meßbare „psychosoziale Betreuung“, wenn die reine Vergabe von Ersatzdrogen angeblich fast den gleichen Effekt hat? Auch die Einführung „moderner, arbeitszeitsparender (und zugleich kundenfreundlicher) Technik“, die Bossong fordert und die er vermutlich zur Einführung EDV-gestützter Leistungserfassung und -Messung benutzen möchte, steht im Widerspruch zu der Notwendigkeit, „einer kriminalisierten Klientel den Schutz der Anonymität zu gewährleisten“, wie es das Drob Inn Team in einem Leserbrief an die taz formuliert. Die staatliche Drogenpolitik steuert so immer mehr auf einen Punkt zu, wo der Drogenabhängige entweder „zufriedener (und befriedeter) Kunde“ der „effizienten staatlichen Dienstleistung“ ist oder zum Objekt staatlicher Sicherheits- und Ordnungsmaßnahmen wird. Dabei ist die Drogenhilfe sowieso eher ein Störfaktor: Im „Handlungskonzept für die Polizei im Stadtteil St. Georg“ der Innenbehörde vom 31.5. liest man dazu: „Dabei stehen die einschreitenden Polizeibeamten in Konflikt zwischen den Grundgedanken des Konzepts, daß der Konsument einerseits primär als Kranker anzusehen ist und andererseits Szenebildungen auch mit polizeilichen Mitteln zu bekämpfen sind. Dieser Konflikt wird insbesondere deutlich, wo sog. niedrigschwellige Hilfseinrichtun-

gen (z.B. das „Drob Inn“) zur Szenebildung beitragen und polizeiliche Maßnahmen im Einzelfall (mit sozialpädagogischer Begründung) erschwert werden, obwohl etwa die Funktionsfähigkeit des „Drob Inn“ auch durch polizeilichen Schutz gesichert wird.“ (Staatl. Pressestelle Wochenbericht 23 v. 9.6.95) Angesichts der im gleichen Papier vorgetragenen Erkenntnis, „daß die strukturell bedingte Tendenz bestimmter Formen von Kriminalität und sonstigem sozial auffälligen Verhalten, Schwerpunkte in der Umgebung von Großstadtbahnhöfen zu bilden, durch polizeiliche Maßnahmen nicht verhindert werden kann“, und daß „bei ca. 9500 Konsumenten harter Drogen in Hamburg ... das Problem von Drogenabhängigkeit und Drogenhandel nicht unsichtbar gemacht werden“ kann, bedeutet eine unter dem Vorwand von „Effizienz“ und „Wirtschaftlichkeit“ vorgetragene Beschneidung der wirklichen Hilfsangebote für Abhängige, daß in Zukunft noch stärker auf Kriminalisierung und Ausgrenzung gesetzt werden soll. Dies entspricht den Forderungen der CDU, die für eine „erheblich schärfere Strafverfolgung“ eintritt und verlangt, daß sich „die Drogenpolitik in Hamburg endlich wieder an den Menschen orientieren muß, die nicht abhängig sind“ (HA, 9.6.95). — (ulj)

Offener Brief

An die Senatorin der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Frau Fischer-Menzel

Die Freien Träger der Hamburger Drogenhilfe verwahren sich entschieden gegen diffamierende und beleidigende Äußerungen des Hamburger Drogenbeauftragten Dr. Horst Bossong gegenüber ihrer Arbeit. Als Leiter der Fachbehörde Drogen und Sucht steht es ihm nicht an, öffentlich in verschiedenen Medien (NDR, TAZ, Spiegel) in völlig undifferenzierter Weise die Arbeit von vielen hundert Kolleginnen und Kollegen abzuqualifizieren. Ohne irgendwie die Adressaten seiner Schmähungen zu spezifizieren, wird von Kolleginnen und Kollegen, die „in einer Art geistigen Bummelstreiks verharren“, von „lyrisch-verklärter Dateninterpretation“, von „geschönten Berichten“, von der „Beliebigkeit psychosozialer Tätigkeit“ oder von „Akten werden gesucht und nicht gefunden“ gesprochen. (...) Sozialpädagogik und Sozialarbeit verfügen in der Suchthilfe über eine Fachkompetenz, die sich mit anderen Dienstleistungszweigen nicht nur messen kann, sondern sich auch in wesentlichen Merkmalen davon unterscheidet. Ein Wichtiges ist, das Ergebnisqualität (Out-Put) in diesem Bericht nicht unbedingt mit betriebswirtschaftlichen Optimierungskalkülen korrespondiert. Dr. Bossong ignoriert beharrlich die entsprechende Diskussion in den Wissenschaften und macht in der Öffentlichkeit Stimmung gegen einen ganzen Berufsstand.

Wir fordern die BAGS auf, einen kompetenten Verhandlungspartner zu delegieren, der in der Lage und willens ist, kooperativ mit den Freien Trägern die Grundlage der zukünftigen Zusammenarbeit zu gestalten.

Drogenhilfe Horizont e.V., Frauenperspektive e.V., Jugendhilfe e.V./Arbeitsfeld Drogen, Jugend hilft Jugend e.V., Therapiehilfe, 2. 6. 95 (gekürzt)



St. Georger Appell 1995

Hamburg-St. Georg und der in diesem Stadtteil gelegene Hauptbahnhof sind bundesweit ein Synonym für Drogenelend und Armuterscheinungen aller Art. Seit etwa acht Jahren hält diese Entwicklung an — und spitzt sich vor allem seit Anfang der neunziger Jahre immer weiter zu.

Die Menschen in St. Georg, Initiativen und Vereine der Anwohnerschaft und Gewerbetreibende, soziale und pädagogische Einrichtungen, Firmen und verschiedene Bereiche des Hamburger Hauptbahnhofs sind nicht länger gewillt, diese Entwicklung hinzunehmen. Der in dem vorliegenden Papier zum Ausdruck kommende weitreichende Konsens ist ein Ergebnis des mehrjährigen Erlebens von Drogenelend und Armuterscheinungen und der entsprechenden Auseinandersetzungen um Vorschläge zur Entschärfung der Problemlage.

Die Unterzeichner erklären ausdrücklich, daß spürbare und dauerhaft wirksame Lösungen für St. Georg und seinen Hauptbahnhof vorrangig nicht durch repressive Maßnahmen erreicht werden können. Drogenelend und Armuterscheinungen können durch noch so viele polizeiliche Einsätze zwar verschoben und punktuell verdrängt, nicht aber aufgelöst oder beseitigt werden. Wir halten daher die Schaffung weiterer, dezentraler Drogenhilfeeinrichtungen in ganz Hamburg, aber auch den Ausbau der Versorgung von Problemgruppen in St. Georg bzw. Hauptbahnhofnähe für erforderlich. Darüber hinaus kann eine langfristige Lösung der angespannten Lage nur durch die Entkriminalisierung von Drogenabhängigen und die kontrollierte Freigabe der bisher illegalisierten Drogen erreicht werden. Wir unterstützen deswegen die entsprechende Gesetzesinitiative der Freien und Hansestadt Hamburg auf Bundesebene. (...) Über die Aspekte und die nachfolgenden Forderungen werden die Unterzeichner des „St. Georger Appells 1995“ mit allen politisch Verantwortlichen der Stadt in Dialog treten und ein gemeinsames Maßnahmenkonzept erarbeiten. Wir rufen die St. Georger Menschen, ihre Initiativen und Vereine, die sozialen und pädagogischen Einrichtungen, die Gewerbetreibenden und Unternehmen auf, diesen Appell zu unterstützen.

Wir fordern:

1. Zur Kompensation erheblicher Belastungen in St. Georg sind besondere Maßnahmen im Interesse der Anwohnerschaft und Gewerbetreibenden zu ergreifen. Dazu zählen u.a. eine Ganztagschule, eine Turnhalle und Veranstaltungsräume für Stadtteilzwecke, ei-

ne Stadtteilbibliothek, Verkehrsberuhigung, der Schutz bzw. die Förderung des ansässigen Kleingewerbes, die Verhinderung jeglichen Abbaus von Angeboten im Kinder- und Jugendbereich, die Erhaltung des Modellprojekts schulische Suchtprävention, die zügige Umsetzung der Stadtsanierungsmaßnahmen im Bereich Böckmannstraße! Wichtig ist auch die Zurückdrängung von Spielhallen, Sex-Shops, Bordellen und Straßenprostitution im Wohngebiet!

2. Verbot der weiteren Einweisung von Angehörigen sozialer Problemgruppen in St. Georger Hotels und Pensionen durch das Landessozialamt und das Bezirksamt und schneller Abbau der vorhandenen Belegung durch Schaffung angemessener Unterbringungsmöglichkeiten für diese Menschen auch außerhalb St. Georgs! Förderung der Umwandlung von Pensionen und Hotels am Hansaplatz in Wohnraum, ggfs. durch Aufkauf von Bordellen und Absteigen durch die Stadt!

3. Kombinierte Fristen- und Bedarfsreinigung am Hansaplatz und in den angrenzenden Seitenstraßen! Städtischer Müllcontainer auf den Hansaplatz! Ein Nutzungskonzept für den Hansaplatz, das u.a. einen Wochenmarkt, Schachspielfläche, Rollschuhbahn, Café und öffentliche Toiletten umfassen könnte!

4. Schaffung von niedrigschwelligen Drogenhilfeeinrichtungen mit angeschlossenen Fixerräumen in weiteren Hamburger Stadtteilen!

5. Ausbau der Entzugs- und Therapieplätze in Hamburg! Poolfinanzierung durch die Krankenkassen, Sozial- und Rentenversicherungsträger! Verpflichtung der hamburgischen Krankenhäuser zur Unterhaltung von Entgiftungsplätzen und zur niedrigschwelligen Methadonabgabe!

6. Ein Fixerraum auf dem Carl-Legien-Platz! Ausreichender Betreuungsschlüssel für eine tägliche Öffnungszeit von 12 bis 24 Uhr!

7. Verlegung des „Drob Inn“ in adäquate Räumlichkeiten im Stadtteil mit der Möglichkeit der Erweiterung durch die Anbindung eines Fixerraumes und/oder einer niedrigschwelligen Methadon-Abgabestelle!

8. Erweiterung der an die entsprechenden Einrichtungen angebundenen Straßensozialarbeit für minderjährige Flüchtlinge, Drogenabhängige, Alkoholiker und Obdachlose!

9. Schaffung einer täglich von 12 bis 24 Uhr geöffneten Aufenthaltsstätte für Alkoholiker und Obdachlose mit Beratungs- und Freizeitangeboten sowie Konsummöglichkeiten, möglichst unter Einbeziehung bereits bestehender Einrichtungen!

10. Verlegung der Zentralambulanz für Betrunkene (ZAB) an der Brennerstr. 81 in einen anderen Hamburger Stadtteil! Umgestaltung des Gebäudes und der angeschlossenen Halle zu einem St. Georger Bevölkerungstreffpunkt (Kinder- und Jugendzentrum, Turnhalle und Veranstaltungsraum)!

St. Georg, den 14. Juni 1995
Michael Joho, für den Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V.; Helmut Voigtland, für den Bürgerverein zu St. Georg von 1880; Gunter Marwege und Kay Kraack, Pastoren der ev.-luth. Kirchengemeinde St. Georg; Peter Möller, für das Team des Drob Inn; Norbert Dworsky, für den Verein Freiraum Hamburg (Gesundheitsräume).
(Gekürzt. Vollständig in: „Hamburger Lokalberichten“ 13/95, d. Red.)

Gegen ständig steigende Kommunalgebühren

PDS-Landtagsfraktion in Sachsen schlägt Kommunalabgabenenlastungsgesetz vor

Gegenwärtig bewegen die Kommunalabgaben in allen neuen Bundesländern die Gemüter. Keiner, auch nicht die meisten PDS-Abgeordneten, hat wohl bei der Verabschiedung der Kommunalabgabengesetze in den Ländern und den nachfolgenden kommunalen Satzungen an die Auswirkungen gedacht. Aber jede neue Baumaßnahme, ob Straße oder Abwasserleitung, muß irgendwann bezahlt werden, und das trifft nun vor allem die vielen Eigenheimbesitzer, die sich ihr Häuschen zu DDR-Zeiten mit viel Eigenleistung gebaut haben und über wenig Ersparnis verfügen. Sie werden jetzt mit den Kosten konfrontiert. Auch in Sachsen führte das dort, wo es schon konkret wurde, zu großen Protesten. Massenhafte Petitionen an den Landtag geschickt, mancher Bürgermeister konnte bei Bürgerversammlungen nur mit Mühe seine Haut retten.

Die Landtagsfraktion der PDS im Freistaat Sachsen hat nun ausgehend von den aufgelaufenen Problemen einen Gesetzentwurf zur Veränderung der bestehenden gesetzlichen Regelungen zu den Kommunalabgaben vorgelegt und am 7. Juni in den parlamentarischen Gang gebracht. Die nachfolgende Erklärung von Dr. Michael Friedrich, MdL und stellvertretender Fraktionsvorsitzender, wurde den Medienvertretern am 8. Juni 1995 zur Pressekonferenz zusammen mit dem Gesetzentwurf eines Kommunalabgabenenlastungsgesetzes übergeben. — (sta)

Der Vorschlag der PDS-Fraktion Sachsen

Mit dieser Initiative verwirklicht die PDS-Fraktion ihr Wahlversprechen, sich dafür einzusetzen, eine weitere Kostenexplosion für die Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und den Bau von Verkehrsanlagen zu verhindern und die Bürger des Freistaates Sachsen von ständig steigenden Kommunalabgaben verbindlich zu entlasten.

Nachdem die Staatsregierung das Problem lange Zeit verschlafen hat und sich neuerdings in halbherzigen Eingeständnissen und Zynismus übt, die CDU-Fraktion die außerordentliche Brisanz des Themas endlich erkannt zu haben scheint, von der Staatsregierung aber sehr schnell in die Schranken gewiesen wurde und sich nun diszipliniert fügt; die SPD-Fraktion mit dem Landtagsantrag zur Novellierung des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (DS 2/0787) auf der richtigen Spur ist, ihr aber offensichtlich die Kraft für eine eigene Gesetzesnovelle fehlt, bringt sich die PDS-Fraktion mit einem konstruktiven Angebot in die Diskussion ein. Wohlwissend, daß zu DDR-Zeiten speziell im Abwasserbereich große Unterlassungssünden zugelassen wurden und daß die jetzt notwendigen hohen Investitionen von den Gemeindebürgern und/oder den Steuerbürgern letztendlich in jedem Fall getragen werden müssen, beinhaltet das Kommunalabgabenenlastungsgesetz als Artikelgesetz zur Änderung des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes, der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen, des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit und des Sächsischen Wassergesetzes die folgenden substantiellen Neuerungen:

1. Grundstückseigentümer und Gebührenschuldner sollen wesentlich ver-

bindlicher über den geplanten (Aus)Bau von Einrichtungen zur öffentlichen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung und Verkehrsanlagen unterrichtet und beraten werden. Analog dem Verfahren zur Beteiligung der Bürger gemäß § 3 Baugesetzbuch wird den Beitragsschuldnern (Anliegern) zwingend die Gelegenheit eingeräumt, Anregungen und Bedenken zu entsprechenden Planungen zu äußern sowie in Planungsunterlagen und Kostenrechnungen Einblick zu nehmen. Die Kommunen haben ein „Belastungsverzeichnis über Kommunalabgaben“ zu führen und in den Fällen, daß die Summe der Belastungen durch Kommunalabgaben für typische Haushaltsgruppen nicht mehr tragbar ist, entsprechend § 73 der Sächsischen Gemeindeordnung Entlastungen vorzunehmen. Schließlich sollen den Bürgern gegenüber Zweckverbänden sinngemäß die gleichen Rechte bezüglich Einwohnerversammlungen, Einwohnerantrag, Bürgerentscheid und Bürgerbegehren zustehen wie gegenüber der Gemeinde.

2. Ausdrücklich wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Schuldner von Gebühren und Beiträgen — als letzte in einer langen Kette, für die es am schwierigsten ist, sich zu wehren — vor sozialen Härten zu schützen. Es wird ein Rechtsanspruch auf die Inanspruchnahme von Härteregelelungen eingeführt, insbesondere auf zinslose Stundung von Beiträgen. Dieser Rechtsanspruch ist für die Betroffenen eindeutig nachvollziehbar, weil auf eine konkret bestimmbare wirtschaftliche Leistungskraft des Beitragsschuldners abgestellt wird. Dabei wird das Problem der „übergroßen bebauten beitragspflichtigen Grundstücke“ differenziert behandelt.

3. Den Erfahrungen des Bundeslandes Rheinland-Pfalz folgend, werden Obergrenzen für Trink- und Abwassergebühren in Sachsen vorgeschlagen: — Wassergebühren bis 3,33 DM je Kubikmeter Trinkwasser — Abwasserbeseitigung bis zu 6,66 DM je Kubikmeter Abwasser.

Dies soll bis zu einem Wasserverbrauch von 35 Kubikmeter je natürliche Person und Jahr gelten, darüber hinaus erfolgen im Interesse des Schutzes der Wasserressourcen und der Umwelt kostendeckende Preise.

Für eine vierköpfige Familie bedeutete dies bei Einhaltung des „Grenzverbrauchs“ 117 DM pro Monat; eine Belastung, die immer noch als sehr hoch angesehen werden muß.

4. Durch Planungs- und Projektierungsfehler entstandene echte Überkapazitäten von Einrichtungen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung bleiben bei der Gebührenkalkulation außer Betracht. Es ist unzulässig, daß quasi „auf Vorrat“ gebaute Einrichtungen zu Lasten der derzeitigen Benutzer gehen. Vielmehr gilt hier das „Verursacherprinzip“.

5. Den Vorschlägen des Bundes der Steuerzahler folgend, werden bei Abschreibungen ausschließlich die Herstellungskosten und Anschaffungskosten angesetzt.

Der höhere Wiederbeschaffungswert, der ausschließlich auf gewinnstrebige Unternehmen zugeschnitten ist, wird aus dem Kommunalabgabengesetz herausgenommen.

Außerdem wird explizit ein Verbot von jeglichen Doppelfinanzierungen eingeführt.

6. Das Prinzip der Verteilung des Beitrages auf alle Grundstücke nach der Globalrechnung wird beibehalten. Die Festsetzung der Höhe des Betriebskapitals allerdings soll ausschließlich auf der Grundlage der noch zu errichtenden Anlagen und nicht — wie gegenwärtig — unter Einbeziehung der bereits vorhandenen Anlagen erfolgen.

7. Straßenbaubeiträge sollen nur noch dann beitragsfähig sein, wenn nach Erlaß der Satzung ein Ausbau auf eine Breite erfolgt, die größer ist als auf den anschließenden freien Strecken.

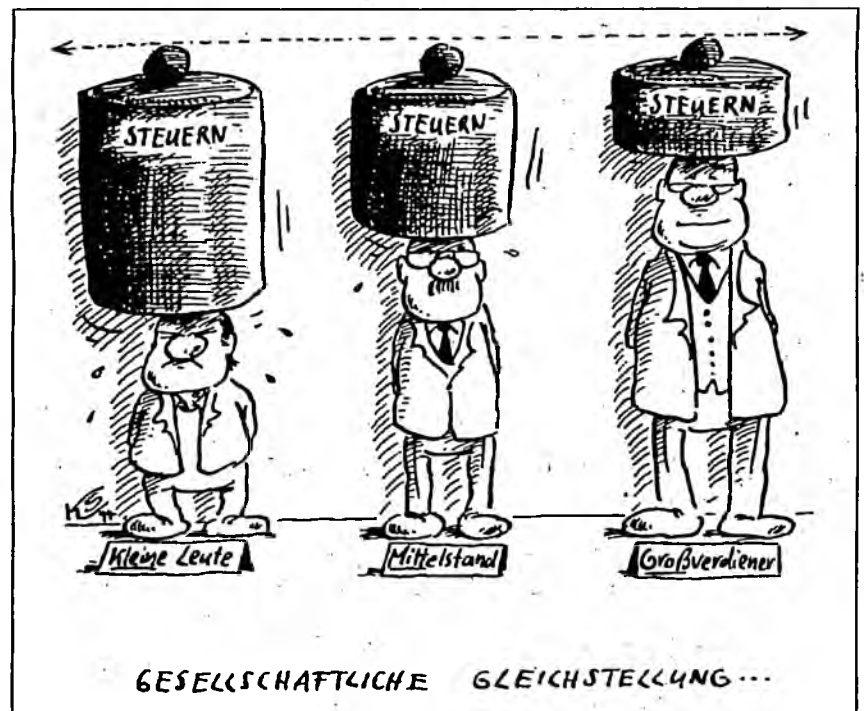
Der „Anteil des öffentlichen Interesses“ wird maßvoll erhöht und soll bei Anliegerverkehr mindestens 35 vom Hundert (bisher 25 vom Hundert), bei vorwiegend innerörtlichem Durchgangsverkehr mindestens 60 vom Hundert (bisher 50 vom Hundert) und bei überwiegend überörtlichem Durchgangsverkehr mindestens 85 vom Hundert (bisher 75 vom Hundert) betragen.

Verlangt mehr als die Hälfte aller Anlieger einen schrittweisen Ausbau — bei zu erwartenden erheblichen finanziellen Belastungen nur mehr als ein Drittel — so ist dem Anliegen stattzugeben.

8. Die durch die genannten Änderungen entstehenden Einnahmeausfälle der Beitrags- und Gebührenberechtigten tragen zu 50 % der Freistaat Sachsen, zu 50 % die Kommunen. Im Finanzausgleichsgesetz und im Haushaltsgesetz 1996 muß dieser veränderten Situation Rechnung getragen werden, insbesondere muß anstelle der bisherigen Förderpraxis der Staatsregierung ein Jahreszuschuß treten. Das hätte den Vorteil, daß der Zuschußbedarf bei ansteigenden durchschnittlichen Einkommen der Bürger zurückgefahren werden kann.

Die PDS-Fraktion ist überzeugt, daß diese Vorschläge auch bei den anderen Fraktionen auf Interesse stoßen und in ihrer Kernsubstanz aufgegriffen werden. Über die Fraktionsgrenzen hinweg sollte die Erkenntnis reifen, daß das nach dem Vorbild der alten Bundesländer geschaffene Sächsische Kommunalabgabengesetz vom September 1993 die besonderen Probleme des Übergangs vom Zentralstaat zur kommunalen Selbstverwaltung nur unzureichend berücksichtigt.

Das vorliegende Diskussionsangebot ist kein Wundermittel, wohl aber ein Schritt in die richtige Richtung.



Chemietarife Ost: 12,3 Prozent mehr in 3 Stufen und 14 Monaten

Nach schwierigen Tarifverhandlungen hat sich die IG Chemie-Papier-Keramik mit den Chemiearbeitgebern Ost (AVCO) in der dritten Verhandlungsrunde am 15./16. Juni auf einen neuen Tarifvertrag für die etwa 48000 Beschäftigten der chemischen Industrie in den neuen Bundesländern geeinigt. Die Entgelte steigen von 1.6.95 an um 5,1 Prozent, vom 1.1.96 an um 3,2 Prozent und vom 1.5.96 an um weitere 3,5 Prozent. Die Gesamterhöhung beträgt 12,3 Prozent bei einer 14monatigen Laufzeit.

Nach Angaben der IG Chemie liegen die Entgelte der Ost-Chemiearbeiter dann bei durchschnittlich 82 Prozent des Westniveaus (Tarifbezirk Bayern), wobei allerdings die im Westen im Februar/März 1996 fällige Entgelterhöhung nicht berücksichtigt ist. Der Tarif-

experte im IG Chemie Hauptvorstand, Hans Terbrack, bezeichnete den Abschluß als „tragfähigen Kompromiß“. Die Tarifkommission hat dem ausgehandelten Ergebnis mit großer Mehrheit zugestimmt.

Die Entgelte erhöhen sich damit bis zum 1.5.96 um insgesamt 246 DM in der untersten Gruppe E1 auf dann 2254 DM und um 286 DM in der „Ecklohngruppe“ E6 auf dann 2615 DM. Ein Nullmonat konnte zwar abgewehrt werden, aber weder konnte die Laufzeit auf 12 Monate begrenzt noch konnte eine prozentuale Anbindung der Osttarife ans Westniveau und damit eine Verbindung der Tarifbewegungen im nächsten Jahr erreicht werden.

Von einer „Angleichung der Lebensverhältnisse“, wie im Einigungsvertrag für 1994 prophezeit war, ist der Chemiebereich noch weiter entfernt als andere. — (mio)

Warum attackiert der „Spiegel“ „rote Bonzen“ in der Ost-Landwirtschaft?

Die Hoffnung, die LPG-Nachfolger völlig zu zerschlagen, ist nicht aufgegangen

Die Kampagne des Spiegel (Ausgabe Nr. 24 vom 12.6.1995) gegen die Nachfolgeunternehmen der LPG (landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften) hat Gründe: Das Konzept der Herrschenden, sowohl alte Besitzverhältnisse wiederherzustellen als auch jeden Ansatz einer anderen Eigentumsform auszulöschen, ist gescheitert.

Fakt ist, daß

- die Mehrzahl der heutigen Leiter der Agrarunternehmen Leute aus der „zweiten Reihe“ sind und nicht die alten Vorsitzenden,
- sie demokratisch gewählt wurden,
- die Agrarunternehmen Gemeinschaftsbetriebe sind, deren Gesellschafter meist Mitarbeiter der Betriebe sind (und keineswegs „Eigentum“ der Leiter!),
- sich infolge der Regierungspolitik ein dramatischer Rückgang der Beschäftigten auf dem Lande vollzog,
- ganze 3 bis 4 % der Bauern Wiedereinrichter werden wollten, also privat wirtschaftende Einzelbauern, die absolute Mehrheit der früheren LPG-Bauern jedoch für das Weitermachen in Gemeinschaftsbetrieben war,
- in den inzwischen wirtschaftlich stabiler gewordenen Betrieben rund 130 000 Rest-Beschäftigte tätig sind,
- ganz offensichtlich diese Betriebe mit bis zu 1000 Hektar Land den westdeutschen Klein- und Mittelbetrieben wirtschaftlich überlegen sind.

Alles „gute Gründe“, um sie als „gefährliche Konkurrenz“ zu diffamieren. Kann der Spiegel es nicht ertragen, wenn Ostdeutsche mit Gemeinschafts- bzw. genossenschaftlichen Betrieben plötzlich in der Marktwirtschaft erfolgreich sind?

Wir dokumentieren Antworten aus der PDS auf die Hetze des Spiegel. — (abe)

Lutz Scherling, PDS-Vorstand

PDS bekennt sich zu gemeinschaftlichen Produktionsformen

In typischer Spiegel-Manier wird mit einer konstruierten Story über angebliche Bereicherungen in zweistelliger Milliardenhöhe durch Vorsitzende und Vorstandsmitglieder ehemaliger LPG eine politische Stimmung gegen gemeinschaftlich wirtschaftende Agrarunternehmen im allgemeinen und Produktionsgenossenschaften im besonderen geurteilt.

Wer die Strukturentwicklung in der ostdeutschen Landwirtschaft auch nur halbwegs realistisch verfolgt hat, wird wissen, daß die Umstrukturierung der Betriebe nur auf der Grundlage fachlich geprüfter DM-Eröffnungsbilanzen und amtlich bestätigter Betriebskonzepte möglich war. Diese Unterlagen wurden überdies bei allen Förderanträgen und bei Landpachtentscheidungen durch Ämter, Kommissionen und Treuhändereinrichtungen immer wieder eingefordert und überprüft. Möglicherweise hat es in Einzelfällen auch Unregelmäßigkeiten gegeben. Das als grundsätzliche Erscheinung hochzustilisieren, ist eine üble Diffamierung aller Berufskollegen, die im ländlichen Raum Gemeinschaftsunternehmen erfolgreich in die

Marktwirtschaft geführt und damit Arbeitsplätze und Wertschöpfung gesichert haben.

Die wirklichen Wertverluste sind durch den Preisbruch nach der Währungsunion, durch Diskriminierung der juristischen Personen in der Förder- und Bodenpolitik und durch die Rahmenbedingungen einer völlig verfehlten EU-Agrarpolitik entstanden. Außerdem sind etwa die Hälfte aller Unternehmen mit erdrückenden Altkrediten der LPG belastet. Jetzt ... ein Feindbild in Form der LPG-Vorsitzenden aufzubauen, ist für die ostdeutsche Landwirtschaft schädlich und zutiefst kontraproduktiv. Die PDS wird sich in ihrer Agrarpolitik eindeutig zu den gemeinschaftlichen Produktionsformen bekennen, weil sie nicht nur eine Übergangserscheinung im Umstrukturierungsprozeß, sondern eine dauerhafte, moderne und gleichberechtigte Komponente innerhalb der Agrarstruktur der Bundesrepublik Deutschland sind.

Lutz Scherling ist agrarpolitischer Sprecher des PDS-Parteivorstands. (aus: PDS-Pressedienst vom 12. Juni)

Dr. Günter Maleuda (MdB)

Es geht um die Liquidierung der Bodenreform

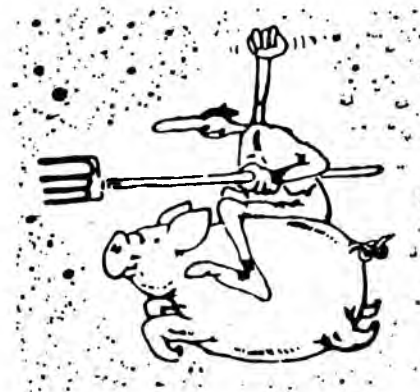
Offensichtlich gibt es in der Bundesrepublik einflußreiche Kräfte, die nicht eher ruhen werden, bis auch die letzte Erinnerung an alternative Produktionsweisen zerstört und alte Besitzverhältnisse wiederhergestellt sind.

„Die Landwirtschaft ist der einzige Wirtschaftszweig Ostdeutschlands, der dem Westen überlegen ist“ bedauert der Spiegel ... Zu viele Bauern wollten „Genossen in einer Genossenschaft bleiben“, ... und ihr Bodenreformland nicht an die Junker zurückgeben. Dabei hat ihnen ihre in der DDR erworbene Intelligenz sehr geholfen.

Zwar hat der Bauer mit Währungsunion und Preisbruch bei seinen Erzeugnissen — „dank“ Preisdiktat der fest in westlicher Hand befindlichen Nahrungsmittelkonzerne und Handelsketten —, durch Verdrängung aus den Verkaufsregalen und Umstrukturierung der Unternehmen riesige Verluste hinnehmen müssen, doch bäuerlicher Gemeinschaftssinn ... war stärker als nacktes Eigentums- und Profitinteresse.

Gesetzliche Grundlage der LPG-Umwandlung war das Landwirtschaftsanpassungsgesetz. Die Bauern übernahmen ihr Bodeneigentum, das ihnen in der DDR nie genommen worden war, wieder in eigene Verfügungsgewalt. Sie organisierten die Zuordnung des LPG-Vermögens auf alle Mitglieder. In den Mitgliederversammlungen wurden die Ergebnisse dieser Vermögenszuordnung beschlossen, denn sie war Voraussetzung für staatliche Fördermittel und wurde bei deren Beantragung durch die Landesregierungen gründlich geprüft. Folglich konnten die „roten Barone“ gar nicht selbstherrlich entscheiden ... Jedes Mitglied konnte frei entscheiden, ob es weiterhin Gesellschafter in dem Nachfolgeunternehmen bleiben wollte.

... Man sollte die Bauern einer liqui-



dierten LPG einmal fragen, wieviel Vermögen ihnen ausgezahlt wurde ... Herausnahme des Vermögens aus dem Unternehmen kann jedoch zum Konkurs führen. Warum fordern die Spiegel-Schreiber kein Kredithilfeprogramm für LPG-Nachfolgeunternehmen, um dann Vermögensbeteiligungen schneller auszahlen zu können?

Es ist Tatsache, daß bei LPG-Umwandlungen auch Fehler gemacht wurden, die zu unzulässigen Vermögensverteilungen geführt haben. Das sind jedoch Einzelfälle. Wo sie bekannt wurden, werden sie korrigiert ...

Der Mut der Bauern, die im Familienbetrieb ihre landwirtschaftliche Tätigkeit wieder aufgenommen haben, ist bewundernswert. Sie vertrauen auf die Gemeinschaft mit dem Raiffeisenverband, den Maschinenringen und in vielen Fällen auch auf die Zusammenarbeit mit landwirtschaftlichen Unternehmen als juristische Personen. Was soll also das Geschrei von den neuen „Großagrariern“ und „alten Seilschaften“? Wem nützt es?

Es geht um die Liquidierung der Bodenreform, um den Ausschluß juristischer Personen vom Bodenkauf, die Beseitigung von Konkurrenten und die Wiederherstellung der junkerlichen Besitz- und Machtverhältnisse auf den Dörfern. Zu diesem Ziel sollen die Bauern aufeinandergehetzt werden.

Die größte „Gefahr“ besteht jedoch darin, daß eingetragene Genossenschaften und andere landwirtschaftliche Gemeinschaftsunternehmen ihre Überlebensfähigkeit in der Marktwirtschaft beweisen und die Bauern nicht mehr bereit sein werden, einer verfehlten CDU-Agrarpolitik zu glauben.

Dr. Günter Maleuda ist agrarpolitischer Sprecher der PDS im Bundestag. Aus: MdB-Pressedienst der PDS im Bundestag, 13. Juni 1995)

Agrar-Gemeinschaftsunternehmen

Gebt Neid und Haß keine Chance

Wir, die Vorsitzenden und Geschäftsführer von landwirtschaftlichen Gemeinschaftsunternehmen, weisen entschieden die vom Spiegel inszenierte Rufmord-Kampagne an unserem Berufsstand zurück!

Ja, wir bekennen uns dazu, um den Erhalt der Genossenschaften gekämpft zu haben und noch zu kämpfen!

Dafür gibt es viele Gründe:

— Die LPG waren für uns und für viele Mitglieder ein Teil unseres Lebens. In ihnen stecken unser Herzblut und unsere besten Jahre. Niemand hat das Recht, das alles mit Füßen zu treten ...

— Nach der Wende gab es unterschiedliche persönliche Entscheidungen über den Verbleib in der LPG. Ein großer Teil der Mitglieder hat uns gebeten, die LPG in die Marktwirtschaft zu führen und hat uns in freier, geheimer Abstimmung ihr Vertrauen dazu ausgesprochen.

— Nicht zuletzt sind wir als modern ausgebildete und erfahrene Landwirte davon überzeugt, daß die ostdeutsche Landwirtschaft nur mit der Nutzung ihrer vielseitigen Struktur eine Chance im Konkurrenzkampf hat.

Wir sind der Meinung, daß unseren Unternehmen neben ortsansässigen Wiedereinrichtern das Recht zusteht, die ehemals volkseigenen Flächen langfristig zu pachten und schrittweise zu kaufen. Schließlich haben die Genossenschaftsbauern über Jahrzehnte mit ihrer Hände Arbeit dieses Land in Kultur gehalten.

Wir bestreiten aber energisch, im Kampf um das Überleben der Genossenschaften Betrug an den Bauern begangen zu haben!

Wir hätten gerne höhere Abfindungen gezahlt und mehr Arbeitsplätze erhalten. Die Entwertung von Gebäuden und Tieren ist doch nicht von uns vollzogen worden, sondern Ergebnis des mit der Währungsunion inszenierten völligen Zusammenbruchs der Märkte. Ohne Absatz für Gemüse und Milch waren Gewächshäuser und Kuhställe über Nacht wertlos, mußte teures Zuchtvieh zu Spottpreisen verschleudert werden. Unsere Bilanzen wurden von keineswegs den LPG wohlgesonnenen staatlichen Institutionen und Banken und vor den Mitgliederversammlungen offengelegt. Wenn es in einzelnen Fällen Unregelmäßigkeiten gegeben hat, so sollten sie nach dem Gesetz verfolgt werden. Wir verwahren uns aber dagegen, unseren ganzen Berufsstand zu kriminalisieren und dabei sogar den Eindruck zu erwecken, wir hätten uns persönlich bereichert!

Wir bekennen uns zur aktiven, gleichberechtigten Mitarbeit im Deutschen Bauernverband.

Der Spiegel regt sich darüber auf, daß ehemalige LPG-Vorsitzende Funktionen im Bauernverband haben. Was ist schlecht daran, wenn dort qualifizierte Landwirte arbeiten, die sowohl Geschichte und Mentalität, wie auch die aktuellen Probleme der Gemeinschaftsbauern, Neu- und Wiedereinrichter kennen? Bisher gibt es ein gutes Klima ... Das lassen wir uns nicht vergiften!

Liebe Bäuerinnen und Bauern, laßt nicht zu, daß Neid und Haß an die Stelle von sachlicher Auseinandersetzung und gegenseitigem Verständnis ... treten!

Glaubt nicht, daß ausgerechnet der Spiegel plötzlich zum Interessenvertreter der kleinen Leute im Osten geworden ist. Folgt Eurem bekanntermaßen kritischen Verstand und fragt Euch, wer die wirklichen Nutznießer dieser gegen uns gerichteten Schlammschlacht sind. Wir vertrauen darauf, daß Ihr die Antwort selbst findet!

Es folgen die Unterschriften von 10 Vorsitzenden und Geschäftsführern von Agrargenossenschaften. Weitere 95 Persönlichkeiten der ostdeutschen Landwirtschaft unterstützen den Inhalt des Briefes und erklären sich mit den Betroffenen solidarisch. (Die Erklärung ist zu beziehen über Lutz Scherling, s.o.)

Deutsche Burschenschaft in Eisenach

Bundesregierung ehrt Rechtsextremisten und mutmaßliche Rechtsterroristen Von Ulla Jelpke

Vom 9. bis zum 11. Juni 1995 traf sich in Eisenach die Deutsche Burschenschaft zu ihrem „Wartburgfest“. Die Presse titelte über diesen Burschenschaftertag: „Die schlimmsten Scharfmacher kommen aus Wien. Rechtsextreme verschrecken beim Burschenschaftstreffen die Liberalen – und drängen sie aus dem Dachverband“ (*Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 12.6.95). Die Bundesregierung schreckte dies keineswegs ab: Sie schickte für diesen Aufmarsch dieses großdeutsch, völkisch und rassistisch ausgerichteten studentischen Dachverbandes ihren Mann fürs Grobe, den Staatssekretär Bernd Neumann (CDU), aus dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Der überbringt „die Grüße vom Bundeskanzler“ (*Göttinger Tageblatt*, 12.6.95) und hört sich ansonsten die rechtsextremen Tiraden unbekümmert an. Daß Staatssekretär Neumann sich dieses Schauspiel bis zum Ende anschaut, läßt darauf schließen, daß das, was ihm in Eisenach geboten wurde, das ist, was er und auch die Bundesregierung von einem derartigen Treffen erwartet hat, an dem man aber schon lange keinen Anstoß mehr nimmt, weil man entweder die inhaltliche Trennschärfe zum Rechtsextremismus verloren hat, oder weil man gegen diese Gruppierung aus der Braunzone nicht vorgehen will, weil sie zu einflußreich ist. Immerhin haben die Deutschen Burschenschaften 108 Bünde, in denen 20000 Mitglieder organisiert sind. Und die sitzen mit an entscheidenden Stellen in diesem Staat.

Burschen: Bombenstimmung bei altbekannten Tiraden

Die Verhandlungen des Burschenschaftertages in Eisenach fanden in dem üblichen Rahmen statt: Studentische Korporierte, angetreten in vollem Wuchs, ausgestattet mit Fahnen und Degen, mit Mützen und Bändern. Ihre Uniformen und Schmisze auf den Backen symbolisieren ihre Tradition, ihre Wehrhaftigkeit und ihr Ehrgefühl. Sie symbolisieren aber auch den Ungeist, der hier verkörpert wird und dem sie huldigen. Der „Rückruf in die Geschichte“, so der Titel eines Buches des Theoretikers der Neuen Rechten, Karl-Heinz Weißmann, das mittlerweile zu einem Standardwerk in rechtsextremen Kreisen geworden ist, hier ist er lebhaftig nachzuvollziehen. Und wirklich, hier war der „Rückruf“: Als wäre man in die Zeiten der Weimarer Republik zurückversetzt. Da beruft man sich auf alles, was schon die Demokratie vor 70 Jahren zu Fall brachte: Die Burschenschafter sind wieder Anhänger der Vordenker einer „Konservativen Revolution“, jener Theoretiker, die schon in Weimar mit ihrer antidemokratischen und völkischen Programmatik die geistigen Wegbereiter des Nationalsozialismus waren. Da zeigt man sich großdeutsch: Den Anschluß der Ostmark hat man fest im Blick und im eigenen Verband schon vollzogen, die österreichischen Burschenschaften sind selbstredend Mitglied im Dachverband. Da zeigt man sich vor allem wehrhaft und militaristisch; Wehrdienstverweigerer duldet man nicht in den eigenen Reihen. Geändert hat sich in den letzten 70 Jahren wahrlich nicht viel: Als wär's aus einem Stück von Kurt Tucholsky oder Heinrich Mann.

Vor und während des Wartburgfestes spielte zunächst die Frage, ob Wehrdienstverweigerer Mitglied in den Burschenschaften sein können, eine große Rolle. Schon vor dem Burschenschaftstag waren die Hannoveraner Burschenschaften „Alt-Germania“ und „Teutonia“ aus dem Dachverband gedrängt worden, weil sie Zivildienstleistende in ihren Bünden geduldet hatten. Dies widerspricht der angestrebten „Wehrhaftigkeit“ eklatant. In der Generaldebatte wurde ein klares Bekenntnis gegen „Drückeberger“ und für die „Verteidigung des Vaterlandes“ abgelegt.

Die ganze Argumentation der Burschenschafter läuft darauf hinaus, daß man das Recht des Stärken einfordert, und daß man den Militarismus gegen die Völkerverständigung setzt. Nicht umsonst – so die Logik der überwiegenden Mehrheit der anwesenden Korporierten – waren die Vorväter in den beiden Weltkriegen für Deutschlands imperiale Kriegspläne mit „Hurra, in den Tod“ gestürzt. Das Gedenken für diese Kriegstoten, bildete auch wieder den feierlichen Rahmen für den diesjährigen Burschenschaftstag. Mit Fackeln und Fahnen zog man zum Burschenschaftsdenkmal auf die Wartburg. Ein

Trompeter spielt „Ich hatt einen Kameraden“ und die versammelten Burschenschafter intonieren anschließend alle drei Strophen des Deutschlandliedes: „Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“. Und das ist für sie Programm.

„Olympia Wien“ will Ehrung von Soldaten der Hitler-Armee

Die rechtsextreme Burschenschaft „Olympia Wien“ forderte zur Ehrung der Soldaten aus Hitlers Armeen anlässlich der „vor 50 Jahren erfolgten Kapitulation der Deutschen Wehrmacht eine einmalige Anerkennungszahlung von 1000 Mark für jeden noch lebenden deutschen Frontkämpfer“ (*Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 12.6.95).

Überhaupt erwiesen sich die Burschen der „Olympia Wien“ als rechtsextreme Scharfmacher. Sie gaben an, in der „Freiheitlichen Partei“ die wichtigen Positionen besetzt zu haben. Ihre Angriffe gegen den „Liberalismus“ fanden auch bei anderen Burschenschaftern lebhaften Anklang. Gegenüber der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* äußerte ein Mitglied der „Cimbria München“: „Die

Liberalisierungen schwächen uns nur“. Diese rechtsextreme Ausrichtung führte dazu, daß die Burschenschaft „Brunsviga“ aus Göttingen aus dem Dachverband austreten wollte, da man es leid war, darüber zu diskutieren, „ob Österreich zum deutschen Volk gehört“. Der Dachverband kam dem Austritt zuvor, und schloß die „Brunsviga“ aus. Mitglieder dieser örtlichen Burschenschaft wurden am nächsten Tag unter dem tosenden Applaus und begleitet von Pöbeleien der Burschen vom Sprecher der Deutschen Burschenschaft, Hans-Uwe Korell, aus dem Saal verwiesen.

Als Gastredner trat auf dem Burschentag der einschlägig bekannte Braunzonen-Vertreter, der Politikprofessor Klaus Hornung (Mitglied im „Studienzentrum Weikersheim“ und Verfasser von Schriften des rassistischen „Schutzbund des deutschen Volkes“) auf. Er spornte die neurechte Staatsverdrossenheit an, agitierte gegen die parlamentarische Demokratie und wetterte gegen den „totalitären Anspruch“ von Parteien und Presse. Damit knüpfte Hornung an die in diesen neurechten Kreisen beliebte Demokratie-Kritik an, die einen Ausweg aus dem „Parteien-Staat“ nur in autoritären Staatsmodellen sehen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Rede von Klaus Hornung war die ideologische Flankierung der „Anti-Antifa“-Kampagne. Hornung warnte vor der „Macht ergreifung eines neuen antifaschistischen Tugendterrors“. Eine treffliche Formulierung für das, wofür Hornung steht: Auch in Anbetracht der Verbrechen des NS-Staates sieht Hornung es nicht als Tugend an, ein Gegner des Faschismus zu sein. Schlimmer: Der Antifaschismus soll diffamiert werden, um so die politischen Spielräume für neofaschistische Gruppierungen, Zeitungen und Denkfabriken zu erweitern.

Bekenntnis zum Rassismus

In den Verhandlungen auf dem Burschenschaftertag legten die Versammelten ein klares Bekenntnis zum Rassismus ab. Die Burschenschaft „Olympia Wien“ forderte die „sanfte Rückführung der Ausländer“ (*Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 12.6.95). Auf einer Pressekonferenz am Samstag den 10.6. in Eisenach wurden die Vertreter der Deutschen Burschenschaft noch deutlicher. Hier führte Ralf Schröder (Burschenschaft „Thuringia-Braunschweig“), neben dem Pressesprecher der Deutschen Burschenschaft, Rüdiger Klein (Hohenheimia-Stuttgart), ebenfalls zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit, aus, daß die Burschenschafter gegen ein „multikulturelles Deutschland“ seien. Am Beispiel der USA könne man nach Ansicht Schröders sehen, wohin dies führe: „Das Zusammenleben von Schwarzen und Weißen klappt doch da überhaupt nicht“. Das „beispiellose Vermischen von Kulturen“ führe zu „Kulturlosigkeit“. „Wir sind gegen kulturelle Überfremdung“, so Schröder weiter, der damit offen zum Ausdruck brachte, daß er der Theorie der Rassereinheit anhängt. Und von JournalistInnen darauf angesprochen, daß er sich der Terminologie des ehemaligen REP-Chefs Schönhuber bediene, antwortete er, daß er nichts dafür könne, „wenn Schönhuber Begriffe aufgreife, die auch andernorts verwendet“

Fortsetzung nächste Seite oben,



Fortsetzung von Seite 13:
Burschenschaften in Eisenach ...

würden (*Mitteldeutsche Allgemeine*, 12.6.95).

Natürlich waren die Burschen auch in anderen Fragen inhaltlich und in der Wortwahl mit den neofaschistischen REP's im Gleichklang. Der Sprecher der Deutschen Burschenschaft, Hans-Uwe Korell, erläuterte vor der Presse, daß die Beschlußlage des Verbandes immer noch so aussehe, daß trotz der Verträge von 1990 mit den „alliierten Siegermächten“ die „ehemaligen deutschen Ostgebiete eben deutsch seien und bleiben“. Korell im Originalton: „Für mich persönlich hört deutsches Gebiet nicht an Oder und Neiße auf“ (*Mitteldeutsche Allgemeine*, 12.6.95). In klassisch neofaschistischer Weise wird hier der völkerrechtswidrige Anspruch auf polnisches Staatsgebiet wachgehalten.

Und auch in der Frage der Rolle der Frau in der Gesellschaft sind die Burschenschafter ihrer Tradition treu geblieben. Frauen dürfen nach wie vor nicht Mitglied im Verband werden. Für die Frauen haben die Burschenschaften „die völlige Benachteiligung wegen ihres Geschlechts übrig. Auf der bereits erwähnten Pressekonferenz löste die Frage nach der Mitgliedschaft von Frauen „allgemeines Schmunzeln“ aus. Ein weiterer Sprecher der Deutschen Burschenschaft, Wolf-Uwe Görres (Liberta Brunn zu Aachen) erklärte: „Für die nächsten Jahrzehnte bestünden da sicher keine Möglichkeiten“. Man wüßte auch gar nicht, „wie man sie bezeichnen sollte: Burschinnen etwa?“ (*Mitteldeutsche Allgemeine*, 12.6.95)

Vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft

Bei diesen rechtsextremen Einstellungen war es dann auch kein Wunder, daß der Sprecher der Deutschen Burschenschaft erklärte, daß die Mitgliedschaft in neofaschistischen Parteien wie etwa der REP, der DVU oder NPD durchaus mit der Mitgliedschaft in der Deutschen Burschenschaft vereinbar sei. „Wer sich zu diesen Parteien bekenne, könne schon Mitglied bei den Burschenschaften sein, ein Grund zum Ausschluß sei es nicht.“ Und Korell weiter, nachdem er diese für die Burschenschaften selbstverständliche Toleranz für Neofaschisten dargelegt hatte: „Ich zum Beispiel bin konservativ, und wir lassen uns nicht gern in eine rechte Ecke stellen — können Sie mir überhaupt erklären,

was eigentlich ‚rechts‘ ist, ich weiß es nicht“.

Obwohl sich Korell und seinesgleichen nicht gerne in die rechte Ecke stellen lassen wollen, das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) hat es getan. Erstmals werden hier Teile der Burschenschaften als rechtsextrem eingestuft. Das Hamburger LfV hat es u.a. damit begründet, daß rechtsextremes und von der Neuen Rechten „inspiriertes Gedankengut“ innerhalb einzelner „traditioneller Studentenkorporationen zunehmend auf fruchtbaren Boden“ fällt, und zwar „insbesondere bei einzelnen Burschenschaften“. Das LfV führt weiter aus: „Dabei vermischen sich in Einzelfällen rechtsextremistische Bestrebungen mit studentischer Brauchtumpflege und burschenschaftlichen Idealen zu einer insgesamt nationalistisch orientierten Gemeinschaft. Missionarisches Eintreten für die ‚nationale Sache‘, Sympathien für den Nationalsozialismus und wechselseitige gegenseitige personelle Durchlässigkeit gegenüber einschlägigen rechtsextremistischen Gruppen und Organisationen wurden punktuell — auch in Hamburg — erkennbar“ (Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg, Verfassungsschutzbericht 1994, S. 120).

Das Hamburger LfV geht in seinem Bericht auch sehr ausführlich auf die Ideologie der Neuen Rechten ein, der sich beachtliche Teile der Deutschen Burschenschaften verbunden fühlen. Hierzu zählt das LfV vor allem das Berufen auf die Tradition der „Konservativen Revolution“ und deren antidemokratisches Denken, ihren „Ethnopluralismus“ und „sozio-biologistisches Weltbild“. Besonders neurechte Zeitungen wie *Junge Freiheit* (die mittlerweile vom nordrhein-westfälischen LfV als rechtsextrem eingestuft wird und vom Hamburger LfV auch zu den neurechten Zeitungen gezählt wird) und die österreichische *Aula* transportieren diese Ideologie. In Burschenschafterkreisen gelten sie als Theorieorgane.

Polizeiaktion gegen die „Aula“

Nach dem Bombenanschlag im österreichischen Oberwart, bei dem vier Roma ums Leben kamen, ermittelten die österreichischen Sicherheitsbehörden auch gegen akademische Kreise. Besonders gegen die LeserInnen der Zeitung des „Freiheitlichen Akademiker Verbandes Österreichs“, die *Aula*, richteten sich die Ermittlungen der Polizei.

Vor allem geriet die *Aula* in Verdacht, daß der/die Täter in ihrem LeserInnenkreis zu suchen sind, weil

* in der *Aula* Hetzartikel gegen „Zigeuner“ abgedruckt waren, u.a. durch den einschlägig bekannten Rechtsextremisten Nikolaus von Preradovich
* die Terminologie der Bekenner schreiben teilweise auf burschenschaftliche Kreise hindeutet.

Überdies ist es auch so, daß gerade die österreichischen Burschenschaften auf dem Gebiet des Rechtsterrorismus eine einschlägige Tradition haben. So waren einzelne Burschenschaften, vor allem die „Olympia Wien“ an Bombenanschlägen in Italien beteiligt, um den Südtiroler Separatismus zu unterstützen. Die Polizei beschlagnahmte die LeserInnenkartei der *Aula* und begann damit, Leser der Zeitung zu verhören. Vor allem die österreichischen Burschenschaften wandten sich gegen diese Polizeiaktion. In der *Aula* 3/95 wurde eine Presseerklärung des „Burschenschaftlichen Rates“ gegen die Polizeiaktion abgedruckt, in der es u.a. heißt: „Wer die burschenschaftliche Bewegung trotzdem der geistigen Mittäterschaft zu den feigen Mordanschlägen bezichtigt, hat ein beachtliches Defizit an politischer Bildung zu vertreten, oder stellt diese Behauptung auf, um den politisch Andersdenkenden zu diffamieren.“

In der *Aula* 4/95 wird eine vierseitige Beilage als „Aula-Dokumentation“ eingelegt. Dokumentiert wird hier u.a. eine Resolution von studentischen Korporationen, u.a. auch unterzeichnet von der „Olympia Wien“, gegen die „zur Zeit stattfindende beispiellose Diffamierungskampagne gegen die national-liberalen studentischen Korporationen Österreichs“. Flankenschutz bekommen die Korporierten auch von der FPÖ. Die *Aula* steht nach Beurteilung des „Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands“ (DÖW) im engen organisatorischen Zusammenhang mit den „deutschnationalen Burschenschaften Österreichs“, die „ein wichtiges intellektuelles Nachwuchsreservoir nicht nur der FPÖ, sondern einer ganzen Reihe rechtsextremer und selbst neonazistischer Gruppierungen sind“ (DÖW, Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1993, S. 122).

Trotz alledem: Der Kanzler läßt schön grüßen

Auch wenn die Burschenschaften so nach und nach bei einzelnen in- und aus-

TERMINE

1.7.: Demonstration in Hannover zum Gedenken an die bis heute nicht strafrechtlich geahndete Erschießung des jungen Kurden Halim Dener durch einen deutschen Polizisten vor einem Jahr

2.7.: Bundesweiter Aktionstag zur Rettung des Lebens von Mumia Abu-Jamal

22.7.: Demonstration in Berlin zur Rettung des Lebens von Mumia Abu-Jamal

27.7.-30.7.: Sommerschule in Schnepfenthal, Thüringen. Beginn am Donnerstag um 13 Uhr, Ende Sonntags gegen 12 Uhr. (Das ausführliche Programm ist im beiliegenden Rundbrief der ARGE beschrieben.)

1.9.-3.9.: UZ-Pressefest der DKP, Revierpark Wischlingen, Dortmund

9.9.: Vorstandstagung der Bundeskonferenz Bund Westdeutscher Kommunisten in Köln

16./17.9.: 3. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in Berlin

14.10.: Der Arbeitskreis Politische Berichte tagt in Köln

14.-15.10.: Die Bundeskonferenz Bund Westdeutscher Kommunisten führt in Köln ihre Herbsttagung durch

ländischen Sicherheitsbehörden in Ver-
ruf geraten, bei der Bundesregierung
genießen sie weiter einen guten Leu-
mund.

Schon in der Vergangenheit hat die Bundesregierung die Deutschen Burschenschaften vor antifaschistischer Kritik in Schutz genommen und selbst bei den Rechtsaußen dieses Verbandes wie der Münchner Burschenschaft „Danubia“ keine rechtsextremen Bestrebungen ausmachen können.

Folgerichtig taucht dieser Verband auch nicht im Verfassungsschutzbericht des Bundes auf.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Beurteilung dieser Korporationen durch die Sicherheitsbehörden der Staatssekretär Bernd Neumann aus dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft mit einer Grußbotschaft des Bundeskanzlers auf das Wartburgfest in Eisenach zu schicken, heißt ein hohes Maß an Solidarität mit dieser rechtsextrem durchsetzten Organisation zu zeigen.

Im Gegensatz zu dem Sprecher der Deutschen Burschenschaft weiß die Bundesregierung sehr wohl, was heute „rechts“ ist. Mit dem nötigen Fingerspitzengefühl hat man den Mann fürs Grobe geschickt.

Neumann hatte sich in der Vergangenheit für derartige Auftritte empfohlen. 1977 drohte er öffentlich an, die Gedichte des antifaschistischen und jüdischen Schriftstellers Erich Fried verbrennen zu wollen und eine antifaschistische Ausstellung in Bremen zum 50. Jahrestag der faschistischen Macht ergreifung torpedierte er, weil hier auch die Rolle des kommunistischen Widerstandes dokumentiert war.

So kommt zusammen, was zusammen gehört.

(Ulla Jelpke, MdB, ist innenpolitische Sprecherin der PDS im Bundestag)



Das Bild des Mannes im deutschen Faschismus

Barbara Jacoby über didaktische Modelle zum Umgang mit NS-Kunst

Der folgende Beitrag ist entstanden als Seminararbeit zu dem Thema „Modelle zur Vermittlung der Kunst aus der Zeit des Nationalsozialismus in Schule und Erwachsenenbildung“. Er behandelt „das Bild des Mannes im deutschen Faschismus“, aufgezeigt durch die Malerei während der NS-Diktatur am Beispiel des Bildes von Hans Schmitz-Wiedenbrück „Arbeiter, Bauern, Soldaten“ 1941.

Die Auseinandersetzung mit der Kunst in der NS-Diktatur hat bis heute, wenn überhaupt, in einer sehr widersprüchlichen Weise stattgefunden. In der Regel ist sie aus der Geschichte der Kunst ausgegrenzt geblieben, wo man sie nicht unbedingt anschauen mußte (wie zum Beispiel die Malerei), während die Beschäftigung mit der Architektur und der Plastik, da sie an vielen Plätzen weiterhin ständig präsent blieb, mitunter unumgänglich war.

Die Malerei der NS-Zeit gilt gemeinhin als völlig indiskutabel, vor allem weil sie in Inhalt und Darstellung ein Rückgriff auf längst überholte künstlerische Bestrebungen und Problemstellungen darbot und fast ausschließlich der nationalsozialistischen Ideologie und Propaganda untergeordnet wurde. Damit blieb die Malerei konventionell, unkreativ und ohne jegliche Innovation, die für eine epochale Eigenständigkeit von Bedeutung gewesen wäre.

Jede Vermittlung von Kunstwerken vergangener Zeiten setzt eine Vermittlung der Gesamtheit der geistigen, gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit der Entstehungszeit voraus. Das heißt hier im konkreten Fall, daß auch die damals herrschende NS-Ideologie einer kritischen Betrachtung unterzogen werden muß. Diese Auseinandersetzung kann zweifellos nur aus der gegenwärtigen Sicht und Einschätzung der NS-Zeit erfolgen und somit kaum „objektiv“ oder „neutral“ sein, zumal der Abstand von nur 50 Jahren dafür zu kurz ist und möglicherweise beim Vermittler noch persönliches Beteiligtsein einschließt.

Adressaten und Zielsetzung

Die von mir hier beschriebenen didaktischen Modelle sind für Jugendliche beziehungsweise junge Erwachsene (17 bis 20 Jahre) gedacht. Es können sowohl Kollegstufen-Schüler als auch Gruppen aus anderen Jugendbildungsinstitutionen sein. Jedoch wäre eine gewisse Reife für den Umgang mit dem Thema Voraussetzung.

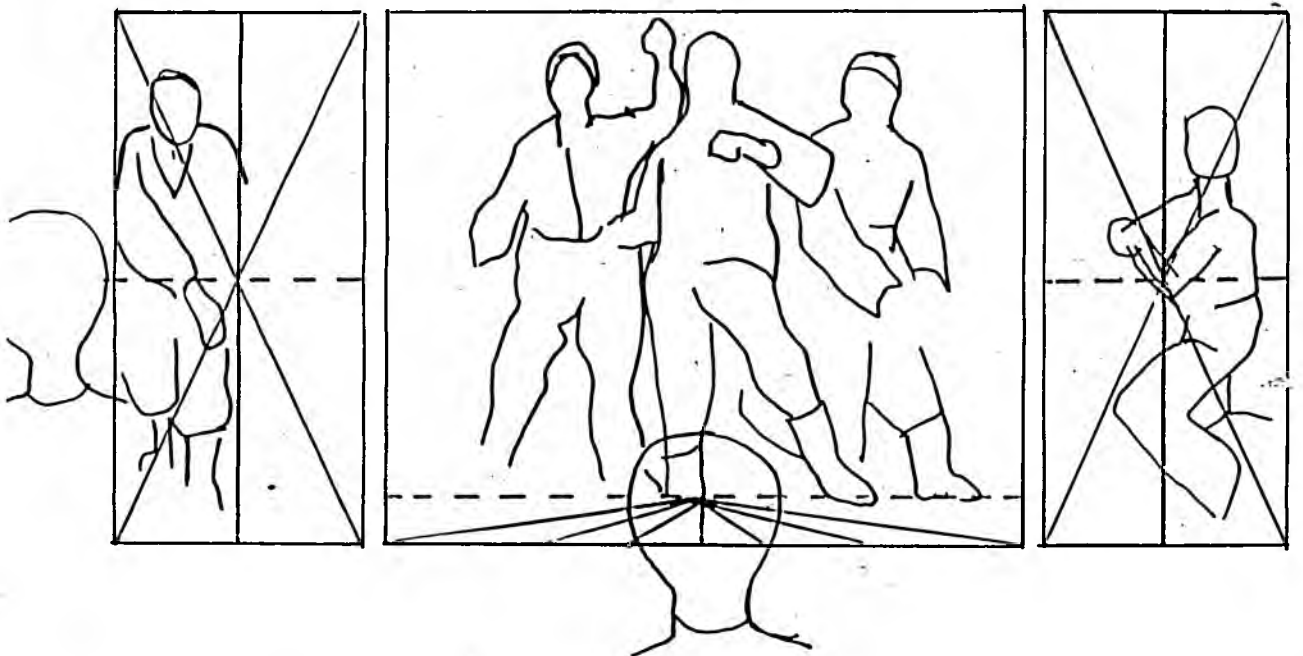
Zielsetzung für die Arbeit mit dem ausgewählten Bild ist, Verständnis dafür zu wecken und Erkenntnisse darüber zu vermitteln, in welcher Weise gerade dieses Bild das Kunstprogramm der NS-Zeit erfüllt und wie hier die Malerei zu einem Propagandamittel wird, das die NS-Ideologie besonders in Hinblick auf das Idealbild des deutschen Mannes transportiert.

Formale und inhaltliche Beschreibung des Bildes

Eine sachliche formale und inhaltliche Beschreibung des Bildes kann von einzelnen Betrachtern vorgenommen werden, sollte aber bei fehlenden kunsthistorischen und historischen Kenntnissen vom Kunstpädagogen ergänzt werden.



139. Hans Schmitz-Wiedenbrück, Arbeiter, Bauern und Soldaten, GDK 1941



„Arbeiter, Bauern, Soldaten“ von Hans Schmitz-Wiedenbrück, 1941. Darunter: eine Darstellung der Perspektiven im Bild.

Formaler Bestand

Der Maler Schmitz-Wiedenbrück verwendet als äußere Form das Triptychon, die Form des sakralen Kultbildes, den mittelalterlichen Flügelaltar, in der profanen Kunst häufig als Pathos-Formel verwendet.

Inhaltlicher Bestand

Im Mittelteil befindet sich eine Gruppe von drei Soldaten der deutschen Wehrmacht in den Uniformen der drei Waffengattungen, der Marine, des Heeres und im Zentrum, in den Vordergrund gestellt, der Luftwaffe. Die Soldaten sind in aktiver, vorwärtsstrebender Haltung und mit wehender Hakenkreuzfahne dargestellt.

Die Seitenflügel zeigen links einen knienden Bergarbeiter bei seiner Arbeit in der Grube (im Hintergrund, weniger deutlich einen zweiten Arbeiter) mit einer Spitzhacke und rechts einen hellblonden, kräftigen jungen Bauern, der halb im Wasser stehend, in leicht gebeugter Haltung seinen Ochsen im Joch führt.

Diskussion der subjektiven Wahrnehmung der Teilnehmer

An die sachliche Beschreibung des Bildes anschließend, sollen nun die Betrachter ihre subjektiven Eindrücke von diesem Bild wiedergeben und diskutieren. Dabei sollte möglichst keine Reglementierung seitens des Vermittlers stattfinden. Möglicherweise könnten aber folgende Anregungen zum Gespräch beitragen:

- Welche Stimmung/ Atmosphäre verbreitet das Bild?
- Welches Männerbild wird vermittelt?
- Welches Bild vom Krieg wird hier gezeigt?

Programmatische Aussage des Bildes

Im folgenden wird das Bild in seiner Propagandaabsicht erläutert, das heißt, die vorgegebenen Bedeutungsebenen aus der Entstehungszeit geklärt.

Die Wahl der Form des Triptychons bedeutet generell eine sakrale, pathetische Überhöhung der Themen Krieg, Soldaten und ihre Volksgemeinschaft

mit Arbeitern und Bauern. Bewußt wird das Soldatentum mit seinen modernen Waffen in das Zentrum zur nochmaligen Überhöhung gestellt, im Vordergrund die Luftwaffe als die modernste und schlagkräftigste Waffengattung der Zeit, die den Sieg für das Dritte Reich sicherstellen sollte.

An den Seitenteilen flankiert von Arbeiter und Bauer soll durch eine gemeinsame Ebene der Kopfhöhe (Isokephalie) eine Gleichwertigkeit in dieser Volksgemeinschaft dargestellt werden.

Vordergründig ist die Aussage des Bildes: Arbeiter, Bauern und Soldaten sind eine Interessengemeinschaft zum Wohle des deutschen Vaterlandes und auch im Sinne einer Volksgemeinschaft zu verstehen, damit ist die deutsch-germanische Rasse gemeint, die hoch über allen anderen Rassen steht und die sich mit kriegerischen Mitteln behaupten muß. Das Bild zeigt den Ideal-Typ des Helden schlechthin, nämlich den Soldaten im Zentrum der Überhöhung im Mittelteil des Bildes als Angehörigen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 15:

Das Bild des Mannes ...

der nordischen Rasse, der der Führungsanspruch gebührt, während Arbeiter und Bauern auf den Seitenteilen dem eher schwerfälligen, dem „ostischen“ beziehungsweise „fälischen“ Typ angehören.¹

Didaktische Methoden zur Erschließung der ideologischen Bildrealität

Nun soll das Bild auch auf seine Widersprüche hin untersucht werden, um die wirkliche Bedeutung zu erschließen. Mit einer pantomimischen Erstellung eines Standbildes (sogenanntes lebendes Bild) möchte ich die Ebene der sinnlich-konkreten Wahrnehmung ansprechen, während mit dem genauen Nachvollziehen der verwendeten Perspektive mit Hilfe einer Zeichnung auf der Ebene der kognitiven Wahrnehmung die nötigen Erkenntnisse gesammelt werden sollen.

Pantomimische Erstellung eines Standbildes

Die Betrachter werden in Gruppen von jeweils fünf Personen aufgeteilt und stellen das Bild als sogenanntes lebendes Bild nach. Jede Figur auf dem Bild wird von einer Person unter genauester Beachtung von Mimik und Gestik dargestellt und notfalls auch von den anderen korrigiert, bis es so getreu wie möglich die Situation des „Vorbildes“ wiedergibt. Danach sollte ein Rollenwechsel folgen, so daß jeder sich einmal als eine der Mittel- und einmal als eine der Seitenfiguren erleben kann.

Mit dieser Übung soll eine direktere Konfrontation mit der Bildrealität erreicht werden, als durch bloßes Betrachten möglich ist. Denn die körperliche Wahrnehmung einer bestimmten Haltung birgt in sich sowohl die Möglichkeit, die dargestellte Situation des Bildes einführend zu erleben, als auch Assoziationen freizusetzen, die möglicherweise zu wichtigen (und richtigen) Erkenntnissen führen.²

Im nachfolgenden Gespräch können sich die Gruppenmitglieder darüber austauschen, welche Gefühle sich bei ihnen bei welcher Körperhaltung einstellen, zum Beispiel beim Arbeiten in knieender, gebeugter, fast devoter Haltung, sowie in der Heldenpose, im aggressiven Vorwärtsdrängen, im Auftreten eines Herrenmenschen.

Mit der Erkenntnis der tatsächlichen, sozialen Situation im Bild und der eben

nicht gleichberechtigten und gleichgestellten Beziehung der einzelnen Berufsgruppen zueinander setzen dann bereits kognitive Prozesse der Wahrnehmung ein. Das heißt, Aktion und Reflexion bilden auf diese Weise eine Einheit.

Untersuchung der Perspektive in ihrer Bedeutung für die Bildanalyse

Mit zeichnerischen Mitteln wird nun die Perspektive der jeweiligen Bildteile nachvollzogen, was unmittelbar zu der Erkenntnis führt, daß trotz der Isokephalie der Personen in Mittel- und Seitenteilen, die Gleichwertigkeit suggerieren soll, mit Hilfe der Verschiebung des Fluchtpunktes und damit des Betrachterstandpunktes unterschiedliche Perspektiven angewendet wurden (s. Abb.).

Während im Mittelteil die Froschperspektive angewendet wurde, was zum Aufblicken des Betrachters zu der Soldatengruppe führt, sind die Figuren der Seitenteile in gleicher Blickhöhe mit dem Betrachter angeordnet. Dadurch wird die Soldatengruppe optisch zu monumentaler überlegener Größe gesteigert und das Thema Krieg, Soldaten und Heldentum erfährt eine nochmalige Erhöhung durch die Untersicht, bei der der Betrachter stets den Soldatenstiefel im Gesicht hat.

Dagegen sind die Figuren der Seitenteile in betonter Draufsicht, sie wirken auch dadurch eher geduckt, gebeugt, devot (auf den Knien), sozusagen als dienende Randfiguren, die den Soldaten zuarbeiten.³

Damit müßte den Betrachtenden klar werden, daß hier ganz und gar nicht „der Geist der Kameradschaft aller Kämpfenden und Schaffenden in diesem Krieg“ versinnbildlicht wird, wie es in einem Aufsatz über die große Kunstaussstellung 1941 heißt, sondern hier werden die Prioritäten des Nationalsozialismus eindeutig und unmißverständlich herausgestellt: Der Soldat im Krieg ist der Held, nicht der Arbeiter oder der Bauer.

Deutung von Attributen und Kleidung

Unter dem Aspekt der Ungleichheit ist nun noch gemeinsam mit der Gruppe eine Deutung der Attribute sowie der Kleidung der dargestellten Personen vorzunehmen. Während im Mittelteil die Soldaten in den Uniformen der drei Waffengattungen genauestens nach dem damals gegenwärtigen Stand der modernsten Technik ausgerüstet und dargestellt sind, werden Arbeiter und Bauer auf den Seitenteilen im beliebigen

zeitlosen Gewand und mit Attributen einer vorindustriellen Arbeits- und Produktionsweise gezeigt. Es wird damit eine unzeitgemäße Idylle heraufbeschworen, die der damaligen realen Situation in keiner Weise entspricht. Die zeitliche Ungleichheit in der Darstellung der Bildteile stellt also wiederum die Ungleichwertigkeit der Gruppen dar. Hier nostalgischer Rückblick, dort fortschrittlicher Eroberungswille.

Doch auch im Mittelteil haben wir es mit einer „Idylle“ zu tun, mit der Glorifizierung des Krieges und der soldatischen Tugenden und Grundwerte der Männlichkeit wie zum Beispiel Härte, Verzicht, Kampfbereitschaft, Gehorsam, Pflicht, ehrenvoller Kampf fürs Vaterland etc.

Mythos oder Kitsch

Kampf und Krieg werden in diesem Bild aber eher verharmlost als romantisiertes „Männerbanteuer“ dargestellt, von Tod und Verderben ist (noch) nicht die Rede!

Das Bild soll einen Mythos beschwören, den Mythos vom unbesiegbaren Helden, von der Überlegenheit und dem daraus resultierenden Führungsanspruch der nordischen Rasse und der Nobilität der harten Arbeit. Es ist aber nur eine romantisierende Darstellung, die versucht die Wahrheit, die Realität zu verschleiern. Damit rückt das Bild für unser heutiges Verständnis in den Bereich des Kitsches.

Die Begriffe Mythos und Kitsch bedürfen einer Klärung und müssen im Anschluß an die Betrachtung diskutiert werden. Folgende Zitate möchte ich dieser Diskussion voranstellen:

„Mythos als Moment der Offenbarung verborgener Wahrheiten und ursprünglicher Werte ist Kraft- und Inspirationsquelle, Träger von Kohärenz und Verkünder einer immerwährenden Gegenwart.“⁴

„Kitsch ist eine heruntergekommene Form des Mythos, aber noch immer bezieht er aus der Mythensubstanz einen Teil seiner emotionalen Durchschlagskraft (man denke nur an Heldenod, die ewige Wache, Götterdämmerung und ähnliche Themen).“⁵

Versuch eines Transfers in die Gegenwart

Zum Abschluß der Analyse soll der Versuch gemacht werden, mit der Gruppe gemeinsam einen Bezug zur Gegenwart herzustellen.

— Welchen aktuellen Formen von „Pro-

paganda-Kunst“ sind wir in unserem gegenwärtigen Alltag ausgesetzt? (Film, Fernsehen, Werbung, Presse) — Wird uns dabei ein „Idealbild des Mannes“ von heute suggeriert? Wie stellt es sich dar? — Welche Formen von Heldentum wären heute denkbar? (UN-Blauhelme? Bergwacht? Umweltschützer bei Greenpeace? Rallye-Fahrer?) — Auf welche Phänomene der Gegenwart könnte man den Begriff „Mythos“ anwenden?

Schlußbemerkung

Mit der Vermittlung von Kunst aus der Zeit der NS-Diktatur betritt man einen politisch sehr sensiblen Bereich, daher sollte die Auswahl der Betrachtergruppe mit Bedacht vorgenommen werden. Auch meine ich, daß die von mir hier geschilderten Modelle der Vermittlung nicht bei jeder Gruppe anwendbar sind.

Ein flexibles Eingehen auf die Bedürfnisse und Fragestellungen der Gruppe, möglicherweise auch die spontane Änderung des Konzepts während der Arbeit an dem Bild, würde ich mir in jedem Falle vorbehalten, da die Behandlung dieses Themas große Unwägbarkeiten in sich birgt.

Literaturverzeichnis

- Berthold Hinz, Die Malerei im deutschen Faschismus — Kunst und Konterrevolution, Frankfurt/M. 1977
Holger Hartmann, Handeln und Betrachten: Variationen des Bildertheaters im Schulalltag, in: Bernd Ruping (Hrsg.), Gebraucht das Theater — Die Vorschläge von Augusto Boal: Erfahrungen, Varianten, Kritik, Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung, Hamburg 1993
Klaus Wolbert, Programmatische Malerei, Frankfurt/M. 1974
Saul Friedländer, Kitsch und Tod — Der Widerschein des Nazismus, München/Wien 1984
Georg Bussmann, Die Darstellung des Krieges, in: Katalog zur Ausstellung „Kunst im 3. Reich — Dokumente der Unterwerfung“, Frankfurt/M. 1974

Anmerkungen

- 1 Hinz, a. a. O. S. 80-81
- 2 Hartmann, a. a. O. S. 152
- 3 Hinz, a. a. O. S. 79-80
- 4 Wolbert, a. a. O. S. 138
- 5 Friedländer, a. a. O. S. 43
- 6 Friedländer, a. a. O. S. 43-44

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmallee 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-

Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 21 16 58, Fax: 0221 / 21 53 73, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221 / 24 69 15.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 21 16 58, Fax: 0221 / 21 53 73. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Konto Nr. 104 19-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 45,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 91 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 6 94 92 57, Fax: 030 / 6 94 94 54.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 38 98 331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511 / 3 52 08 16.

Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 21 16 58, Fax: 0221 / 21 53 73.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089 / 5 02 65 41, Fax: 089 / 5 02 81 12.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 0342 04 / 6 57 11, Fax und Dat.-Tel. 0342 04 / 6 58 93.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 6215 32.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

- o 4 Ausgaben für 10 Mark (bellegen) zum Kennenlernen.
- o im Halbjahres- / Jahresabo (39,00 bzw. 78,- DM je Einzelabo)
- o im (Halbjahres)-Förderabo (45,50,- DM je Einzelabo).
- o Halb- / Jahresabo für neue Länder (26 bzw. 52,- DM im Jahr)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln oder regionale Bestelladresse